

9. Sitzung

Mittwoch, den 14. September 2011

Mainz, Deutschhaus

AKTUELLE STUNDE

"Potenziale der Windkraft im Wald" auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
– Drucksache 16/308 –	400
"Erfolgreiche Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund" auf Antrag der Fraktion der SPD	
– Drucksache 16/315 –	408
"Position der Landesregierung zum notwendigen B 10-Ausbau" auf Antrag der Fraktion der CDU	
– Drucksache 16/317 –	415

Die Aktuelle Stunde wird dreigeteilt.

Es findet jeweils eine Aussprache gemäß § 101 der Vorläufigen Geschäftsordnung des Landtags statt.

Wahl von Mitgliedern der Kuratorien von Hochschulen des Landes
Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags

– Drucksache 16/271 –

dazu: Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
– Drucksache 16/322 –	426

<i>Der Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</i>	
<i>– Drucksache 16/322 – wird einstimmig angenommen.....</i>	426

**Landesgesetz über freiwillige Gebietsänderungen der Verbandsgemeinden
Neumagen-Dhron, Bernkastel-Kues und Schweich an der Römischen Wein-
straße im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform
Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/217 –
Zweite Beratung**

dazu: Beschlussempfehlung des Innenausschusses
– Drucksache 16/318 – 426

*Der Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/217 – wird in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung
jeweils einstimmig angenommen..... 432*

**Erstes Dienstrechtsänderungsgesetz zur Verbesserung der Haushaltsfinanzierung
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/281 –
Erste Beratung 432**

*Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 16/281 – wird an den Haushalts-
und Finanzausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen. 443*

**Rechtsgrundlagen und wirtschaftlicher Einsatz des Liquiditätspools des Landes
Antrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 16/212 –**

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses
– Drucksache 16/285 – 443

*Der Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 16/212 – wird mit Mehrheit
abgelehnt. 446*

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Frau Irene Alt, Frau Margit Conrad, Frau Malu Dreyer, Jochen Hartloff, Frau Ulrike Höfken, Dr. Carsten Kühl, Frau Eveline Lemke, Roger Lewentz; Staatssekretär Martin Stadelmaier.

Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordneten Thomas Günther, Ingeborg Sahler-Fesel und Ralf Seekatz.

Rednerverzeichnis:

Abg. Billen, CDU:.....	401, 405
Abg. Bracht, CDU:.....	426
Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:.....	405
Abg. Dr. Konrad, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:.....	425
Abg. Frau Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:.....	422, 430
Abg. Frau Brück, SPD:.....	408, 414, 427
Abg. Frau Dickes, CDU:.....	409, 414
Abg. Frau Ganster, CDU:.....	420
Abg. Frau Neuhof, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:.....	400
Abg. Frau Ratter, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:.....	415
Abg. Frau Spiegel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:.....	411
Abg. Fuhr, SPD:.....	406, 417
Abg. Guth, SPD:.....	402
Abg. Henter, CDU:.....	435
Abg. Hering, SPD:.....	421, 425
Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:.....	418, 429
Abg. Licht, CDU:.....	428
Abg. Noss, SPD:.....	430
Abg. Ramsauer, SPD:.....	437
Abg. Schreiner, CDU:.....	442, 443
Abg. Steinbach, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:.....	440, 443, 445
Abg. Wansch, SPD:.....	444
Abg. Weiner, CDU:.....	415, 424
Beck, Ministerpräsident:.....	422
Dr. Kühl, Minister der Finanzen:.....	432, 441, 446
Frau Ahnen, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur:.....	412
Frau Höfken, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten:.....	403
Frau Lemke, Ministerin für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung:.....	407
Lewentz, Minister des Innern, für Sport und Infrastruktur:.....	419, 431
Präsident Mertes:.....	400, 401, 402, 403, 405, 406, 407, 408
.....	409, 411, 412, 413, 414, 415
Vizepräsident Dr. Braun:.....	415, 416, 418, 419, 420, 421, 422, 424
.....	425, 426, 427, 428
Vizepräsident Schnabel:.....	439, 441, 442, 443, 444, 445, 446
Vizepräsidentin Frau Klamm:.....	429, 430, 431, 432, 435, 437

9. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz am 14. September 2011

Die Sitzung wird um 14:00 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Mertens:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf Sie alle herzlich zur 9. Plenarsitzung begrüßen. Frau Demuth und Herr Haller werden mich hier oben als schriftführende Abgeordnete begleiten.

Entschuldigt sind die Kollegen Herr Günther, Frau Sahler-Fesel und Herr Seekatz wegen Krankheit oder Unfall.

Entschuldigt wird wegen einer anderen Verpflichtung auch Herr Staatssekretär Griese sein.

(Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Thomas ist doch da!)

Geburtstage hatten wir in dieser Zeit auch, und zwar ist Herr Hartenfels am 20. August 45 Jahre alt geworden. Da sitzt er. Sie sehen, er sieht für die 45 Jahre putzmunter aus.

(Beifall im Hause)

Das gilt auch für den runden Geburtstag unseres Kollegen Norbert Mittrücker. Er ist jetzt in die Klasse geraten, in der schon viele sind. Ich kann Ihnen nur empfehlen, suchen Sie ganz genau, was Sie wirklich wollen, und was Sie nicht wollen, machen Sie einfach nicht. Das ist die beste Empfehlung.

(Beifall im Hause)

Herr Licht hatte gestern Geburtstag. Für Sie gelten natürlich die besten Wünsche als Nachbar im Hunsrück.

(Beifall im Hause)

Herr Staatssekretär Griese hatte am 11. September seinen 55. Geburtstag. Ebenfalls alles Gute für Sie!

(Beifall im Hause)

Meine Damen und Herren, zur Tagesordnung:

(Unruhe im Hause)

– Vielleicht darf ich Ihre Aufmerksamkeit ein bisschen erringen, damit wir die Tagesordnung gemeinsam hinkommen. Sonst unterbrechen wir noch, damit Sie Ihre Gespräche zu Ende führen können, weil man immer entgegenkommend ist.

Also zur Tagesordnung:

Die Beschlussempfehlung zu Punkt 3 der Tagesordnung wurde am 13. September verteilt. Die Frist zwischen der

Verteilung und der zweiten Beratung ist mit der Feststellung der Tagesordnung abgekürzt.

Die fehlenden Drucksachen zu den Punkten 10 bis 14 der Tagesordnung wurden am Freitag fristgerecht verteilt. Änderungsanträge und Entschließungsanträge werden bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten gesondert aufgerufen.

Meine Damen und Herren, haben Sie Hinweise über die vereinbarte Tagesordnung hinaus? – Wenn das nicht der Fall ist, stelle ich die Tagesordnung fest.

So sind wir schon mitten in der Arbeit. Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung mit dem ersten Thema auf:

AKTUELLE STUNDE

„Potenziale der Windkraft im Wald“ auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/308 –

Die Aktuelle Stunde ist dreigeteilt. Das heißt, für jedes Thema haben wir in der ersten Runde fünf Minuten und in der zweiten Runde zwei Minuten. Da die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Antragsteller ist, darf sie auch beginnen. Frau Neuhof, Sie haben das Wort.

Abg. Frau Neuhof, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die Energiewende ist eines der wichtigsten Themen der Zukunft. Sie bietet Entwicklungsmöglichkeiten für das Land und für die Kommunen. Die Pläne zum Ausbau der erneuerbaren Energien sind ambitioniert, ehrgeizig und umsetzbar. Ein konsequenter Ausbau der erneuerbaren Energien lässt folgende Ziele erreichen: Wir wollen bis 2030 100 % Strom aus erneuerbaren Energien. Bis 2020 wollen wir den Strom aus Windkraft verfünffachen.

Rheinland-Pfalz ist bis jetzt Vorreiter in der Erzeugung von Windenergie. Aktuell stehen bereits heute 10 % der insgesamt 1.125 Windenergieanlagen in Rheinland-Pfalz im Wald, davon allein 47 im Vorderhunsrück in den Forstämtern Kastellaun, Simmern und Boppard. Ich habe mir das selbst ansehen können. Es ist sehr überzeugend, wie das Konzept „Windenergie aus dem Wald“ dort umgesetzt worden ist.

Es gibt viele Anfragen von Forstämtern, Verbandsgemeinden und Kreisen, die insgesamt ein großes Interesse und eine große Akzeptanz für diese neue Form der Energiegewinnung aus dem Wald verbunden mit der regionalen Wertschöpfung erkennen lassen. Der Wald ist auch gut geeignet für die Windenergie. Ein Grund dafür ist, dass die technische Weiterentwicklung so weit fortgeschritten ist, dass die Kapazität der einzelnen Anlagen erhöht worden ist und die Bauhöhen es möglich machen, dass die Rotoren über dem Kronendach drehen. Dies verringert den Flächenverbrauch in den Waldbeständen. Die Topografie unseres Landes mit den windhöffigen Höhenlagen, den meist ortsfernen Lagen und der Einbettung der Anlagen in die Waldkulisse und

die damit verbundene Einschränkung des Landschaftsbildes sind weitere gute Gründe für den Standort Wald.

Es gibt eine große Einschränkung, nämlich besonders sensible Landschaftsbereiche scheiden als Windkraftstandorte aus. Das ist ganz selbstverständlich für uns. Wir wollen den Naturschutz natürlich beachten, und wir wollen auch diese sensiblen Waldgebiete schützen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Allerdings kommen Naturschutzgebiete und Kernzonen von Biosphärenreservaten nicht in Betracht, aber Gebiete wie „NATURA 2000“ werden einer Verträglichkeitsprüfung unterzogen. Es wird in vielen Gebieten mit einer Einzelfallprüfung auch möglich sein, Windkraftanlagen zu installieren.

Wir haben weiterhin große technische Fortschritte im Bereich von Schallschutz, Schattenschlag, Vogelschlag und Fledermausschutz erreicht und haben damit einen erhöhten Schutz für die Umwelt und für die Waldverträglichkeit. Somit können auch mögliche Konflikte mit Vögeln, geschützten Tierarten, Fledermäusen und vielen anderen Tierarten im Wald extrem verringert werden. Das bedeutet eben auch, dass bis 2030 eine gute Chance besteht, unser Energieziel zu verwirklichen.

Ein zweiter, ganz wichtiger und wesentlicher Bereich zur Ausweitung der Windenergie ist die kommunale Wertschöpfung für den ländlichen Raum. Es zeigt sich auch, dass viele Kommunen in Kooperation mit Grundstückseigentümern und Projektierern eine hohe Akzeptanz für diese neue Form der Energiegewinnung entwickeln.

Des Weiteren ist es zwingend notwendig, dass Solidarpakete institutionalisiert werden, weil das die Möglichkeit bietet, die Lasten gerecht zu verteilen und eine Wertschöpfung auch für Kommunen zu erschließen, die selbst nicht über die geeigneten Standorte verfügen, und somit durch die Konzentration von Windenergieanlagen an den geeigneten Standorten auch eine Verspargelung der Landschaft größtenteils reduziert wird.

Es lohnt sich also wirklich, zur Gewinnung von Energie aus Windkraft in den Wald zu gehen. Ich meine, es lohnt sich oft und wirklich und ist sehr erholsam, in den Wald zu gehen, aber die Energie aus dem Wald zu holen, bedeutet eine Vorreiterfunktion für Rheinland-Pfalz für diese Art der Energiegewinnung.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Bei allem, was ich bis jetzt über Windenergie aus dem Wald bei Fachvorträgen gehört habe, kann ich nur zu dem Entschluss kommen, dass Rheinland-Pfalz auf einem wirklich guten Weg ist.

Danke.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Präsident Mertes:

Ich erteile Herrn Kollegen Billen das Wort.

(Ramsauer, SPD: Er spricht für die CDU-Fraktion!)

Abg. Billen, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wind aus dem Wald holen bzw. Energie aus dem Wald holen ist ein schöner Begriff, aber wir müssen zumindest einmal sagen, wie das geschehen soll. Frau Kollegin, jetzt haben Sie von einem Konzept gesprochen. Ist das möglicherweise ein Geheimkonzept? Zumindest dem Plenum ist es bis jetzt nicht zugänglich.

(Beifall der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Wir sind uns einig, wenn wir den Ausstieg aus der Kernenergie gemeinsam gestalten, dass sich dann das Landschaftsbild in der Bundesrepublik und auch in Rheinland-Pfalz verändern wird.

Das geht nicht zum Nulltarif. Eine windräderefreie Landschaft und trotzdem ein Ausstieg aus der Kernenergie werden nicht funktionieren.

Jetzt ist die Frage: Wohin stellen wir die Windräder, nach welchen Kriterien stellen wir die Windräder auf, und wer macht welche Vorgaben? – Das ist der Punkt, über den wir uns unterhalten und auch – glaube ich – im wohlverstandenen Sinne streiten müssen. Es ist nicht so einfach zu sagen, in ein Biosphärenreservat stellen wir keine Windräder.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das hat ja keiner gesagt!)

Es könnte sein, dass das Biosphärenreservat sehr windhöflich ist, es keinen Menschen stören wird, nicht einmal das Landschaftsbild. Warum sagen wir dann Nein? Ich könnte Ihnen viele andere Beispiele nennen, wo die Frage gestellt wird: Warum sagen wir hier Ja und da Nein?

Das betrifft die entscheidende Frage bei der gesamten Windenergie, gerade bei der Windenergie; ich könnte Ihnen ein Gegenbeispiel nennen. Photovoltaik würde am besten in den Südhängen der Mosel und des Rheins wirken.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sie haben nicht zugehört!)

Das wollen wir aber nicht, bis jetzt zumindest nicht.

(Pörksen, SPD: Bei euch ist man da nie so sicher!)

Bei Ihnen ist man da nicht sicher; bei uns kann man da schon mal sehr sicher sein.

(Beifall der CDU)

Aber das ist der Punkt. Verstehen Sie, wohin ich will? Sie haben im Ansatz verstanden, wohin ich will, wohin

auch die CDU will. Das ist schon mal gut. Wir sagen Ihnen: Sie können mit uns die Energiewende machen. Das haben wir deutlich gesagt.

Wir haben auch deutlich gesagt – Sie haben jetzt einen Antrag eingebracht –: Kommunen sollen bei der Energie besser wertschöpfen und mehr mitmachen können. Auch da steht dann – interessanterweise –, dass LEP IV verändert werden muss und man die Rahmenbedingungen für mehr Windräder verändern will. Jawohl. Aber lassen Sie uns darüber diskutieren und nicht nach dem Motto verfahren, wir stellen die Windräder jetzt einfach in den Wald, oder eine Vorgabe machen, mindestens 2 % der Waldfläche sind mit Windrädern zu besetzen. Das ist die Vorgabe, die in Ihrem Papier steht.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein!)

– Doch. Herr Kollege Braun, lesen Sie bitte Ihren Antrag. Dort steht 2 %.

(Staatsministerin Frau Höfken: Der Landesfläche! –
Staatsministerin Frau Lemke: Der Landesfläche!)

– Sie haben das auch für den Wald formuliert, Frau Höfken. Ich kann nichts dafür, dass Sie nicht immer wissen, wo Sie was wie formulieren.

(Beifall der CDU)

Aber Sie haben es auch für den Wald formuliert.

Insofern ist meine herzliche Bitte: Ist es der richtige Weg? – Ich stelle die Frage. Ich persönlich glaube nein. Ist es der richtige Weg, dass wir es den Verbandsgemeinden überlassen zu sagen, wohin ein Windrad kommt.

Jetzt sagen wir alle, die Gemeinden sind nicht käuflich. Aber wenn die ein solches Angebot von einem Windradbetreiber bekommen und 50.000 bis 100.000 Euro Einnahmen im Jahr haben, die nicht umlagefähig sind, dann wird die Großzügigkeit, ob es das Landschaftsbild stört oder nicht, nicht sehr groß.

Sie kennen ja die Unterschiedlichkeiten von Geräuschen. Wenn das Windrad, das unter Umständen ein bisschen Krach macht, auf Ihrem Gelände steht und das Geld in Ihr Portemonnaie geht, ist das ein hoch angenehmes Geräusch: Euro, Euro, Euro. – Wenn es aber auf dem Gelände des Nachbarn steht und der das Geld bekommt und Sie nicht, ist das unerträglicher Krach.

Wir müssen genau darüber diskutieren, wer das entscheidet.

(Zuruf von Ministerpräsident Beck)

– Das ist Realismus, Herr Ministerpräsident.

(Ministerpräsident Beck: „Minimalismus“
habe ich gesagt!)

– Davon sind wir ja alle frei, einschließlich Ihnen.

(Zuruf von Ministerpräsident Beck)

Noch einmal, unsere Bitte ist: Lasst uns diskutieren, wer es entscheidet, wo wir Windräder in Parks hinstellen. – Wir können nicht nach dem Motto verfahren: Jeder darf jetzt ein Windrad bauen. – Sonst machen wir garantiert unsere Kulturlandschaft kaputt. Also müssten die Regionalen Planungsgemeinschaften meiner Ansicht nach unter den Vorgaben des Landes – Ausschlussgründe – sagen: Dort ist Windgebiet, und dort ist keins; denn sonst gibt es vor Ort Mord und Totschlag, und Sie machen Bilder einer Landschaft kaputt, die wir nicht kaputt machen wollen. Unsere Bitte ist, in diesem Sinne zu diskutieren. Dann gehen wir auch mit Ihnen. Aber dann müssen Sie uns auch sagen, was Sie wollen, damit wir diskutieren können.

(Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Das Wort hat Herr Kollege Guth.

Abg. Guth, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, lieber Kollege Billen, meine sehr geehrten Damen und Herren der CDU-Fraktion! Bevor ich dazu rede, will ich zunächst einmal Ihr Erinnerungsvermögen etwas auffrischen und zwei Zitate aus der letzten Legislaturperiode nennen. Das ist noch gar nicht so lange her.

Erstes Zitat: Die CDU will ein konsequentes Nein zur Windenergie im Wald. – Sie können sich alle noch an den Feldzug erinnern, den Kollege Licht gegen die damalige Umweltministerin Margit Conrad vollzogen hat.

Die zweite Aussage war sogar in einem Antrag der CDU in der letzten Legislaturperiode: Waldflächen sind als Tabuzonen für die Nutzung von Windenergie einzuordnen. –

(Zuruf der Abg. Frau Schneider, CDU)

Herr Kollege Billen, Sie werfen uns vor, wir hätten kein Konzept. Sie werfen uns vor, wir wären handlungsunfähig. Die CDU muss doch einmal sagen, was sie will. Wir haben ein Konzept vorgelegt. SPD und GRÜNE haben in den Koalitionsvertrag hineingeschrieben, wie wir uns die Energiewende vorstellen. Wir laden Sie herzlich ein mitzugestalten. Kollege Rosenbauer ist da schon etwas weiter. Er hat im neuen „Staatsanzeiger“ gesagt: Wir brauchen einen breiten parlamentarischen Konsens. –

(Baldauf, CDU: Die Idee ist gut!)

Dazu laden wir Sie herzlich ein. Wir haben morgen einen Antrag zur Energiewende bei den Kommunen. Ich bin gespannt, ob die CDU da mitmacht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Kollegin der GRÜNEN sagte bereits, SPD und GRÜNE haben sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2030 die Stromversorgung zu 100 % aus erneuerbaren Energien zu beziehen. Natürlich ist dies ein ehrgeiziges Ziel, und ob wir es am Ende erreichen, hängt von vielen Faktoren, von

vielen Akteuren, aber auch von dem Potenzial ab, das wir ausschöpfen.

Es ist doch ehrenwert, ein Ziel vor Augen zu haben, dafür zu werben, zu kämpfen und einzutreten, im Gegensatz zur CDU. Herr Bracht lacht schon. Er weiß, was kommt. Sie haben kein Konzept und kritisieren unser Konzept in verschiedenen Pressemitteilungen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Hering, SPD: Wankelmütigkeit!)

Was war die zentrale Antwort der schwarz-gelben Bundesregierung auf Fukushima? Alle Windräder raus aufs Meer, mit Überlandleitungen ins Land zurück und einen Atommeiler als Kaltreserve. Wir wissen, beides kommt nicht so. Ich kann Sie beruhigen. Aber das war im Grunde die zentrale Antwort.

Nein, wir wollen Wertschöpfung in der Region, wir wollen Arbeitsplätze, wir wollen Steuereinnahmen, Pachteinahmen, wir wollen die Energieversorgung in der Region für die Region. Vieles wurde in den letzten Jahren in Rheinland-Pfalz bereits auf den Weg gebracht – die Kollegin der Grünen hat es bereits erwähnt –, beispielsweise die Energielandschaft in Morbach, vorbildlich für weitere Projekte weit über Rheinland-Pfalz hinaus, beispielsweise die Windräder bei Kisselbach, die dort im Wald schon errichtet wurden. Wir haben schon Projekte, bei denen im Wald Windräder errichtet wurden.

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Kollege Licht, ich kann mich an Ihre Wortbeiträge gut erinnern. Sie haben einen richtigen Feldzug gemacht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Bedeutung und zum Potenzial der Windkraft. Anfang der 90er-Jahre gab es etwa 2.000 Windräder in Deutschland. Mittlerweile hat sich die Anzahl verzehnfacht. Deutschland ist Vorreiter bei der Windenergie geworden, hunderttausend Arbeitsplätze sind dort entstanden, und diese Technologie ist weltweit vorbildlich.

Aber auch wir können das ehrgeizige Ziel bis 2030 nur erreichen, wenn alle Akteure mit Herzblut an der Sache mitarbeiten. Da helfen keine Fensterreden, Frau Klöckner. Da muss man schon etwas mehr an Beiträgen liefern.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Politik, Energiewirtschaft – – –

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

– Sie können sich melden, Herr Billen.

(Frau Klöckner, CDU: Die letzte Rede
hat keinen Namen!)

Politik, Energiewirtschaft, Industrie, Handwerk – ein Begriff, der Ihnen offensichtlich abhanden gekommen ist. Kommunen und die Bürgerinnen und Bürger selbst

sind die wichtigsten Akteure. Hier kommt insbesondere der Windkraft eine besondere Bedeutung zu.

(Baldauf, CDU: Die Rede ist nicht gut!)

Bei 42 % Wald in Rheinland-Pfalz gibt es keine Alternative als die, auch Waldflächen für die Windenergie auszuweisen. Einen Einblick in die vorhandenen Möglichkeiten bietet beispielsweise die Studie „Windenergiepotenzial Rheinland-Pfalz“ – ich habe die Studie hier, falls sie jemand einsehen möchte – vom Bundesverband Windenergie e. V.

(Frau Klöckner, CDU: Gibt es im Internet!)

Dieser sagt: Insgesamt kann das Ziel, 2 % der Landesfläche, Herr Billen, für die Windenergienutzungen bereitzustellen, als realistisch angesehen werden. Also hier auch von neutraler Stelle eine Untermauerung unserer Position, unserer Ziele.

Meine Damen und Herren, es war schon interessant, was die CDU, was Herr Kollege Billen, der wieder einmal zu hören war, von sich gegeben hat.

(Glocke des Präsidenten)

Aber was heißt das schon? – Wer sich innerhalb weniger Wochen von der Hauptschule, von der Atompolitik,

(Glocke des Präsidenten)

von der Wehrpflicht und

(Frau Klöckner, CDU: Von der Mittelrheinbrücke,
von der B 10, von der A 1!)

vom Nein zum Mindestlohn verabschiedet, Frau Klöckner, dem kommt es auf ein paar Windräder im Wald auch nicht mehr an.

(Glocke des Präsidenten)

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Präsident Mertes:

Für die Landesregierung spricht Frau Staatsministerin Höfken. Bitte schön.

Frau Höfken, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Abgeordnete! Ich freue mich, dass dieses Thema auf so große Resonanz stößt. Herr Kollege Billen, ich glaube, es ist gut, dass die Fraktionen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD diesen Punkt heute auf die Tagesordnung gesetzt haben.

Zur energiepolitischen Ausrichtung der Landesregierung will ich nur etwas sagen, was den Wald betrifft. Bis 2020 soll sich der Strom aus Windkraft vervielfachen, und 2 % der Landesfläche sollen für die Windkraft zur Verfügung gestellt werden. Da ist natürlich der Wald gefragt; denn es ist so, dass die meisten windhöflichen Standorte da angesiedelt sind. Es ist sinnvoll, diese Gebiete zu prüfen.

Es war in der Vergangenheit unter Frau Conrad nicht vollkommen ausgeschlossen, dies zu tun. Nur, es war weitgehend tabu. Es ist aber an einigen Standorten trotzdem schon praktiziert worden, zum Beispiel der vordere Hunsrück als einer der Vorreiter. Insofern können wir auf Erfahrungen aus diesen Standorten zurückgreifen, die inzwischen vorliegen.

Inzwischen befinden sich 10 % der insgesamt 1.125 Windanlagen in Rheinland-Pfalz auf Waldstandorten, also 112 Anlagen. Weitere sind im Bau. Das können Sie sehen, wenn Sie da entlangfahren. Die gesammelten Erfahrungen sind so komplex wie die Windenergieprojekte selbst. Planerische, vertragsrechtliche, betriebs- und volkswirtschaftliche, aber auch praktische Aspekte gehen jetzt gebündelt in das ein, was wir unser Konzept „Wind im Wald“ nennen.

Zur Eignung der Standorte. Ich habe schon gesagt, sie sind meistens windhöflich. Der Vorteil ist, sie sind meist auch ortsfremd und belästigen damit die Menschen weniger. Durch die optische Einbettung von Windanlagen im Wald ist das Landschaftsbild nicht so gestört. Aber klar ist auch, dass besonders sensible Landschaftsbereiche ausgeschlossen werden.

Wenn man sich die Meldungen aus den letzten Tagen oder von gestern anschaut, dann sagen die Naturschutzverbände in der Region Kreuznach, bestimmte Standorte, viele Windparks werden abgelehnt. Auf der anderen Seite ist es genau das Gegenteil. Der Städte- und Gemeindebund sagt, wir alle wollen die Waldflächen für die Windenergie nutzen. Dazwischen wollen wir eine Lösung finden. Wir sind sehr zuversichtlich, dass wir das gut tun können.

In der Vergangenheit war es so, dass die Waldstandorte wegen der geringen Nabenhöhe der Anlagen aufgrund ihres technischen Stands eigentlich auszuschließen waren. Es ist aber so, sie sind heute an die 200 Meter hoch. Der Abstand zu den Baumwipfeln beträgt jetzt ungefähr 50 Meter, das heißt, hier können die Anlagen inzwischen gebaut werden, ohne den Wald zu stören. Vor allem ist der Flächenbedarf unheimlich reduziert worden. Auch die ganze Diskussion um die Ausgleichsflächen ist entsprechend geschrumpft. Übrigens gibt es in Rheinland-Pfalz gute Möglichkeiten, hierfür nicht wertvolles Ackerland zu generieren.

Gleichzeitig haben wir viele Erkenntnisse in Bezug auf die naturschutz- und umweltrelevanten Fragen. Wir wissen heute, wie es um den Vogelschutz und die Vogelzüge bestellt ist und welche Daten dort gebraucht werden. Inzwischen haben wir diese vorliegen. Die Vogelschutzbehörde arbeitet ganz ausgezeichnet und steht zur Verfügung, um eine gute Beurteilung zu ermöglichen.

Mit technischen Möglichkeiten können die Anlagen in diesen Zeiten abgeschaltet werden. Sie wissen, die Vögel ziehen zweimal im Jahr. So ein Windrad dreht sich aber an viel mehr Tagen. Also ist das kein Grund, so etwas auszuschließen.

Ebenso geht das in Richtung Schallschutz, Schattenschlag, Fledermausschutz. Auch hier haben wir moderne Möglichkeiten und Daten, darauf zu reagieren, genauso wie hinsichtlich der Arten, die am Boden zu finden sind. Also können wir heute sagen, wir möchten Schutz und Nutzung gleichzeitig realisieren. Wir nutzen das ganze Potenzial der technischen Möglichkeiten, der wissenschaftlichen Basis und verbinden Natur- und Waldschutz mit der Windenergie.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei der SPD)

Dazu gehört auch der Waldschutz in der nötigen Art und Weise. Wir haben vor Kurzem das Biotopbaumkonzept vorgestellt, eine weiße Welle, die die Biotopbäume, die Zukunftsbäume kennzeichnet. Dies sind die Baumriesen, zum Beispiel die Höhlenbäume, die man wachsen lässt, die dann einem natürlichen Zerfall anheimgegeben werden, die aber gleichzeitig das leisten, was sie leisten sollen, nämlich Biotopvernetzung. Dazu gehören auch das Vorhaben des Nationalparks und die FSC-Zertifizierung. Also auch der Schutz wird gleichermaßen behandelt.

Natürlich sind planerische Voraussetzungen zu schaffen, wie meine Kollegin Frau Lemke dies vorhat.

Im Einzelnen sagen wir, was nicht in Betracht kommt. Herr Kollege Billen, das sind Naturschutzgebiete, Kernzonen vom Biosphärenreservat und Nationalpark. Alle anderen Gebiete obliegen einer entsprechenden fachlichen Einzelfallprüfung, den entsprechenden Genehmigungsveroraussetzungen und den entsprechenden Planungen.

Wir haben eine Situation, in der der Landesforst in der Lage und mit aller Intensität dabei ist, dieses Konzept zu verwirklichen. Man muss deutlich sagen, Windanlagen im Wald, erneuerbare Energien sind für den Forst essenziell, auch im eigenen Interesse, und zwar aus zwei Gründen. Erstens ist der Wald vom Klimawandel erheblich betroffen. Also sind alle Technologien, die entgegenwirken, hoch willkommen. Das gilt natürlich auch für die Emissionen, die die fossilen Energieträger ausströmen. Auch die schädigen den Wald. Heute ist ein Drittel der Wälder geschädigt. Also auch hier besteht ein Eigeninteresse des Forstes, die erneuerbaren Energien zu unterstützen.

Zudem haben die Anlagen im Wald einen großen Vorteil. Sie mindern die Nutzungskonflikte. Die haben wir im Agrarbereich, die haben wir auch im Waldbereich, energetische Nutzung, stoffliche Nutzung. Also können die Windenergieanlagen erheblich dazu beitragen, diese Konflikte zu entschärfen. Sie tun dies auch.

Wir kommen zu einer Situation, in der vielleicht der dritte wichtige Punkt neben Nutzen und Schutz noch zu nennen ist, nämlich die Möglichkeit für die Kommunen,

Wertschöpfung zu betreiben, und das in erheblichem Ausmaß. Darum werden all diese Konzepte gemeinsam sowohl mit den Kommunen als auch mit den Privatwaldbesitzern erörtert. Der Städte- und Gemeindebund ist in diese Planungen eng einbezogen.

Es macht Sinn. Wir nennen das Stichwort „Solidarpakt“, das heißt, wir möchten, dass die Lasten gerecht verteilt sind. Wir möchten aber auch, dass der Nutzen und der Ertrag gerecht verteilt werden. So kommen wir dann zu einem sehr positiven Effekt. Wir können gut geeignete Standorte suchen. Das muss nicht irgendwie entlang der Besitzstandsgrenzen ablaufen, sondern das kann in einer Gemeinsamkeit ablaufen. Auf diese Art und Weise bekommen wir viel besser geeignete Standorte, als wenn wir das im Gegeneinander der Interessen verwicklichen.

Weitergehende Optionen sind dann auch Betreibermodelle. Ich hoffe, dass es zu solchen kommt. Wir werden alles tun, um solche Wertschöpfungsmöglichkeiten für die Kommunen, für die Bürgerinnen und Bürger und natürlich auch für Landesforsten zu realisieren. Wir haben dann etwas, was man wirklich Win-win-Situation nennen kann.

Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Präsident Mertes:

Wir haben nun die zweite Runde mit jeweils noch zwei Minuten Redezeit.

Es beginnt Herr Dr. Braun. – Bitte schön.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der CDU, wir sind nun so weit, dass Sie zumindest theoretisch gesagt haben, Sie wollen die Energiewende unterstützen. Ich lade Sie herzlich dazu ein, das zu tun, damit das, was heute vorgegeben und vorgetragen worden ist, umgesetzt werden kann. Natürlich haben auch wir ein Interesse daran, dass ein Ausbau der Windenergie geordnet geschieht. Daran besteht ein gemeinsames Interesse.

Es ist hier nicht gesagt worden, Biosphärenreservate sollen frei bleiben, sondern es sollen Kernzonen der Biosphärenreservate frei bleiben. Herr Billen, deshalb habe ich dazwischen gerufen: Man muss auch zuhören.

Auf die Kernzonen entfallen 3 % der Biosphärenreservate. Das ist eine ganz andere Größe. Auch bei den Naturparks verhält es sich anders. Man sagt nicht generell, sondern nach Prüfung können sie genutzt werden. Deshalb haben wir eine Win-win-Situation, bei der Sie ganz einfach mitmachen müssen. Die Kommunen können gewinnen, natürlich kann auch das Land gewinnen, die Umwelt kann gewinnen, und der Klimaschutz gewinnt.

Ihre Haltung erinnert mich ein bisschen an die Muppet Show. Sie wissen, am Schluss gibt es bei der Muppet Show immer die zwei Alten, die auf der Tribüne sitzen und nörgeln. Die da unten machen die Show, und die da oben sagen immer: Ach, das war doch alles Unsinn! – Genau das ist im Moment die Haltung der CDU: Sie sitzen da oben, machen nicht mit, schauen zu und nörgeln. – Das ist keine Rolle, die der Landtag verdient, sondern Sie müssen aktiv mitmachen. Wir laden Sie ein, machen Sie aktiv bei dieser generationenübergreifenden Energiewende mit.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Wir brauchen gerade für den Wald – Rheinland-Pfalz ist das waldreichste und damit natürlich das energiereichste Land – Konzepte, die wir gemeinsam tragen. Es ist vorgeschlagen worden, keine großen Ausschlussgebiete zu schaffen. Natürlich muss der Nationalpark Ausschlussgebiet bleiben, aber das gilt nicht für die Naturparks und auch nicht in vollem Umfang für die Biosphärenreservate. Dann muss man sich mit den Verbandsgemeinden darauf einigen, wo es sinnvoll ist, die Windenergie zu nutzen.

(Glocke des Präsidenten)

Ich bitte Sie, dass da die CDU-Ortsbürgermeisterinnen und -bürgermeister sowie die CDU-Verbandsbürgermeisterinnen und -bürgermeister mitmachen und wir nicht gegeneinander arbeiten, sondern die Win-win-Situation ausnutzen

(Glocke des Präsidenten)

und gemeinsam vorgehen.

Danke schön.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Präsident Mertes:

Das Wort hat Herr Kollege Billen.

Abg. Billen, CDU:

Herr Kollege Dr. Braun, die Muppet Show ist mir sehr wohl bekannt.

(Vereinzelt Heiterkeit im Hause)

Ich habe sie jahrzehntlang immer sitzen sehen. Hu, hu haben sie gerufen und gewunken.

Jetzt komme ich zum Punkt. Sie haben nicht zugehört. Herr Kollege Guth hatte seine Rede schon geschrieben und konnte sie nicht mehr umschreiben. Ihm kann ich nur sagen: Wer ständig rückwärts schaut, fällt über den Strohhalm, der vor ihm liegt. – Sie laufen Gefahr, dass Sie über den Strohhalm fallen, der vor Ihnen liegt, weil

Sie nur rückwärts schauen. Die Welt hat sich nach Fukushima nun einmal ein Stück geändert.

(Zurufe von der SPD)

Jetzt lasst es uns gemeinsam machen. Herr Dr. Braun, das ist genau der Punkt. Das Dollarzeichen in den Augen von Bürgermeistern, Gemeinderäten und privaten Leuten in den Gemeinden kann nicht dazu führen, dass unkontrolliert der Schatz, den wir haben – der Wald ist nun einmal der Schatz von Rheinland-Pfalz, und zwar ein großer –, zugestellt und unmöglich gemacht wird.

Insofern lautet unsere herzliche Bitte – man kann nur dann mitmachen, wenn man das auch einmal diskutieren darf, aber Sie legen bis jetzt außer dem Antrag, der morgen diskutiert wird, noch nichts vor –: Lassen Sie uns über den Weg einer geordneten Energiewende diskutieren.

Herr Guth, die größte Fensterrede ist die, wenn man sich an dieses Pult stellt und sagt: Bis zum Jahr 2030 haben wir das hinbekommen. – Sie haben aber nicht einen einzigen Punkt genannt, wie das konkret geschehen soll. Wir müssen konkret darüber reden. Wir sind gar nicht auseinander, sondern wir haben nur etwas Bedenken, wenn es heißt, wir stellen Windräder in den Wald, und keiner kontrolliert das. So kommt das rüber. Deshalb sollten wir gemeinsam den Weg über Planung, Raumplanung,

(Glocke des Präsidenten)

regionale Planung gehen. Dann bekommen wir die Energiewende mit Vernunft und ohne Hektik und Hysterie hin.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Frau Ministerin, sind Sie einverstanden, dass ich zunächst dem Kollegen das Wort erteile? – Danke schön. Dann erteile ich zunächst Herrn Abgeordneten Fuhr das Wort. Anschließend erhält die Frau Ministerin das Wort.

Abg. Fuhr, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Billen, Sie sagen vielleicht zu Recht, die Welt hat sich geändert. Die CDU hat sich auch entsprechend gedreht. Uns fehlt aber der Glaube, dass sich die CDU bei dieser Thematik wirklich geändert hat,

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

um das, was sie als Energiewende bezeichnet, auf den Weg zu bringen. Sie haben vorhin dazwischengerufen, es gibt jetzt die Energiewende, aber Sie haben in den vergangenen Jahren bewiesen, dass Sie immer dann, wenn es um die Windkraft im Wald ging, die Konfliktpunkte gesucht und in den Vordergrund gestellt haben.

Sie müssen uns zunächst einmal im weiteren Verfahren beweisen, dass Sie davon abgekommen sind.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wenn wir festlegen, dass künftig 2 % der Landesfläche – lesen Sie das noch einmal nach – für Windkraft zur Verfügung gestellt werden soll, ist das ein realistisches Ziel und ein Ziel, das gerade in den Höhenlagen der Wälder und mithilfe der dort vorhandenen Windhöflichkeit auf den Arealen umgesetzt werden kann, die dort teilweise zur Verfügung stehen.

Wir als Sozialdemokraten setzen in diesem Verfahren auf Akzeptanz. Das ist im weiteren Verfahren wichtig. Der Akzeptanzwandel hat bei der Bevölkerung aufgrund der aktuellen Ereignisse in diesem Jahr und der Energiewende schon stattgefunden. Wir können das bekräftigen, indem wir ökologisch nicht so sensible Bereiche als Standort für Windenergie auswählen. Wir werden die Kommunikation mit weiteren Nutzern in den Vordergrund stellen müssen, wie mit den Vereinen im Pfälzer Wald, Jägern, Umweltverbänden und all denen, die im Wald betroffen und beteiligt sind.

Wir stellen aber auch ganz klar die Bürgernähe und die örtliche Sachkompetenz der Kommunen in den Vordergrund. Das ist für uns ein wichtiger Punkt bei der Umsetzung von mehr Windenergie im Wald.

Das wollen wir dadurch gewährleisten, dass wir die Entscheidung über die Regionalplanung und über weitere Planungen vor Ort bei den Kommunen belassen, um die Nähe und Sachkompetenz zu nutzen. In diesem Verfahren und auf diesem Weg wird es auch Aufgabe der Kommunen sein, das zu diskutieren, was Sie angesprochen haben,

(Glocke des Präsidenten)

nämlich die Frage, wie man zu einer gerechten Verteilung von Lasten und Nutzen kommen kann.

Ich will zum Schluss darauf hinweisen, dass wir darin auch eine Möglichkeit sehen, künftig Genehmigungsverfahren auf Hemmnisse und Blockaden hin zu überprüfen, die man abbauen kann.

(Glocke des Präsidenten)

Da geht es um das Thema der Ausgleichsflächen.

Präsident Mertes:

Die Redezeit ist abgelaufen.

Abg. Fuhr, SPD:

Es geht um die Frage des Flächenausgleichs. Wenn es uns gelingt, die Kommunen mit auf den Weg zu nehmen, werden wir das sehr erfolgreich in Rheinland-Pfalz umsetzen.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Präsident Mertes:

Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Frau Lemke, Ministerin für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Billen, das waren eben sehr befriedende Worte in dieser Diskussion, die mich Hoffnung schöpfen lassen, dass wir gemeinsam dieses große Energiewendeprojekt mit unseren Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern bewältigen können.

Sie haben gesagt, lassen Sie uns planen. Genau das ist das, was wir bereits tun. Wir planen, und der Planung geht auch voraus, dass man überlegt, was man tun kann, und schaut, wie die Potenziale an bestimmten Standorten aussehen. Dies ist eine Fleißarbeit, die von kompetenten Kräften geleistet werden muss.

Ein Teil der Ergebnisse der Fleißarbeit, die wir bereits vorgelegt haben, ist auf der Windenergietagung an der FH Bingen vorgestellt worden. Dort ist unter anderem eine Studie des Fraunhofer-Instituts vorgestellt worden, weil wir die politische Kenngröße von 2 % der Landesfläche, die einmal grob kalkuliert war, genau überprüfen wollten. Wir wollten wissen, wie wir in diesem Land hinkommen, wenn wir diese politische Kenngröße technisch umsetzen würden.

Deshalb ein paar Zahlen, die die ganze Diskussion mehr versachlichen. Derzeit haben wir auf 0,25 % der Landesfläche, also auf einem Viertelprozent der Landesfläche, an Standorten Windkraftanlagen stehen.

In dem Gutachten des Fraunhofer-Instituts haben wir auch ausrechnen lassen, ob wir unser politisches Ziel, den Bedarf zu 100 % mit erneuerbarem Strom zu decken, mit den 2 % erreichen können. Das Ergebnis war erstaunlich. Wir erreichen, obwohl wir das in einem großen Strommix noch ganz anders vorhatten, bereits 80 % des Nettostromverbrauchs in Rheinland-Pfalz, wenn wir uns an den 2 % orientieren.

Das heißt, wir werden sie im Strommix noch nicht einmal voll brauchen. Dazu gibt es noch eine weitere Studie, die schon veröffentlicht worden ist. Darin geht es um die Frage, wie viel Flächen wir brauchen, weil sich die Windkraft bewegt.

Man weiß, die Anlagen kann man wieder abbauen. Heute ist es schon so, dass jeder Anlagenersteller seine Anlagen in der Regel nur verschraubt und nicht mehr verschweißt und, weil es eine Investorentätigkeit ist, die Anlagen, die an nicht rentablen und nicht so windhöffigen Standorten stehen, an windhöffigere umziehen lässt. Dann brauchen wir voraussichtlich nur 1,13 % der Landesfläche. Da wir unterschiedliche Planungsstände

haben, werden sich in der Zwischenzeit auch die Anlagen tatsächlich bewegen. Sie werden umziehen.

Meine Damen und Herren, das haben wir bisher bei keiner anderen Technologieform, weder bei Kohlekraftwerken, Gaskraftwerken noch Atomkraftwerken gehabt. Diese stehen, wie wir das an Mülheim-Kärlich sehen, noch sehr lange in der Landschaft herum. Der Abbau und die Entsorgung sind ein Riesenproblem.

Bei der Windkraft haben wir vorgesorgt. Das Ganze ist ein flexibler Markt, der mit der Natur in Einklang steht. Wir machen gerade unsere Hausaufgaben dazu, wie sich das in Rheinland-Pfalz bewegen kann. Wir sind gründlich. Das, was Sie von uns verlangen, tun wir auch. Sie werden es in aller Gründlichkeit vorgelegt bekommen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Was haben wir vor? Wie sieht es mit dem Landesentwicklungsprogramm aus, das wir gerade überarbeiten? Zunächst einmal müssen wir die windhöffigen Standorte ermitteln.

Herr Billen, auf 200 Meter oder 150 Meter wird der Wind aber nicht gemessen. Wenn ich feststellen will, wo es gut und nicht so gut geht, muss ich mir darüber Gedanken machen, wo dies funktioniert.

Nun haben wir unterschiedliche Erfahrungswerte. Der Deutsche Wetterdienst hat uns Erfahrungen mitgeteilt. Auf 25 Meter und 75 Meter wird der Wind durch den Deutschen Wetterdienst gemessen. Wir haben an den Standorten, an denen es schon Windkraftanlagen gibt, auch Messwerte, die sich an dem Strom ausrichten, der dort schon erzeugt wird. All dies kann man in Simulationen zusammenführen. In diesen Simulationen kann man reflektierend auf die Standorte mit den Wetter- und Winddaten, die wir ansonsten haben, ausrechnen, wo eine Windkraftanlage ertragreich ist und wo nicht.

Genau dies tun wir jetzt, damit wir konkrete Vorgaben machen können, wo sich Vorranggebiete befinden, wo Windkraftanlagen besonders gut funktionieren und wo man geballt Windkraftanlagen erstellen kann, um andere Gebiete nicht zu „verspargeln“.

Wir sind alle bei ihnen. Wir haben die gleiche Meinung. Wir wollen nicht, dass das Landschaftsbild in Rheinland-Pfalz völlig zerstört wird, weil plötzlich überall Windkraftanlagen wie Pilze aus dem Boden sprießen. Deshalb beugen wir jetzt vor.

Natürlich – Sie haben meine Kollegin Frau Höfken gehört – gibt es auch Gebiete, bei denen man sagen kann, da geht gar nichts. Dahin wollen wir keine Windkraftanlagen stellen, weil es andere naturschutzfachliche Belange gibt, die dort Vorrang genießen.

In der Mitte gibt es aber immer noch einen gewissen Spielraum. Diesen werden wir auch definieren, damit die soziale Komponente, die wir in dem ganzen Energiewandelprozess haben, nicht herunterfällt.

Wir haben festgestellt, dass wir Bürgermeister haben, die sich zu Recht Hoffnungen machen, ihre Kommunen auch finanziell zu sanieren. Ich finde, diese Sorge ist absolut berechtigt. Diese hat nichts mit dem schnöden Mammon und damit zu tun, dass man sagt, nur Bares ist Wahres. So dürfen wir das nicht reduzieren. Unsere Bürgermeister haben Verantwortung. Diese nehmen sie und auch wir in der Planung wahr. Dann müssen wir auch diese Spielräume mit berücksichtigen und darstellbar machen.

Das heißt, wir werden in der Landesplanung drei Kategorien bekommen. Die eine ist darauf ausgerichtet, besonders die energieertragreichen Standorte zu favorisieren und diejenigen festzustellen, die gar nicht gehen. Es geht auch um das, was sich dazwischen auftut. Genau in diese Richtung arbeiten wir. Es wird noch einige Wochen dauern, bis wir dazu eine Vorlage machen können. Diese wird an den Prozess des Wandels geknüpft sein.

Ich habe eben gesagt, auch Windkraftanlagen werden abgebaut und ziehen um. All dies muss man berücksichtigen; denn – das wissen Sie – die Regionalen Planungsgemeinschaften haben jeweils drei Jahre Zeit, ihre Pläne zu ändern, wenn wir ein Landesentwicklungsprogramm überarbeiten oder ein neues aufgelegt wird.

Natürlich dürfen auch die Fristen eingehalten werden. Das Ganze muss so angepasst werden, dass in diesem Prozess niemand herunterfällt und alle Belange berücksichtigt werden können.

Wir sind dabei, in diesem Umfang eine Vorlage vorzubereiten. Natürlich wird sie im Plenum diskutiert werden, weil Sie darüber entscheiden. Ich bin sehr zuversichtlich, dass uns das gelingen wird, weil ich gerade von Ihnen erfahren habe, dass Sie auf unserer Seite sind.

(Baldauf, CDU: Warten wir erst einmal Ihre Vorlage ab! –
Fuhr, SPD: Jetzt kommt schon wieder eine Einschränkung!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dann bekommen wir das sicherlich gemeinsam hin.

Danke schön.

Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren, als Gäste auf der Zuschauertribüne begrüße ich ehemalige Eisenbahner aus Hahnstätten und Weinprinzessinnen aus Rheinhessen, dieses Mal ganz ohne Krone, aber Majestäten. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich darf auch Kommunalpolitiker begrüßen, und zwar Frau Bürgermeisterin Horsch, Herrn Bürgermeister Hangert und Herrn Beigeordneten Bales, die die Diskussion über das Landgesetz über freiwillige Gebietsände-

rungen verfolgen wollen. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Wir kommen zum zweiten Thema der

AKTUELLEN STUNDE

„Erfolgreiche Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund“ auf Antrag der Fraktion der SPD

– Drucksache 16/315 –

Für die erste Runde stehen fünf Minuten Redezeit und für die zweite Runde zwei Minuten Redezeit je Fraktion zur Verfügung.

Das Wort hat Frau Kollegin Brück.

Abg. Frau Brück, SPD:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Aktuell findet die erfolgreiche Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz große Beachtung. Letzte Woche wurden acht junge Leute aus Rheinland-Pfalz in das START-Studienprogramm für engagierte und leistungsstarke Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund aufgenommen.

Aktuell sind 40 Jugendliche in der START-Stiftung integriert. Das sind Schülerinnen und Schüler nicht nur mit besonderen Leistungen, sondern auch mit einem besonderen ehrenamtlichen Engagement.

Vor vier Wochen erst hat uns der Bildungsmonitor der Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft“, ein Institut, das uns gegenüber nicht unbedingt als freundlich bekannt ist, mit einer überdurchschnittlichen Bewertung auf dem Gebiet der Integration von Kindern und Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft bescheinigt, dass es uns in Rheinland-Pfalz besonders gut gelingt, Kinder mit Migrationshintergrund zu fördern.

Die Zahl der Schulabschlüsse ist überdurchschnittlich. Die letzten PISA-Ergebnisse haben uns das ebenfalls schon vergangenes Jahr bestätigt. Wir schaffen es im Vergleich zu anderen Bundesländern, die Leistungsunterschiede drastisch zu reduzieren. Das zeigt, in Rheinland-Pfalz hängt die Bildung nicht vom Geldbeutel oder der Herkunft der Eltern ab. Darauf können wir zu Recht stolz sein. Wir müssen uns aber auch weiter anstrengen. Diese Anstrengung ist es uns für die soziale Gerechtigkeit und die Chancengleichheit wert.

Wir können auch sagen, unser Weg des lebenslangen Lernens und des längeren gemeinsamen Lernens lohnt sich, und die gute positive Entwicklung vollzieht sich in Schritten und bedarf einer Vielfalt von aufeinander abgestimmten Maßnahmen und Strategien. Der Schlüssel zum Erfolg geht unbestreitbar über die Sprache. Eine wichtige Grundlage ist die Sprachförderung in der Kindertagesstätte bis in die Schule. Nirgends ist die Be-

suchsquote der Kindertagesstätten so hoch wie in Rheinland-Pfalz.

Durch unsere Beitragsfreiheit besuchen fast 100 % aller Kinder und weit über 90 % aller Kinder mit Migrationshintergrund eine Kindertagesstätte. Gerade in den Zentren mit einem besonders hohen Migrationsanteil, wie zum Beispiel in den Städten Ludwigshafen, Mainz, Koblenz, Kaiserslautern oder Trier, gehen fast 100 % der Kinder mit Migrationshintergrund in eine Kindertagesstätte.

Das ist für die konsequente Sprachförderung unabdingbar. Das Sprachförderprogramm im Rahmen der Initiative „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“ ist eine hervorragende Erfolgsgeschichte und hilft nicht nur Kindern mit Migrationshintergrund. Hier wird der Grundstein gelegt. Deshalb kann das auch nur der Grund sein, dem von der Bundesregierung geplanten Betreuungsgeld auch aus diesem Grund eine klare Absage zu erteilen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Die individuelle Förderung, die Sprachförderung und die Hausaufgabenhilfe setzen sich in der Grundschule und in den weiterführenden Schulen, in den Realschulen plus, in den Integrierten Gesamtschulen und den Gymnasien fort. Die Senkung der Klassenmessenzahl auf 24 Kinder in der Grundschule und 25 Kinder in der Orientierungsstufe bieten wiederum noch mehr Potenzial für eine individuelle Förderung. Auch hier gibt es Module zur Sprachförderung. Dafür werden zusätzliche – über den Pflichtstundenbedarf hinaus – Poolstunden bereitgestellt.

Die Ganztagschule trägt ebenfalls zur Förderung von Sprache, Kompetenz und Talenten bei. Über den Sozialfonds für das Mittagessen bleibt niemand aus finanziellen Gründen außen vor. So muss es sein. Auch das ist sozial gerecht.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ein besonderes Anliegen ist es uns – das ist auch im Koalitionsvertrag so festgehalten –, den in der Wissenschaft unbestrittenen muttersprachlichen Unterricht sowie Deutsch als Zweitsprache anzubieten.

Das Beherrschen der Muttersprache ist die Basis für das Erlernen weiterer Sprachen. Ich glaube, das müssen wir uns alle in diesem Haus immer wieder vor Augen halten, und das muss auch die CDU lernen und sich dazu bekennen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Nicht vergessen dürfen wir die Elternkurse, zum Beispiel in den Kindertagesstätten oder in Form von Volkshochschulangeboten „Mama spricht Deutsch“ oder die erfolgreich laufenden Ferienintensivsprachkurse der Volkshochschulen für Schulkinder, die mitten im Schuljahr

oder mit geringen Sprachkenntnissen nach Deutschland kommen.

Die Förderung setzt sich in den weiterführenden Schulen und in den berufsbildenden Schulsystemen fort. Individuelle Förderung, differenzierte Klassenarbeiten, individuelle Lernstandsrückmeldungen, intensive Berufswahlorientierung und -begleitung, das Projekt „Keine(r) ohne Abschluss“ sind auch hier zu nennen.

Unser Bildungssystem bietet viele Möglichkeiten und viel Durchlässigkeit nach oben. Das ist echte Chancengleichheit.

Die deutliche Verbesserung der Ergebnisse bei den Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund, aber auch bei allen anderen Schülerinnen und Schülern, unabhängig von der sozialen Herkunft, zeigt, dass der Weg der individuellen Förderung und des längeren gemeinsamen Lernens in Rheinland-Pfalz richtig ist.

(Glocke des Präsidenten)

Hieran werden wir weiter arbeiten; denn nur über die soziale Gerechtigkeit schaffen wir Wohlstand und Wachstum für alle.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Präsident Mertes:

Ich erteile Frau Abgeordneter Dickes das Wort.

Abg. Frau Dickes, CDU:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, insbesondere Frau Kollegin Brück! Wenn Sie bei einem Kreuzworträtsel ein Kästchen sehen, in dem „positives Ergebnis vorweisend“ steht, dann lautet das Lösungswort „erfolgreich“.

(Pörksen, SPD: Was ist denn das für ein Ding?)

Wie bei einem Kreuzworträtsel hat sich bei mir die Frage gestellt, wie Sie heute zu dem Titel der Aktuellen Stunde „Erfolgreiche Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund“ gekommen sind; denn das positive Ergebnis, von dem Sie hier sprechen, vermisste ich.

Wenn ich mir die Unterlagen des Statistischen Landesamts Rheinland-Pfalz anschau, kann ich dort wörtlich lesen: Jugendliche mit Migrationshintergrund verlassen die Schule relativ häufig ohne Abschluss – 11 %, doppelt so viel wie Schülerinnen und Schüler ohne Migrationshintergrund. Sie wiederholen doppelt so oft eine Schulklasse, sie befinden sich relativ häufig in Übergangssystemen, ebenfalls doppelt so viele. Sie haben nur halb so oft das Abitur. –

Dann frage ich noch einmal ganz grundsätzlich: Was ist daran bisher positiv?

Es macht mir auch Angst, wenn Sie Ihre eigene Arbeit, so wie Sie das eben gemacht haben, so hoch loben, Frau Brück; denn wenn ich von meiner Arbeit sage: Sie ist gut, alles ist positiv, es ist erfolgreich, dann habe ich kein Bedürfnis mehr, etwas zu verändern, etwas zu verbessern oder Dinge neu zu gestalten.

(Pörksen, SPD: Ihr hättet auch keinen Grund dafür!)

Das ist gerade bei diesem Thema ganz besonders dramatisch; denn wir wissen auch, dass sich die Bevölkerung in den nächsten Jahren stark verändern wird, wir immer mehr Kinder mit Migrationshintergrund in unseren Schulsystemen haben und darauf reagieren müssen.

Ich war gerade erst vor einiger Zeit mit meiner Kollegin Julia Klöckner in einem Kindergarten in Bad Kreuznach: 70 % Kinder mit Migrationshintergrund. – Das ist eine enorme Herausforderung für alle. Da müssen die Rahmenbedingungen einfach stimmen.

(Beifall der CDU –

Pörksen, SPD: Was war das Ergebnis des Besuchs? – Frau Elsner, SPD: Und was machen Sie?)

Um noch einmal auf den Titel der Aktuellen Stunde zurückzukommen: Frau Ministerin Ahnen, wenn Kritik in diesem Haus kommt, dann sind Sie sonst immer sehr darauf bedacht, diese differenziert zu sehen und andere Blickweisen oder andere Seiten der Statistik zuzulassen. Wenn ich Ihren Weg gehe, dann müsste die Aktuelle Stunde eigentlich um Sätze wie: schlechtes Abschneiden in Rheinland-Pfalz bei der Schüler-Lehrer-Relation, bundesweit nur auf Platz 10, bei Gymnasien sogar nur auf dem vorletzten Platz, erweitert werden.

(Pörksen, SPD: Ja gut! Ja gut!)

Seien Sie doch noch ehrlicher bei Ihrer Aktuellen Stunde: Rheinland-Pfalz spart erfolgreich bei der Bildung.

(Zuruf des Abg. Hüttner, SPD)

Nachdem das Land schon seit Jahren bei den Bildungsausgaben pro Schüler weit unter dem Bundesdurchschnitt liegt, werden jetzt noch einmal erfolgreich 2.000 Lehrerstellen eingespart. Das ist doch Ihre Politik, die Sie hier als Landesregierung betreiben.

(Beifall der CDU –

Frau Brede-Hoffmann, SPD: Verstehendes Lesen, das muss man beherrschen, Frau Kollegin!)

Nichtsdestotrotz haben Sie mit dem Thema „Förderung von Schülern und Schülerinnen mit Migrationshintergrund“ ein sehr wichtiges Thema angesprochen. Insoweit bin ich froh, dass wir heute darüber reden können.

(Pörksen, SPD: Merkt man Ihnen richtig an! – Frau Brede-Hoffmann, SPD: Ihre Zeit ist jetzt schon herum!)

Früher galt das katholische Mädchen vom Land als Synonym für schlechte Bildung. Wenn wir einmal ganz

ehrllich sind, dann ist es heute der muslimische Stadtjunge mit Migrationshintergrund.

(Pörksen, SPD: Seien Sie vorsichtig mit solchen Vorurteilen!)

Was seinerzeit unter der CDU-geführten Landesregierung – ich nenne hier Hanna-Renate Laurien als gutes Beispiel – gelungen ist, nämlich genau diese bildungsfernen Mädchen zu fördern, das ist heute Ihre vordringlichste Aufgabe: den jungen Menschen, die weniger gute Chancen haben, die halb so viele Chancen haben und doppelt so oft scheitern in unserem System, eine bessere Chance zu geben. – Darum bitte ich Sie ganz intensiv.

Wir haben gerade in der letzten Zeit eine hervorragende Expertise aus Baden-Württemberg bekommen, in Auftrag gegeben von der schwarz-gelben Landesregierung unter der Leitung von Professor Dr. Baumert. Frau Kollegin Brück, ich hoffe, dass Sie sich diese Expertise einmal zu Gemüte führen; denn dort steht einiges zu den Themen, die Sie angesprochen haben.

Dort steht unter anderem, dass man zielgerichtet und nicht mit der Gießkanne vorgehen und genau schauen muss, wo unsere Probleme sind, wo wir ansetzen wollen und wo wir unsere Gelder ausgeben.

Da geht es ganz besonders um das Thema „Sprache“ und um das Thema „muttersprachlicher Unterricht“, das Thema, das wir hier schon sehr oft angesprochen haben, ein ganz großes Problem der Jugendlichen.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Den Sie einsparen wollen! Streichen wollen Sie den!)

– Wunderbar, dass Sie mir das schon vorweggenommen haben, Frau Brede-Hoffmann.

Die Jugendlichen haben nämlich ein ganz großes Problem mit der Sprache. Sie können sich nicht so verständigen, wie andere das können. Sie sind nicht so wortgewaltig.

(Pörksen, SPD: Wer ist denn „sie“?)

Deswegen müssen wir genau diese Jugendlichen fördern. Das heißt, Abschaffung des muttersprachlichen Unterrichts, der nur Halbkennntnis von Sprache hervorruft, und einen klaren Fokus auf die deutsche Sprache.

(Beifall der CDU – Zurufe von der SPD: Oh!)

Wir möchten jedem Kind die Chance geben, sich in der deutschen Sprache von Anfang an in der Schule unterhalten zu können.

(Pörksen, SPD: Das ist weit weg von der Realität!)

Das war unser Versprechen im Wahlkampf. Dazu stehen wir auch weiterhin: Abschaffung des muttersprachlichen Unterrichts und eine kontinuierliche Sprachförderung. Das muss ein Ziel sein. Dann können wir irgendwann vielleicht von positiven Ergebnissen bei der Förderung

von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund sprechen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU –
Frau Brede-Hoffmann, SPD: Aber wie man
eine Fremdsprache lernt, das haben
Sie noch nicht erzählt! –
Zuruf der Abg. Frau Schleicher-Rothmund, SPD)

Präsident Mertes:

Frau Kollegin Spiegel, Sie haben das Wort. – Bitte schön.

Abg. Frau Spiegel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucherinnen und Besucher! Falls Sie nach einem Grund für eine Aktuelle Stunde suchen, vielleicht findet es sich in einem Kreuzworträtsel mit zehn Buchstaben. Das wäre dann „Aktualität“.

Das hat die Kollegin von der SPD bereits angesprochen, dass es eine Studie gibt, die unterstreicht, dass Rheinland-Pfalz im Vergleich zu anderen Bundesländern, was die Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund angeht, sehr gut abschneidet.

Meine Damen und Herren, eine der bedeutendsten Herausforderung der Gegenwart und der Zukunft ist die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Hier spielen die Möglichkeiten, wie eine gute Bildungspolitik dazu beitragen kann, eine ganz wichtige Rolle.

Die Fortschritte in der Integration hängen maßgeblich von einer guten Bildungspolitik ab. Für die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund wie auch für das Erreichen von mehr Chancengleichheit kommt der Sprachförderung in der Bildung eine ganz zentrale Aufgabe zu. Deswegen ist es einfach falsch, die Abschaffung des muttersprachlichen Unterrichts zu fordern.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD –
Zuruf der Abg. Frau Elsner, SPD)

Sprachförderung ist eine der zentralen Maßnahmen, um die Bildungschancen der Kinder zu verbessern, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deswegen ist es uns ein ganz wichtiges Anliegen, auch weiterhin die gezielten Angebote dafür in den Schulen bereitzustellen, um auf diese Herausforderung angemessen zu reagieren und insbesondere für die Kinder mit nicht deutscher Herkunftssprache dafür zu sorgen, dass sie ausreichend gefördert werden, und das bereits schon in den Kindertagesstätten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Neben den Kindertagesstätten ist auch die Schule eines der wesentlichen Integrationsfelder für Kinder mit Migrationshintergrund, da sie Hauptbegegnungsort von Kindern verschiedener Herkunftsländer ist. Dort ist die Sprachförderung eben der Schlüssel für gute Bildungs- und damit auch Lebenschancen. Deswegen ist es auch ein wichtiger bildungspolitischer Eckpfeiler, den wir im Koalitionsvertrag so festgeschrieben haben.

Dabei ist es uns neben der Förderung der deutschen Sprache in den Kindertagesstätten und Schulen auch wichtig, das gute Beherrschen der Muttersprache zu unterstützen. Die wissenschaftliche Forschung in diesem Bereich weist schon seit Langem darauf hin, dass sowohl der Ausdruck als auch die Grammatik der deutschen Sprache ganz besonders dann optimal erlernt werden können, wenn auch die Muttersprache ebenfalls gut beherrscht wird.

(Pörksen, SPD: Genauso ist es!)

Deshalb – auch das haben wir im Koalitionsvertrag festgeschrieben – wird es mit uns auch weiterhin guten muttersprachlichen Unterricht geben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Diese Bereicherung wollen wir den Kindern mit Migrationshintergrund auch weiterhin ermöglichen, zumal sich – das zeigt die Studie sehr deutlich – durch gezielte Sprachförderung die Schere bei den Leistungen von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund deutlich verkleinert.

Um die Sprachförderung zu optimieren, aber auch um die interkulturelle Komponente von Bildungseinrichtungen zu verbessern, streben wir in diesem Zusammenhang einen deutlich höheren Anteil von pädagogischen Fachkräften mit Migrationshintergrund an. Auch das haben wir im Koalitionsvertrag festgeschrieben.

Meine Damen und Herren, neben der Sprachförderung sind es vor allem zwei weitere bildungspolitisch wichtige Weichenstellungen, die die bessere Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund sicherstellen. Dies ist zum einen – es wurde schon angesprochen – die bessere individuelle Förderung – und zwar, liebe Kollegin Frau Dickes, eben nicht mit der Gießkanne, sondern durch die gezielte und individuelle Förderung gerade der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund, was durch die kleineren Klassen noch einmal verbessert wird –, zum anderen aber auch die Einbeziehung der Eltern von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund; denn die sprachliche, persönliche, kulturelle, berufliche und soziale Integration der Eltern leistet einen nicht zu unterschätzenden Beitrag auch für die Kinder und Jugendlichen. Damit meine ich nicht nur die Unterstützung bei Hausaufgaben, nein, es geht sehr viel umfassender um die Möglichkeiten der Eltern und somit der ganzen Familie zur besseren Teilhabe an und in unserer Gesellschaft.

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund ist es umso bedauerlicher, dass die schwarz-gelbe Bundesre-

gierung gerade im Bereich der Mittel für Sprachkurse massive Kürzungen vorgenommen hat.

(Pörksen, SPD: Sehr wahr!)

Das geht nämlich nicht nur zulasten der Eltern, nein, es geht auch und gerade zulasten der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Von diesen Kürzungen sind übrigens – das muss ich als Frauenpolitikerin hinzufügen – besonders Frauen betroffen; denn es geht um die Halbtagskurse und um die Fahrtkostenzuschüsse.

Aber, um mit etwas Positivem abzuschließen, es gibt auch sehr gute Projekte in Rheinland-Pfalz, von denen ich in Anbetracht der Zeit nur eines erwähnen möchte, nämlich das von der Heinrich-Böll-Stiftung ins Leben gerufene und vom Ministerium unterstützte Projekt „Förderunterricht für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund“. Das Ziel dieses Projektes ist die Verbesserung der sprachlichen und fachlichen Fähigkeiten von Schülerinnen und Schülern ausländischer Herkunft durch die systematische außerschulische Förderung.

(Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, es gibt also tolle Projekte, gute Ideen und viele engagierte Menschen in Rheinland-Pfalz, die mit großem Einsatz und Leidenschaft mithelfen,

(Glocke des Präsidenten)

die Bildungs- und Lebenschancen von Schülerinnen und Schülern zu verbessern. Lassen Sie uns diese Strukturen gemeinsam weiter stärken.

Danke schön.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Präsident Mertens:

Frau Ministerin Ahnen, Sie haben das Wort.

Frau Ahnen, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur:

Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete! Die Landesregierung ist der festen Überzeugung, dass es sich das Land nicht leisten kann, auf die beruflichen Fähigkeiten, die wirtschaftliche Leistungsbereitschaft und das gesellschaftliche Engagement seiner Migrantinnen und Migranten zu verzichten. Wir wissen, dass eine fundierte Schulausbildung grundlegend ist, dass gerade darin der Schlüssel für eine erfolgreiche Berufs- und Lebensgestaltung liegt und dies auch und gerade für Kinder gilt, deren Herkunftssprache nicht Deutsch ist. Deswegen geht es an dieser Stelle nicht um mehr, aber

auch nicht um weniger als um Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder in dieser Gesellschaft.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Frau Abgeordnete Dickes, ich konstatiere gerne, unser Vorgehen unterscheidet sich grundlegend von dem, was Sie soeben vorgetragen haben; denn wir legen Wert darauf, nicht nur dann über Migration zu reden, wenn es ein Problem gibt, sondern Migration auch dann zum Thema zu machen, wenn es Fortschritte gibt, da aus diesen Fortschritten alle Beteiligten die Kraft ziehen, die Aufgaben, die noch vor uns liegen, anzugehen. Deshalb bin ich heute so dankbar für diese Aktuelle Stunde.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir haben ein durchgängiges Konzept. Frau Kollegin Alt, ich bin sehr froh, dass wir auch in Zukunft in enger Kooperation den Bereich der Sprachförderung in den Kindertagesstätten mit besonderen Anstrengungen angehen können. Es ist darauf hingewiesen worden, dass gerade die frühe Sprachförderung eine große Rolle spielt. Ich möchte an dieser Stelle nur einen Punkt herausheben. Wenn wir heute von den Drei- bis Sechsjährigen mit Migrationshintergrund eine Beteiligung von 92 % haben und die bundesweite Vergleichszahl bei 83 % liegt, dann darf man wohl sagen, dass wir im Land Rheinland-Pfalz zumindest einmal deutlich erfolgreicher sind als andere Länder, Frau Dickes. Es lohnt sich schon, dies zu betonen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir machen aber in der Kindertagesstätte nicht halt, ganz im Gegenteil, wir setzen einen weiteren Schwerpunkt in den Grundschulen. Wir haben im vergangenen Schuljahr 3.200 zusätzliche Förderstunden zweckgebunden für die Sprachförderung von Kindern mit Migrationshintergrund zur Verfügung gestellt. Wenn Sie heute die Schüler-Lehrer-Relation am Gymnasium zitieren, über die wir sehr gern auch reden können, dann zeigt das, dass Sie völlig am Thema vorbei diskutieren; denn in derselben Studie steht, dass wir im Primarbereich eine überdurchschnittliche Schüler-Lehrer-Relation haben. Jeder, der sich jemals mit dem Thema „Migrationsförderung“ befasst hat, weiß, dass die Kindertagesstätte und die Grundschule besonders wichtig sind für die Sprachförderung. Frau Dickes, das spricht dafür, dass Sie keine Lust haben, sich differenziert mit diesem Thema auseinanderzusetzen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Frau Brede-Hoffmann, SPD: Genau!)

Aber ich füge hinzu, wir machen nach der Primarstufe nicht Schluss. Wir haben insbesondere in der Realschule plus, aber bei Bedarf auch im gymnasialen Bereich noch einmal 3.500 zusätzliche Förderstunden für Lehrerinnen und Lehrer im Bereich der Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund eingerich-

tet, und auf die positiven Auswirkungen der Ganztagschule und ihres erweiterten Angebotes ist schon hingewiesen worden.

Der eine Punkt ist also, dass es gilt, in diesem Bereich gezielt Ressourcen einzusetzen, und der zweite Punkt ist, dass dies inhaltlich gut fundiert sein muss. Ich denke, mit unserem Rahmenplan „Deutsch als Zweitsprache“, der viel Anerkennung gefunden hat, aber auch mit unserem Rahmenplan „Herkunftssprachenunterricht“, der sich aktuell in der Anhörung befindet, stellen wir diesen Ressourcen auch eine inhaltlich gute Basis an die Seite.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte jetzt nicht mehr alle Maßnahmen aufzählen, die soeben angesprochen worden sind. Ich möchte aber auf eines zurückkommen, was von Frau Brück und auch von Frau Spiegel angesprochen worden ist. Wir müssen bei alledem auch dafür sorgen, dass das positive Beispiel in dieser Gesellschaft eine Rolle spielt. Wer jemals bei der Auszeichnung und der Aufnahme der neuen START-Stipendiatinnen und -Stipendiaten dabei war, die gerade in der letzten Woche stattfand, wer die jungen Menschen sieht, die dort mit ihren Familien feiern, dass anerkannt wird, was sie in dieser Gesellschaft leisten und welche Leistungen sie auch in der Schule zu erbringen in der Lage sind, der wird davon berührt sein, und er wird ein großes Interesse haben, dass auch über das positive Vorbild in dieser Gesellschaft berichtet wird. Es gibt die gelingende Integration, und diese jungen Menschen sind die besten Botschafterinnen und Botschafter dafür. Deswegen ist meine herzliche Bitte, nehmen Sie einmal an diesen Feiern teil, aber befassen Sie sich auch einmal mit diesen jungen Menschen. Helfen Sie mit, dass gerade deren Geschichte weiter erzählt wird, weil sie Gleichaltrige ermutigt. Wir wissen, Gleichaltrige sind das beste Beispiel.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Das, was wir erreicht haben, kann man sehr wohl feststellen, wenn man sich die Studien anschaut. Es ist Fakt, dass Rheinland-Pfalz im Vergleich zu anderen Bundesländern niedrigere Leistungsunterschiede zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund hat. Wir sind noch nicht am Ziel. Das Ziel ist völlig klar. Wir wären froh und wollen erreichen, dass es diese Unterschiede nicht mehr gibt. Aber dass wir besser vorangekommen sind, das ist schon etwas, das uns zumindest zeigt, dass unsere Maßnahmen greifen.

Wenn selbst die Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft“ – Sie kennen mein gespaltenes Verhältnis zu dieser Studie – uns bescheinigt und in die Überschrift Ihrer Presseerklärung schreibt, dass Rheinland-Pfalz insbesondere auf dem Feld der Integration Fortschritte gemacht hat, muss man das anerkennen. – Ich glaube nicht, dass sie es schreiben würden, wenn es so gar nicht stimmen würde,

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

weil ich nicht glaube, dass die Studie per se darauf angelegt ist, nur Lob zu verteilen.

Wenn man sich die Zahl der Schülerinnen und Schüler und die Abschlüsse einmal anschaut, wird man feststellen dürfen, wir haben noch eine ganze Menge vor, aber immerhin ist es uns in den letzten zehn Jahren gelungen, die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund ohne Abschluss der Berufsreife auf unter 10 % zu drücken. Wir wollen diese Zahl noch weiter senken, aber wir sind vorangekommen.

Wir haben vor allen Dingen einen großen Anstieg im Bereich des qualifizierten Sekundarabschlusses I. Auch dort sind also Fortschritte festzustellen.

Wir wollen damit gar nicht aufhören, sondern ich möchte Ihnen gerne auch sagen, was wir uns gemeinsam vorgenommen haben.

Wir haben uns nicht nur die Fortsetzung dieser Maßnahmen vorgenommen. Wir haben uns vorgenommen, ein Sprachenportfolio zu entwickeln, das kompetenzorientiert an die Frage herangeht, das in Zukunft noch stärker dokumentieren und bescheinigen soll, welche Sprachförderangebote Kinder wahrgenommen haben und welche Möglichkeit sie dort hatten, die deutsche Sprache weiterzuentwickeln. Ich füge aber hinzu, wir wollen es nicht auf die deutsche Sprache beschränken, sondern wir wollen auch Fremdsprachen und Herkunftssprachen in dieser umfassenden Sprachkompetenz eine größere Rolle zumessen. Ich denke, das ist ein moderner Ansatz. Es ist ein europäischer Ansatz und vor allen Dingen einer, der den unterschiedlichen Lebenssituationen der jungen Menschen gerecht wird.

Dazu gehört auch, dass wir glauben, dass es Sinn macht, den Sprachkompetenzen gerade auch der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund als erste oder zweite Fremdsprache eine stärkere Rolle beizumessen. Schon heute kann unter bestimmten Bedingungen die Herkunftssprache hier anerkannt werden. Auch dazu wollen wir stärker ermutigen.

Letztlich glauben wir auch, dass die Frage des muslimischen Religionsunterrichts eine große Rolle spielt, um Schülerinnen und Schülern noch mehr das Gefühl zu geben, dass sie in diesem Schulsystem angenommen werden.

All das zusammengenommen, sind große Aufgaben für diese Legislaturperiode. Ich sage aber noch einmal, die Kraft, wieder einen richtigen Schritt weiterzukommen, hat man nur, wenn man sich vergewissert, was man erreicht hat. Da ist es in der Tat erfreulich, dass wir gerade in letzter Zeit auf diesem Feld eine Reihe von Fortschritten bescheinigt bekommen haben.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Präsident Mertes:

Ich erteile Frau Kollegin Brück das Wort.

Abg. Frau Brück, SPD:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Dickes, warum können Sie nicht einfach einmal zugestehen, wenn man etwas gut macht, wenn etwas in die richtige Richtung läuft? Alle wissenschaftlichen Studien bestätigen, dass es in die richtige Richtung läuft. Sie haben gesagt, es muss etwas verändert werden, Dinge müssen sich ändern und sich positiv verbessern. Das tun wir aber doch gerade.

Sie haben alles als falsch benannt, was wir hier machen. Sie haben aber keinerlei Hinweise gegeben, was Sie als CDU verbessern wollen, außer den muttersprachlichen Unterricht abzuschaffen. Das ist schon mehr als verwunderlich. Da sieht man, dass Sie Studien genau so interpretieren, wie es Ihnen gut in den Kram passt. Vielleicht sollten Sie sich gerade in dem Punkt nicht Baden-Württemberg zum Vorbild nehmen. Dort muss man auch kein Hochdeutsch sprechen.

Jede andere wissenschaftliche Studie bestätigt ganz deutlich, dass das Beherrschen der Muttersprache ganz wichtig ist, um weitere Sprachen zu lernen und sich ansonsten bildungspolitisch in der Welt und in der Kultur zurechtzufinden. Deswegen ist das ein wichtiger Punkt. Frau Spiegel hat das eben wunderbar ausgeführt.

Ich denke insofern, sie müssen akzeptieren, dass Veränderungen Zeit brauchen. In den letzten 15 bis 20 Jahren haben wir wesentliche Veränderungen eingeführt. Diese Veränderungen zeigen Wirkung. Sie zeigen, dass die Schulabbrecherquote weit über dem Durchschnitt anderer Länder gesenkt werden konnte. Selbstverständlich muss man an diesem Punkt weitermachen. Deswegen haben wir viele Projekte aufgelegt, wie zum Beispiel das Projekt „Keine(r) ohne Abschluss“, wie individuelle Förderung gezielt und verstärkt zu machen.

Das sind alles Punkte, die uns auf diesem Weg weiter voranbringen. Ich denke, insofern ist die Aussage „Bei der Bildung sparen“ für Rheinland-Pfalz absolut der falsche Titel. In den letzten Jahren ist nichts so sehr gewachsen wie der Bildungsetat. Wenn jemand bei der Bildung spart, dann schauen Sie über den Rhein hinüber in Ihr Nachbarland, das Sie auch so gerne zitieren.

(Frau Klöckner, CDU: Tolle Unterrichtsversorgung! – Glocke des Präsidenten)

Dort gibt es eine wunderbare Pressemeldung, die wir sicherlich morgen noch einmal bei den Gesprächen zu den Anträgen gebrauchen können.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Präsident Mertes:

Ich erteile Frau Kollegin Dickes das Wort.

Abg. Frau Dickes, CDU:

Frau Kollegin Brück, Hessen nutzt gerade den Rückgang der Schülerzahlen, um eine Unterrichtsversorgung von 105 % anzustreben.

(Beifall bei der CDU –
Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ha, ha, ha!)

Frau Ministerin, ich gebe Ihnen in einem Punkt recht. Ich habe vor einigen Jahren bei der Buchmesse Stipendiaten kennengelernt. Es war faszinierend, mit welchem Ehrgeiz junge Menschen es geschafft haben, sich etwas zu erarbeiten und Zukunftsvisionen zu haben. Das war toll.

Es mag Zufall sein, dass es an diesem Tag nur weibliche Stipendiaten waren. Ich weiß nicht, wie es in diesem Jahr war. Aber es zeigt doch ein bisschen die Problematik, die wir haben, dass es nämlich in der Tat ganz besonders unsere Jungen sind, die zu den Bildungsverlierern gehören, und zwar nicht nur im Bereich der Migranten, aber dort ganz besonders. Es ist ein großes Aufgabefeld, dem wir uns annehmen müssen.

In der Tat haben wir als CDU sehr viele Vorschläge gemacht, nicht nur, dass wir einfach einmal locker den muttersprachlichen Unterricht kürzen wollen, um zu sagen, da haben wir mal etwas gemacht.

Nein, wir haben gesagt, wir haben einen Fokus auf die deutsche Sprache. Wir möchten schon spätestens bis zum dritten Geburtstag einen verbindlichen Sprachtest, damit wir früh ansetzen können.

(Beifall bei der CDU –
Zuruf der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD)

Wir wollen die Kleinsten schon intensiv fördern, bevor das Sprachfenster sich geschlossen hat, damit alle Kinder eine Chance haben.

Ich muss auch einmal klar sagen, es ist nicht unsere Aufgabe, Kindern eine Muttersprache beizubringen, die sie gar nicht mehr haben, wenn sie in der vierten Generation in Deutschland leben. Hier ist dann ihre Heimat. Hier leben diese Kinder. Hier wollen diese Kinder arbeiten. Sie müssen sich in dieser Welt zurechtfinden. Dabei müssen wir sie unterstützen. Das ist unsere allerwichtigste Aufgabe in diesem Punkt.

Ich bin in diesem Punkt dankbar, dass sich unsere Bundesregierung sehr stark einbringt und sagt, wir möchten den Kindern, die benachteiligt sind, bessere Chancen mit einem Bildungspaket geben. Wir schauen, dass sie am Angebot in den Vereinen teilhaben können

(Glocke des Präsidenten)

und sie sich weiterbilden können. Ich bin auch dankbar, dass der Bund unseren Landeshaushalt entlastet. Sie haben eben ausgeführt, dass wir den Sozialfonds für das Mittagessen an Ganztagschulen haben, der seit neuestem über das Bildungspaket des Bundes über-

nommen wird. Dann haben wir vielleicht freie Ressourcen für bessere Bildungsangebote.

(Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Ich erteile Frau Kollegin Ratter das Wort.

Abg. Frau Ratter, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Dickes, ich bin gegen Schwarz-Weiß-Malerei. Deshalb bin ich auch sehr froh, dass Ministerin Ahnen darauf eingegangen ist, dass wir weitere Ziele haben und wir unser Ziel nicht erreicht haben; denn auch heute noch sind Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund mehrfach benachteiligt.

Frau Dickes, ich halte es deshalb für falsch, sie auch noch ihrer Wurzeln zu berauben und den muttersprachlichen Unterricht zu unterbinden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD –
Frau Brede-Hoffmann, SPD: Genau!)

Der häufig sozioökonomisch schwache Status ihrer Familien wirkt sich in unserem allzu häufig noch selektiven Schulsystem nach wie vor negativ aus. Das wissen wir alle, und das ist durch viele Studien belegt.

(Vizepräsident Dr. Braun übernimmt den Vorsitz)

Die Risikofaktoren sind benannt. In erster Linie ist das der Spracherwerb; Fremdsprachenerwerb natürlich auch, aber auch der Muttersprachenerwerb.

Wichtig ist, dass diese Differenz zwischen Familiensprache und Zweitsprache Deutsch begleitet wird, und zwar früh, wie wir dies bereits in Rheinland-Pfalz in den Kindertagesstätten machen. Fünfjährige sind in der Tat sehr gut in der Lage, bereits mehrsprachig aufzuwachsen. Es ist also unser Ziel, den Fremdsprachenerwerb tatsächlich möglichst früh in die Wege zu leiten. Das unterstützen wir, denn das ist eine erfolgreiche Grundlage für eine erfolgreiche Bildungsbiografie.

Was wir noch brauchen – auch da sehen wir natürlich Entwicklungspotenzial –, sind gezielte Verbindungen zum Regelunterricht, also eine Stärkung der Integration des Spracherwerbs innerhalb der Schule. Insbesondere die Ganztagschulen sind hier auf einem guten Weg.

Wir brauchen aber auch eine Ermutigung für junge Migrantinnen und Migranten, das Studium für das Lehramt aufzunehmen; denn es ist sehr wichtig, dass wir auch zunehmend Lehrerinnen und Lehrer mit Migrationshintergrund in den Schulen haben werden.

Wir brauchen außerdem eine Einstellungspolitik, die den Arbeitsmarkt für Migrantinnen stärker öffnet.

(Glocke des Präsidenten)

Vor allem aber müssen wir Konzepte für interkulturelle Bildung und Erziehung entwickeln und sie leben; denn wir sind ein Einwanderungsland, und nur interkulturelle Kompetenzen können uns in einer globalisierten Welt stärken. Auch hier liegt für Rheinland-Pfalz die Zukunft.

(Glocke des Präsidenten)

Wir brauchen eine Stärkung der interkulturellen Kompetenz. Dabei helfen uns Migrantinnen.

Danke schön.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Vizepräsident Dr. Braun:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Thema. Damit ist der zweite Teil der Aktuellen Stunde beendet. Wir kommen zum dritten Thema der

AKTUELLEN STUNDE

**„Position der Landesregierung zum
notwendigen B 10-Ausbau“
auf Antrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 16/317 –**

(Pörksen, SPD: Was ganz Neues!)

Ich erteile Herrn Abgeordneten Weiner das Wort.

Abg. Weiner, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die SPD hat vor einem halben Jahr einen Pakt mit den grünen Straßenbaugegnern geschlossen. Jetzt müssen die Abgeordneten der SPD mit einem gespaltenen Bewusstsein leben. Im Wahlkreis erklären sie immer noch, sie seien für die Brücken und für die Straßen, doch in Mainz haben sie diesem Pakt mit den Straßenbaugegnern zugestimmt, also gegen Straßen und Brücken im Land.

(Frau Schmitt, SPD: So ein Quatsch!)

Damit das widersprüchliche Verhalten möglichst wenig Leute merken sollen, versuchen Sie, systematisch die Anträge der CDU zu Infrastrukturprojekten bei den Tagesordnungen an den Rand und ganz weit hinten in die Abendstunden zu schieben, damit die Öffentlichkeit nicht da ist.

(Zurufe von der SPD und von dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So haben Sie es das letzte Mal mit der Mittelrheinbrücke gemacht. So haben Sie es morgen vor. Ich danke meiner Fraktion, dass die B 10 in die Aktuelle Stunde genommen worden ist.

(Beifall der CDU –
Hering, SPD: Sie hätten allerdings jetzt – – –
Pörksen, SPD: Was meinen Sie, was mich
das interessiert, was Sie sagen! –
Weitere Zurufe von der SPD)

Sie haben die taktischen Spielchen von SPD und GRÜNEN durchkreuzt.

Meine Damen und Herren, vor der Wahl sprachen sich die Führungsleute der SPD ganz klar für den vierspurigen Ausbau der B 10 aus. Ich nenne ein Zitat von vielen: „Eine dreispurige Verkehrsführung der B 10 führt zu Staus und Unfallschwerpunkten. Ein vierspuriger Ausbau ist also nötig.“ So der damalige Verkehrsminister Hendrik Hering am 11. Februar in der „RHEINPFALZ“. Heute muss er diese grüne Verhinderungsstrategie verteidigen.

Geradezu veräppelt aber fühlen sich die Menschen, wenn ihnen heute immer noch vor Ort etwas anderes gesagt wird, als bereits vor einem halben Jahr im Koalitionsvertrag festgehalten worden ist.

(Beifall der CDU)

Kurt Beck hat am 1. September in Zweibrücken vor mittelständischen Unternehmern verkündet: „Ich werde alles dafür tun, dass der Ausbau der B 10 vierspurig erfolgt.“ Er hat dabei Sätze in den Mund genommen wie „Es wird keine Verzögerungen geben“ oder „Ohne eine vernünftige Infrastruktur werden sich keine Firmen in der Südwestpfalz ansiedeln“. Wie wahr.

(Frau Klöckner, CDU: Wie wahr! –
Weitere Zurufe von der CDU)

Für einen Tag konnten die Menschen fast glauben, Kurt Beck hat in Mainz auf den Tisch gehauen und die B 10 doch noch durchgesetzt.

(Frau Klöckner, CDU: Er hat was
zu sagen in Mainz, ja!)

Schon einen Tag später wurde klar, wer in Mainz die Richtlinien für die Politik bestimmt, Daniel Köbler, er sitzt hier.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt
bei den GRÜNEN)

Daniel Köbler piff den Ministerpräsidenten zurück, die GRÜNEN piffen den Ministerpräsidenten zurück und schockten die Region mit der Aussage, die B 10 werde weder jetzt noch in den kommenden 20 Jahren ausgebaut.

(Frau Klöckner, CDU: Ja, was denn jetzt?)

Meine Damen und Herren, jetzt wissen wir, wie in Mainz die Macht verteilt ist. Die SPD hat einen Pakt mit den GRÜNEN geschlossen, die SPD behält die Posten, und die GRÜNEN bestimmen die Politik

(Beifall bei der CDU)

Überall im Land beginnen sich die Menschen dagegen zu wehren. Sie beginnen, Bürgerinitiativen zu gründen

und laufen Sturm gegen diese Willkür einer Minderheit, gegen die Mehrheit der Bevölkerung.

(Pörksen, SPD: Solche Reden dürfen Sie nicht
mal am Abend nach 22:00 Uhr halten!)

91 % der Wähler in der Südwestpfalz haben Parteien gewählt, auch die SPD, die sich für die B 10 ausgesprochen haben. Der Ministerpräsident ist persönlich im Wort, x-mal hat er das gesagt. Der Versuch, mit der Mediation diesen Wortbruch zu vertünchen, ist gescheitert. Niemand in der Region, nicht einmal die örtlichen GRÜNEN, wollen die Mediation.

(Beifall der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Es macht keinen Sinn. Es ist klar, es macht keinen Sinn, über eine dreispurige Variante zu brüten. Angesichts der verkehrspolitischen Bedeutung der B 10 und der starken Verkehrsbelastung hat der Bund längst klargestellt, es gibt kein Geld vom Bund für einen unsicheren Straßenbau, sondern nur für eine vierspurig ausgebaute B 10.

(Beifall bei der CDU –
Pörksen, SPD: Welchen Sinn hat Ihre Rede? –
Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU –
Weitere Zurufe von der SPD)

Das ist doch falsch. Der Bund gibt jedes Jahr Gelder für den Straßenbau, und Rheinland-Pfalz bekommt davon 7 %.

(Klöckner, CDU: Sehr kluge Rede! –
Weitere Zurufe von dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Das setzt dem Ganzen die Krone auf. Jetzt lässt sich der Minister für Infrastruktur, Herr Lewentz, auch noch verbiegen und kündigt an, man werde darüber ein Gutachten in Auftrag geben, wie man den Bund dazu zwingen könne, Geld für einen weniger sicheren Straßenausbau zu geben.

(Dr. Konrad, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Der Investitionsrahmen!)

Statt verlässlicher Politik spielt die Regierung in der Sache B 10 nur noch absurdes Theater.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, ich fordere Sie hier auf, halten Sie Wort, und sorgen Sie dafür, dass die B 10 komplett vierspurig ausgebaut wird, und zwar mit Lärmschutz für die Anlieger und Sicherheit für die Menschen.

Danke schön.

(Beifall der CDU –
Pörksen, SPD: Einen hohen Neuigkeitswert
hat die Rede aber gehabt!)

Vizepräsident Dr. Braun:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Fuhr das Wort.

Abg. Fuhr, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die SPD unterstützt auch weiterhin den notwendigen Ausbau der B 10.

(Frau Klöckner, CDU: Ach ja? –
Weitere Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

Das war unsere Position, das ist unsere Position, und das wird in Zukunft unsere Position sein.

Wir sind überzeugt, dass der weitere Ausbau der B 10 als einzige West-Ost-Verbindung neben der A 6 für die gesamte West-, Südwest- und Südpfalz unverzichtbar ist. Der Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung und dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur ist für uns von großer Bedeutung. Das war immer im Zusammenhang mit der Unterstützung strukturschwacher Regionen unsere Politik. Davon werden wir keinen Abstand nehmen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Der B 10 kommt dabei nach unserer Auffassung als direkte Anbindung an die Rheinschiene eine außerordentliche Bedeutung zu. Auch im Interesse der Pendler dieser Region, die täglich auf dieser Straße unterwegs sind – das sind zum Teil hoch ausgebildete Menschen, die sich zu ihrer Heimat bekennen und Mobilität beweisen –, wollen wir diesen einen sicheren Weg zu ihrer Arbeit ermöglichen.

Vor dem Hintergrund der Geschichte dieser Region ist das zu sehen. Sie war 40 Jahre Grenzregion in einem geteilten Europa. Weiterhin ist der Verlust der amerikanischen und französischen Streitkräfte zu nennen. Ferner wurde die Region durch den Verlust der Schuhindustrie gebeutelt. Diese Region braucht Unterstützung, damit die demografische Entwicklung gemeistert und die Abwanderungen gestoppt werden können. Wir wollen, dass sich in dieser Region Arbeitsplätze und Unternehmen ansiedeln und dort bleiben. In diesem Sinne war es immer unsere Politik, die B 10 auszubauen.

Herr Weiner, Sie rufen hier, haltet den Dieb, aber Sie sind es eigentlich selbst.

(Beifall der SPD –
Frau Klöckner, CDU: Das ist ja der Hammer!)

Als Sozialdemokraten in Rheinland-Pfalz Regierungsverantwortung übernommen haben, hatte diese Region das Selbstbild einer verratenen Region. Das war das Ergebnis von 40 Jahren CDU-Politik für eine Region. Man hat dort nichts für diese Region gemacht.

(Beifall der SPD –
Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

In der Regierungszeit unter sozialdemokratischer Verantwortung ist in den Ausbau dieser Straße investiert worden. Man ist dann vorangekommen. Ich erinnere an den Bau der Ortsumgehungen, der Tunnelstrecken, der Brücke Hauenstein und den weit vorangekommenen vierspurigen Ausbau der B 10 auf dem Gebiet der Süd-

westpfalz. Sofern Herr Peter Ramsauer sein Versprechen einhalten sollte, werden wir bis 2016 bis Hinterweidenthal von der A 8 diese Straße vierspurig durchgebaut haben. Im ganzen Verlauf der B 10 werden wir dann ortsdurchgangsfrei sein.

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Das ist eine Leistung sozialdemokratischer Politik für die ganze Region. An der waren Sie nicht beteiligt.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD –
Heiterkeit der Frau Abg. Klöckner, CDU)

– Frau Klöckner, Sie immer mit Ihren läppischen Bemerkungen. Sie waren zweimal mit einem dicken Bus in der Südwestpfalz und meinen, Sie können jetzt mitreden. Es braucht ein bisschen mehr, als zu twittern und zu flittern, um den Menschen konkrete Antworten zu geben, zumal Sie von dem Thema wohl keine Ahnung haben.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Sie brauchen konkrete Antworten, die Sie den Menschen geben. Sie sollen sich nicht mit einem Antrag hier hinstellen, der zu einem weiteren Ausbau der B 10 überhaupt nichts beiträgt.

(Frau Klöckner, CDU: Bundesverkehrswegeplan!)

Unter sozialdemokratischer Führung haben Landesregierungen in besonderer Weise in die Südwestpfalz investiert, zum Beispiel in den Flughafen Zweibrücken, in die Fachhochschulen, in die Konversion, in den Bau der L 600 und der L 700, Mittel für die Wirtschaftsförderung und Konversion in hohen Millionenbeträgen.

(Frau Klöckner, CDU: Sind Sie
dafür oder dagegen?)

Das lassen wir uns von Ihnen nicht schlechtreden oder kaputtreden.

(Beifall der SPD –
Frau Klöckner, CDU: Was ist mit der B 10?)

Wir haben dieser Region, die wir von Ihnen in einem völlig desolaten Zustand übernommen haben, Perspektiven gebracht.

(Frau Klöckner, CDU: Zum Thema! B10! –
Pörksen, SPD: Ist Ihnen das unangenehm?)

Deswegen kann ich Sie auch im Interesse dieser Region nur bitten – auch an die Kollegen und die kommunalpolitisch Verantwortlichen aus der Region gerichtet –, kommen Sie zur Vernunft bei der aktuellen Debatte.

(Frau Klöckner, CDU: Ja genau! Endlich!)

Ich will daran erinnern, was vor Kurzem auch in einem Kommentar in der „RHEINPFALZ“ stand, dass alles, was an Anstrengungen unternommen wurde, um dieser Region ein Selbstbewusstsein zu geben, um diese Re-

gion nach außen positiv darzustellen, um Industrie in diese Region zu bringen,

(Frau Klöckner, CDU: Dann machen Sie es!)

momentan kaputtgeredet wird durch Verantwortliche, die die Region so darstellen, als sei sie kurz vor dem Tod oder dem Kollaps. Das stimmt nicht, und das trifft nicht zu.

(Glocke des Präsidenten)

Ich kann Sie nur bitten, hören Sie auf, unsere Südwestpfalz, meine Heimat, nur für einen kurzfristigen parteipolitischen Vorteil kaputtzureden.

Vielen Dank.

(Starker Beifall der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Braun:

Frau Klöckner, das Twittern und das Flittern muss unbeantwortet bleiben. Kurzinterventionen sind bei der aktuellen Stunde nicht zulässig.

(Hering, SPD: Sie lernt die Geschäftsordnung
auch noch! –

Frau Kohnle-Gros, CDU: Die Frage ist nicht gelöst!)

Deswegen erteile ich Herrn Köbler als nächstem Redner für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss mich bei Herrn Weiner schon fast bedanken für so viel Lob,

(Frau Klöckner, CDU: Ein guter Mann!)

aber die Priorität, die die CDU dem Thema eigentlich einräumt, sieht man daran, dass sie es nicht geschafft hat, das Thema weiter vorn als Punkt 13 der Tagesordnung zu platzieren. Das ist Ihnen offensichtlich noch kurzfristig aufgefallen. Dabei ist die Situation in der Region und in der Westpfalz etwas, dem man eine höhere Aufmerksamkeit widmen sollte als einzig und allein den Streit um die Frage, wie eine einzige Straße in Zukunft ausgebaut werden soll, für deren Ausbau auf der gesamten Strecke derzeit kein Geld da ist. Das ist die Wahrheit. Das habe ich gesagt. Ich bitte Sie, mich korrekt zu zitieren, Herr Weiner.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Frau Klöckner, CDU: Also sind Sie doch dafür?)

Dabei ist doch unbestritten, dass ein hochwertiger Anschluss der Südwestpfalz auch für die wirtschaftliche Entwicklung in der Region dringend vonnöten ist. Es ist auch unbestritten, dass der B 10 in diesem Zusammenhang eine wichtige Bedeutung zukommt. Wie das weitere Vorgehen ist, das diese wirtschaftlichen Aspekte mit

ökologischen Aspekten und auch den Bedürfnissen der Menschen in der Südpfalz zusammenbringt, das ist etwas, dem sich die Koalitionspartner stellen. Wir als GRÜNE sagen, wir sind für einen qualitativen Ausbau. Sie wissen es, dass – es ist auch kein Geheimnis, wir haben es in unserem Wahlprogramm, in unserer Programmatik –, es da einen Unterschied zwischen SPD und GRÜNEN gibt.

Deswegen reden wir darüber, wie es weitergehen soll. Deswegen haben wir uns sehr vernünftig auf ein Verfahren geeinigt. Machen wir uns doch nichts vor. Es ist nicht nur eine unterschiedliche Auffassung zwischen den Parteien, sondern wir haben in der Bevölkerung in der Pfalz auch unterschiedliche Interessen zwischen den Menschen, die in der Südwestpfalz leben, und denen, die in der Südpfalz betroffen sind. Das können wir doch alle miteinander miterleben.

(Frau Klöckner, CDU: Eben hat
er was anderes gesagt!)

Deswegen ist doch die Mediation jetzt ein sehr verantwortliches Verfahren, wie es uns gelingen kann, einen gemeinsam getragenen Lösungsweg zu gehen, der wirtschaftlich sinnvoll ist, der ökologisch sinnvoll ist und der vor allem diesen jahrzehntelangen Streit, den CDU-Politiker vor Ort genauso wenig lösen konnten wie verhinderte Bundeswirtschaftsminister, als Sie hier Verantwortung getragen haben, jetzt lösen wird über ein solches Verfahren, bei dem wir die Beteiligten an einen Tisch bringen und zusammenbringen. Deswegen ist das Entscheidende für alle Beteiligten, sich diesem Verfahren zu stellen und zu öffnen, damit wir zu einer gemeinsamen guten Lösung für die Zukunft kommen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
(Frau Klöckner, CDU: Ist das das
Ziel der Mediation?)

Ich sage das auch ganz klar, da werden jetzt keine Fakten geschaffen. Es ist uns wichtig, dass bis zum Abschluss des Verfahrens keine weiteren Planfeststellungsverfahren betrieben oder eingeleitet werden. Es gibt eigentlich nur noch zwei Hindernisse. Beide haben ein Parteibuch der Union. Der eine ist Oberbürgermeister in Pirmasens, der mit seiner Art und Weise, hier Öl ins Feuer zu geben – Zitat „RHEINPFALZ“ –

(Frau Klöckner, CDU: Eine Unverschämtheit!)

einen Flächenbrand auslöst.

(Frau Klöckner, CDU: Das ist
eine Unverschämtheit!)

Ein bisschen Archivlektüre in der „RHEINPFALZ“ hat mich – er ist ja schon ins Gespräch gebracht worden als Landratskandidat in der Südwestpfalz – drauf gebracht, wir haben es mit einem verlängerten Wahlkampf zu tun, der sozusagen in Kauf nimmt, dass hier keine friedliche Lösung gefunden werden kann.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich werde Ihnen sagen, dass ein Unionskollege Ihnen dabei in die Suppe spucken wird, weil das zweite Hindernis der Bundesverkehrsminister ist,

(Frau Klöckner, CDU: Wie lächerlich!)

der öffentlich die Mediation torpediert und gleichzeitig in seinem Haushalt,

(Frau Klöckner, CDU: Zeit ist Geld!)

in seinem Investitionsrahmenplan kein Geld hat für den weiteren Ausbau der B10.

(Fuhr, SPD: Er hat doch gar kein Geld!)

Das ist unredlich, und das ist unverantwortlich.

(Frau Klöckner, CDU: Das stimmt doch gar nicht!
Das ist doch vollkommener Quatsch!)

Wir führen hier also in gewisser Form eine Pseudodebatte über etwas, was so in der Geschwindigkeit gar nicht kommen wird.

(Frau Klöckner, CDU: Sie wollen das nicht!)

Nehmen wir uns die Zeit für ein geordnetes Verfahren, für ein befriedendes Verfahren, und sorgen wir schnell für Verbesserungen. Lassen wir den europäischen Transitverkehr großräumig aus der Region heraus. Wir haben aktuell Umleitungen aufgrund von Baumaßnahmen. Das hat zu spürbaren Entlastungen geführt. Wir werden uns dafür einsetzen, diese großräumigen Umleitungsmaßnahmen auch weiter zu installieren. Da können wir schon relativ schnell eine ganze Menge für die Region erreichen, sowohl für die, die in der Südpfalz betroffen sind, als auch für die, die relativ schnell eine Anbindung in die Rhein-Neckar-Region wollen. Es hilft beiden Seiten. Begleiten Sie uns auf diesen Weg mit.

Lassen Sie mich ganz zum Schluss noch sagen, wenn wir eine gemeinsame Lösung finden, die immer einen Kompromiss zwischen den unterschiedlichen Positionen darstellen wird, dann lassen Sie sich auf dieses Mediationsverfahren ein, damit es weitergeht,

(Frau Schneider, CDU: Was soll denn dabei herauskommen?)

damit hier etwas passiert. Räumen Sie die Hindernisse, die in Ihren Reihen zu suchen sind, endlich aus dem Weg.

(Glocke des Präsidenten)

Es wird der gesamten Region Frieden und Zukunft bringen.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Vizepräsident Dr. Braun:

Ich begrüße als Gäste im Landtag auf der Tribüne Mitglieder des VdK-Kreisverbandes Kaiserslautern. Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ebenso begrüße ich den CDU-Gemeindeverband aus Speicher. Seien auch Sie herzlich willkommen hier im Landtag!

(Beifall im Hause)

Nun erteile ich Herrn Staatsminister Lewentz das Wort:

Lewentz, Minister des Innern, für Sport und Infrastruktur:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Weiner – das verkehrspolitisch schärfste Schwert der CDU-Landtagsfraktion – hat von taktischen Spielchen gesprochen. Lieber Herr Weiner, taktische Spielchen, wie ich sie erlebe, können auch sehr schnell zu Rohrkrepiern werden. Ich habe an anderer Stelle schon manch politischen Scharfmacher in diesem Spiel gewarnt, die Finger davon zu lassen.

Frau Abgeordnete Schmitt, Frau Abgeordnete Dreyer, Frau Abgeordnete Blatzheim-Roegler, wir haben am Montag erleben dürfen, wie man ein Thema, zu dem es ganz unterschiedliche Meinungen gibt, das ganz unterschiedliche Herangehensweisen mit sich bringt, in der Region Trier sehr sachlich, sehr fair und natürlich deutlich und bestimmt, aber in ordentlichem Umgang miteinander diskutieren kann. Das war angenehm. Das hat mir gut gefallen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, Frau Blatzheim-Roegler, Herr Köbler, Flughäfen, Brücken, B 10, A 1, das ist doch ziemlich durchsichtig, was hier versucht werden soll. Ich glaube, das wird zu keinem Erfolg führen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –

Frau Klöckner, CDU: Es geht ums Land!)

Meine Damen und Herren, für uns alle ist es unbestritten – die Vorredner haben es betont –, dass für die Südwestpfalz insbesondere und natürlich auch für die Südpfalz ein guter Anschluss an das Straßen- und Schienennetz – ich will das ergänzen – für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung einer Region unbedingt notwendig ist. Dazu zählt auch – das hat keiner bestritten – ein leistungsfähiger Ausbau der B 10. Dieser Ausbau geht bis in die 80er-Jahre zurück. Herr Fuhr, Sie haben darauf hingewiesen, was insbesondere in den 90er-Jahren und in den letzten zehn Jahren geleistet wurde. Ich könnte Ihnen das alles noch einmal aufzeigen. Ich will das nicht tun.

Wenn man Herrn Weiner und andere hört, die in der Diskussion insbesondere aus der CDU das Wort ergreifen, hat man geradezu den Eindruck, im Moment herrsche absoluter Stillstand und nichts würde geschehen. Wenn ich nach Pirmasens und Zweibrücken fahre, fahre

ich durch Baustellen. Der Infrastrukturminister freut sich natürlich; denn die Wahrheit sieht dort ganz anders als von der CDU behauptet aus.

(Frau Klöckner, CDU: Die Grünen auch?)

Es wird gebaut. Derzeit befinden sich – Herr Fuhr, Sie sind darauf eingegangen – Teile der B 10 auf einer Länge von rund 5,3 Kilometern im Bau. Die Fertigstellung des Abschnitts Wallmersbach/Hinterweidenthal insbesondere ist nach derzeitigem Kenntnisstand bis 2016 vorgesehen. Diese Baustellen enden also auch nicht morgen. Wir bauen weiter.

Für den weiteren Abschnitt der B 10 zwischen Hauenstein und Landau – Sie wissen das alles – sieht der Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung ein Mediationsverfahren vor.

Dem habe ich mich sehr gern und sehr schnell gestellt. Ich habe intensive Gespräche mit allen an diesem Diskussionsprozess Beteiligten in der Südwestpfalz und in der Südpfalz geführt. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Wir hatten vereinbart, dass wir eine zweite Runde dieser Gespräche führen, um dann in einer dritten Runde gemeinsam zu versuchen, die Mediation auf den Weg zu bringen. Dass das ein Thema ist, an das man mit Fingerspitzengefühl herangehen muss, ist bei der Ausgangslage – glaube ich – zweifelsohne so. Aber wir glauben, dass wir ein Angebot unterbreitet haben, bei dem man einen mittleren Weg gemeinsam beschreiten kann. Sie kennen das, was wir inhaltlich vorgeschlagen haben.

Jetzt kommt der Herr Bundesverkehrsminister und meint, dies sei so nicht möglich und er könnte das aufgrund technischer Richtlinien einfach so vom Tisch fegen. Ich glaube, es ist dieser Maßnahme überhaupt nicht angemessen, mit einer technischen Richtlinie, die es schon lange gibt, zu argumentieren in Zeiten, die Herr Kollege Ramsauer selbst als Zeiten ohne Geld beschreibt. Er hat – Herr Ministerpräsident, ich darf das hier, glaube ich, zitieren – in der Ministerpräsidentenkonferenz ausdrücklich gesagt: In den nächsten Jahren wird es aus Sicht des Bundes keine neuen Bundesstraßenprojekte mehr geben. Das kann ich nachvollziehen; dem Bund geht es nicht viel anders als uns. Auch wir haben eine Schuldenbremse zu erfüllen, aber eben auch der Bund.

Von daher glaube ich, dass unser Vorschlag, nachzuschauen, ob man dreispurig an der einen oder anderen Stelle arbeiten kann, ob man einen Regelquerschnitt verringern kann, untersucht werden sollte. Dass wir dazu Zeit haben, sagen uns erstens die Aussagen von Herrn Ramsauer und zweitens das, was ich eben erwähnt habe, dass wir noch eine ganze Zeit weiterbauen. Ich glaube schon, dass es richtig war, diese Entscheidung zu treffen, ein solches Gutachten in Auftrag zu geben, um noch einmal nachzuschauen. In Zeiten, in denen man intensiv mit Bürgerinnen und Bürgern zu reden hat, in Zeiten, in denen nicht mehr so viel Geld vorhanden ist, in Zeiten, in denen man sich auf eine wirklich wertvolle Natur anders einstellen muss, als das möglicherweise früher einmal mit technischen Vorschriften der Fall gewesen ist, glaube ich schon, dass man sich bei einem

solchen Großprojekt diese Zeit nehmen sollte, erstens dieses Gutachten abzuwarten und zweitens mich als zuständigen Ressortminister dabei zu unterstützen, dass ich ein ehrlich gemeintes Mediationsverfahren auf den Weg bringen kann.

Es ist mein Anliegen, die Bürgerinnen und Bürger in den beiden betroffenen Regionen, die der einen oder anderen Meinung sind, zusammenzubringen, diese Region zusammenzubringen und zu überlegen, wie wir dort vorankommen können. Ich glaube schon, dass wir uns diese Ruhe leisten können. Denn wir wollen – ich will das noch einmal wiederholen – dafür sorgen, dass diese erfolgreiche Geschichte der Anbindung, insbesondere der Südwestpfalz, erfolgreich weitergeht, diese Anbindung, die Kollege Fuhr gefordert hat, die Herr Köbler im Grunde für notwendig erachtet, dann auch umgesetzt und weitergeführt werden kann. Daran will ich arbeiten, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich denke, es ist die Aufgabe der Regierung, zusammenzuführen und nicht zu spalten.

Ich will noch einmal sagen: Wenn man meint, dass man vor Ort kurzfristige Erfolge dadurch erzielt, dass man politische Scharfmacherei betreibt, dann liegt man völlig falsch.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Fuhr, SPD: Sehr richtig!)

Vizepräsident Dr. Braun:

Ich erteile nun der Abgeordneten Frau Ganster zu ihrer ersten Rede hier im Hohen Hause das Wort.

Abg. Frau Ganster, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Abgeordnete, liebe Gäste! Zunächst zwei Vorbemerkungen. Es fielen hier die Worte „Scharfmacherei“ oder auch „Flächenbrand“. Ich bin mir sehr bewusst, dass der Oberbürgermeister Dr. Matheis die Meinung der Bürger seiner Region in seiner Stadt vertritt, im Gegensatz zu Ihnen, Herr Fuhr.

(Beifall der CDU –
Frau Klöckner, CDU: Sehr gut!)

Am 9. August 2011 trafen sich über 900 Bürger zu einer Informationsveranstaltung zum Thema „B 10 in Pirmasens“. Auch einige Abgeordnete von uns – sehr geehrte Frau Ministerin Lemke, Sie waren auch vor Ort – nahmen ebenfalls an dieser Veranstaltung teil. Sie haben sich an diesem Abend die Fragen und Meinungen der Bürger vor Ort angehört, Sie haben sich diesen Fragen gestellt. Sie haben an diesem Abend wiederholt betont, dass Sie nicht als grüne Wirtschaftsministerin, sondern als stellvertretende Ministerpräsidentin zu dieser Veranstaltung gekommen sind.

(Frau Klöckner: Das macht Herr Lewentz auch so!)

Als solche fordere ich Sie heute erneut auf: Nehmen Sie Ihre Verantwortung als Landesregierung wahr, und hören Sie auf, gegen den Willen der rund 160.000 Menschen in der Region Pirmasens, Zweibrücken und Südwestpfalz hier in Mainz Politik zu treiben.

(Beifall der CDU)

Ich fordere Sie, Herr Ministerpräsident Beck, und die SPD-Abgeordneten der Region auf: Hören Sie endlich auf, Ihre Wahlversprechen zu brechen.

(Beifall der CDU)

Sie haben den Wählern immer wieder versprochen, dass mit einer SPD-geführten Regierung der durchgängige vierspurige Ausbau kommt. Heute verteidigen Sie die Wiederholung einer Mediation, die bereits vor sieben Jahren gescheitert ist.

(Beifall der CDU)

Wer wie Sie, Frau Lemke, und auch wie Sie, Herr Köbler, unbedingt eine erneute Mediation durchführen will, der sollte sich erst einmal mit den Inhalten und den Ergebnissen der ersten Mediation ganz gründlich auseinandersetzen.

(Beifall der CDU)

Denn diese besagen deutlich, dass ein dreispuriger Ausbau sowohl von Ausbaubefürwortern als auch von Ausbaugegnern aus den bekannten sicherheitstechnischen Gründen abgelehnt worden ist.

(Glocke des Präsidenten)

Sie, Frau Lemke, kommen dann nach Pirmasens und machen genau diesen Vorschlag mit dem dreispurigen Ausbau. Da kann ich nur eins sagen: Sie haben Ihre Hausaufgaben nicht gemacht.

(Beifall der CDU –
Glocke des Präsidenten)

Ich komme zum Schluss. Nehmen Sie die Ergebnisse der ersten Mediation ernst, nehmen Sie die Meinung der Bürger und der der Unternehmen vor Ort, der Wirtschaft ernst.

(Glocke des Präsidenten)

Wir brauchen jetzt einen durchgängigen vierspurigen Ausbau der B 10.

(Beifall der CDU –
Baldauf, CDU: Wir kommen noch zur Sparkasse!)

Vizepräsident Dr. Braun:

Bevor ich Herrn Hering von der SPD das Wort erteile, möchte ich auf der Zuschauertribüne Herrn Stefan Aust,

den ehemaligen „SPIEGEL“-Redakteur begrüßen. Herr Aust, seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ich erteile nun Herrn Abgeordneten Hering das Wort.

Abg. Hering, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die rot-grüne Koalition steht zum Ausbau der B 10, weil wir die Bedeutung dieser Maßnahme kennen und auch wissen, wie bedeutsam der Ausbau für die weitere Entwicklung der Westpfalz und der Südwestpfalz ist.

Es gehört zur Ehrlichkeit, dass in einigen Punkten die Koalitionspartner unterschiedliche Auffassungen vertreten. Wir haben aber auch die Kraft und die Entschlossenheit gehabt, uns dort, wo es unterschiedliche Auffassungen gegeben hat, zu einer gemeinsamen Vorgehensweise zu verständigen. Das haben wir auch bei dem Projekt der B 10 getan.

(Ramsauer, SPD: Anders als in Berlin!)

Wir stehen zum Ausbau der B 10 und werden mit Hilfe der Menschen der Region in dem Mediationsverfahren dann entscheiden, ob der dreispurige oder im reduzierten Regelquerschnitt der vierspurige Ausbau kommt. Das klare Signal an die Region: Verlässlich steht diese Koalition zum Ausbau der B 10.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir haben auch zur Kenntnis nehmen können, wem die Region vertraut, wer glaubwürdig die Interessen dieser Region vertritt. Denn es ist kein Zufall gewesen, dass im Vorfeld der Wahl des Oberbürgermeisters in Zweibrücken das Thema „B 10“ von der Union hochgezogen wurde. Die Zweibrücker haben ein eindeutiges Votum gegeben mit der Wahl von Kurt Pirmann mit 56 %, meine Damen und Herren. Ein klares Votum.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Weiner, CDU)

Ich kann auch nachvollziehen, dass man an den Aussagen der CDU im Land Zweifel hat, wenn Sie schauen, wie viele grundsätzliche Positionen Sie in den letzten Monaten geräumt haben: Atomenergie, dreigliedriges Schulsystem, Wind im Wald, Gemeindefortschritt. Bei Ihnen ist ein Wackelpudding ein fester Gegenstand im Gegensatz zur Glaubwürdigkeit in Positionen, die Sie früher grundsätzlich vertreten haben.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Deswegen der Appell an Sie: Tragen Sie dazu bei, dass das Mediationsverfahren eine konstruktive Fortsetzung findet. Das ist der einzige Weg, zeitnah zu einem Ausbau zu kommen unter der Voraussetzung, dass der Bund die Gelder bereitstellt. Wir könnten an fünf Stellen

im Land Umgehungsstraßen bauen, wenn der Bund die entsprechenden Mittel bereitstellen würde.

(Glocke des Präsidenten)

Baurecht besteht, nur das Geld vom Bund fehlt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Braun:

Ich erteile Frau Abgeordneter Blatzheim-Roegler das Wort.

Abg. Frau Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Sie haben die Aktuelle Stunde mit dem Titel „Position der Landesregierung zum notwendigen B 10-Ausbau“ überschrieben. Die Position der Landesregierung können Sie dem Koalitionsvertrag entnehmen. Da sage ich, wer lesen kann, ist klar im Vorteil.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zurufe von der CDU)

Von daher können wir das gerne auch noch einmal für die Wiederholer, die das vielleicht nicht gelesen haben.

Zum Beispiel steht als eine Maßnahme drin, dass der Transitverkehr weiträumig umzuleiten ist, um in der Südwestpfalz und in der Westpfalz eine für alle tragbare Lösung der Verkehrsprobleme zu erreichen. Im Übrigen ist das etwas, was auch Ihre Kolleginnen und Kollegen der CDU durchaus schon im damaligen Mediationsverfahren unterstützt haben.

(Zuruf des Abg. Weiner, CDU)

Moderne Verkehrsleitsysteme sind mit einzubeziehen. Das ist zum Beispiel ein Punkt. Die gab es in dem Maße vor sieben Jahren nicht, als das erste Mediationsverfahren durchgeführt worden ist, bzw. wurden in dem Maße, wie wir es heute machen würden, wie wir es heute vorschlagen, nicht einbezogen. Damit ergibt sich ein ganz anderer Blick auf eine moderne, bedarfsgerechte, bezahlbare und umweltfreundliche Lösung des Straßenverkehrs.

Liebe Kolleginnen und Kollegen aller Parteien, die GRÜNEN gehen mit großen Straßenprojekten kritisch um. Das habe ich schon an anderer Stelle hier gesagt. Ich finde, die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, auch CDU-Kolleginnen und -Kollegen, auch CDU-Bürgermeisterinnen und -Bürgermeister geben uns recht;

(Zurufe von der CDU)

denn es ist im Interesse aller, dass wir auf der einen Seite dafür sorgen, dass Mobilität organisiert wird,

(Glocke des Präsidenten)

auf der anderen Seite aber dafür sorgen, dass unsere Umwelt und die Voraussetzungen, überhaupt wirtschaftlich zu prosperieren, erhalten bleiben.

(Glocke des Präsidenten)

In diesem Spannungsfeld haben wir die Verantwortung, Mobilität nachhaltig und zukunftsgerichtet zu organisieren. Genau das machen wir.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Braun:

Ich erteile nun Herrn Ministerpräsidenten Kurt Beck das Wort.

(Zurufe von der CDU)

Beck, Ministerpräsident:

Ich hoffe, dass Ihr Stöhnen Sie nicht allzu sehr vom Inhalt meiner Bemerkungen ablenkt.

Verehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will einige Bemerkungen als Regierungschef, aber auch als Abgeordneter machen, der in der betreffenden Region lebt und den Diskussionsprozess seit mehr als drei Jahrzehnten miterlebt.

Ich will zunächst darauf hinweisen, dass man der Region Südwestpfalz eine Anbindung über eine Autobahn zugesagt hatte, die A 8. Ich will auch darauf hinweisen, dass, nachdem noch Minister Holkenbrink diese Lösung präferiert hatte, unter der Verantwortung von Herrn Minister Geil diese Lösung aufgegeben worden ist.

Ich will das im Nachhinein nicht kritisieren. Aber es ist wahr. Ich war damals als junger Oppositionsabgeordneter daran beteiligt, als es eine Zusage an den gesamten Raum gegeben hat, dafür eine leistungsfähige B 10-Variante zu bauen. Das ist Teil der historischen Wahrheit.

Ich glaube, und das ist meine feste Auffassung, dass diese Notwendigkeit nach wie vor besteht.

Meine Damen und Herren, ich will aber auch daran erinnern, dass es nie so war, dass von einem durchgängigen vierspurigen Ausbau die Rede sein konnte, weil von keiner politischen Seite nie auch nur ansatzweise eine Lösung gesucht oder gefunden wurde, die Tunnel vierspurig zu bauen.

Wer die Region kennt – ich nehme das für mich in Anspruch –, weiß, dass die weiteren Spuren natürlich aufgrund der Hangneigungen sehr tief ins Gebirge hineingebaut werden müssten und es bei den notwendigen Brückenverbindungen zwischen den einzelnen Tunneln zu einer weiteren zweiten Überführung von Dorfteilen, beispielsweise des Orts Rinnthal, kommen müsste.

Es kann nicht die Rede davon sein, dass Einigkeit über einen durchgängigen vierspurigen Ausbau vorhanden wäre, wenngleich ich ihn mir ausdrücklich wünsche und für notwendig halte. Bisher hat es weder technisch noch finanziell eine Perspektive hierfür je gegeben.

Erlauben Sie mir darauf hinzuweisen, dass es durchaus nicht so ist, dass es eindeutige Fronten gibt, da die Südwestpfälzer und dort die Südpfälzer. Es gibt in der Südpfalz in meinem Wahlkreis eine große Gruppe von Bürgerinnen und Bürger, die gegen einen Ausbau der B 10 ist, wobei ich überzeugt bin, dass die Mehrheit der Südpfälzer eine andere Position hat. Da dieses Thema mehrfach vor Landtagswahlen einen sehr hohen Stellenwert hatte – dies schlussfolgere ich auch ein bisschen daraus, dass ich jeweils mit über 60 % diesen Wahlkreis gewonnen habe –, kann es nicht völlig anders sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man sich diese Positionierungen genauer anschaut – verehrte Damen und Herren von der CDU, ich werfe Ihnen das nicht vor, ich würde Ihnen nur raten, dies zur Kenntnis zu nehmen –, dann sind maßgebliche Kräfte in der Südpfalz, die gegen den Ausbau der B 10 sind, früher aktive CDU-Politiker. Ich werfe es Ihnen nicht vor. Aber das ist die Wahrheit. Einer der Aktivsten ist der frühere Bürgermeister der Stadt Landau, CDU. Das kann man doch hier nicht so verneinen, als wären es die einen, die die Weisheit auf ihrer Seite haben, und die anderen wären völlig nach Farbenlehre zu trennen. Das ist nicht so.

Sie wissen auch, wenn Sie in die Dörfer gehen, wie beispielsweise Siebeldingen und Albersweiler, dass Sie sehr unterschiedliche Positionen finden. Insoweit müssen Sie dann darüber nachdenken, wie man diese Konfliktsituation auflöst. Ich glaube, das ist schlüssig.

Zweite Bemerkung. Es gibt überhaupt keinen Grund zu behaupten, durch eine weitere Mediation würde irgendeine der erwartbaren Baumaßnahmen, über die hinaus, die Baurecht haben und im Bau sind, nach hinten geschoben; denn für weitere Maßnahmen ist in der Tat – Herr Kollege Lewentz hat dies deutlich gemacht – beim Bund kein Geld vorhanden.

Auch das bejammere ich nicht. Aber ich stelle es fest. Alle, die etwas anderes behaupten, tun es, verehrte Frau Kollegin, gegen die Wahrheit.

Ich zitiere Ihnen, was nach meiner Intervention im Protokoll steht und was mir Herr Pofalla, der Kanzleramtsminister, bestätigt hat, dass es im Protokoll der letzten Besprechung der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit der Bundesregierung einschließlich der Kanzlerin und Herrn Minister Ramsauer verankert wird.

Ich zitiere: „Er“ – Bundesminister Ramsauer – „weist darauf hin, dass in den nächsten Jahren die Erhaltung der Bundeswasserstraßen Vorrang vor dem Neubau haben wird. Bundesminister Ramsauer informiert, dass im Übrigen in den Jahren 2012 und 2013 keine Mittel für den Neubau von Bundesfernstraßen, sondern nur für deren Sanierung zur Verfügung stehen.“ Hören wir also damit auf, uns gegenseitig vorzuwerfen, wir würden dort durch eine Kompromissuche in irgendeiner Weise

verzögernd wirken. Das ist schlicht und einfach nicht richtig.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis.

Verehrte junge Kollegin, ich weiß wirklich nicht, weshalb Sie jetzt noch den Kopf schütteln.

(Frau Ganster, CDU: Mein Name ist Ganster!)

– Gut, Frau Hansen. Ich bitte um Entschuldigung.

(Frau Klöckner, CDU: Ganster!)

– Ganster.

(Frau Klöckner, CDU: Den Namen
wird man sich merken müssen!)

– Wenn sie so weitermacht, wie sie mit Beschimpfungen angefangen hat, fürchte ich das nicht.

(Frau Klöckner, CDU: Beschimpfungen?)

Wie auch immer, ich wünsche es Ihnen.

Entschuldigung, bitte nehmen Sie doch dieses Faktum zur Kenntnis. Das stammt nicht von mir, sondern vom zuständigen Bundesminister für Verkehr. Meine Damen und Herren, das kann man doch nicht deshalb, weil es nicht passt, einfach wegreden wollen. Das ist ein Faktum.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Selbst wenn man in dieser Frage sehr unterschiedlicher Meinung ist, kann es doch nicht ausgeschlossen werden, sondern muss es aus meiner Sicht angestrebt werden, dass man gerade dann, wenn man eine Lösung will, diese Zeit der Verzögerung nutzt, um eine politisch, technisch und finanziell verträgliche Lösung zu finden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, deshalb bitte ich ausdrücklich alle – auch die Kommunalpolitiker in der Südwestpfalz –, den Weg der Mediation mitzugehen.

Kann es denn wirklich sein, dass wir wegen einer Straßenausbaumaßnahme nicht mehr in der Lage sind, miteinander zu reden? Kann das wirklich die Zukunft sein?

Ihr Kopfschütteln verstehe ich wirklich nicht mehr, Frau Kollegin. Sie sollten einmal ein bisschen versuchen, die Verantwortung wahrzunehmen, die einer Abgeordneten zukommt. Das muss ich wirklich sagen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Unruhe bei der CDU)

Geehrte Damen und Herren, kann es wirklich sein, dass wir nicht mehr die Kraft haben, über die Lösung einer

solchen Frage überhaupt miteinander zu reden, sondern dass das Miteinanderreden schon abgelehnt wird?

(Zurufe von der CDU)

Ich habe Ihnen eben die breite Streuung der Positionen dargestellt. Mir kann niemand vorwerfen, dass ich nie dazu Position bezogen habe. Ich habe vor jeder Wahl in meinem Wahlkreis, in dem heftige Kräfte dagegen waren, dazu Position bezogen. Das habe ich von anderen nicht erlebt.

(Frau Schneider, CDU: Nicht nur Sie, Herr Beck!)

– Das war aber nicht Ihr Wahlkreis.

(Frau Schneider, CDU: Mein Wahlkreis ist genauso davon betroffen!)

– Ach was.

(Frau Schneider, CDU: Ich habe mich genauso für den vierspurigen Ausbau eingesetzt! Das ist unglaublich! –
Vereinzelte Beifall bei der CDU)

Es ist in diesem Hohen Hause offensichtlich kaum noch möglich, einen halbwegs vernünftigen Diskurs miteinander zu führen.

(Bracht, CDU: Dazu haben Sie ein bisschen beitragen! –
Frau Klöckner, CDU: Dazu haben Sie mit beigetragen!)

– Ja, ja, wir werden beschimpft. Wenn man dann versucht, die Dinge über Zitate zurechtzurücken, hat man dazu beigetragen, dass sich die Dinge verschärfen. So nicht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich appelliere auch an die CDU, ihre Verantwortung in der Südpfalz und in der Südwestpfalz wahrzunehmen. Ich appelliere an die SPD in der Südpfalz und in der Südwestpfalz, ich appelliere an die GRÜNEN in der Südpfalz und in der Südwestpfalz, ich appelliere auch an andere, dass wir uns zusammensetzen und nach einer Lösung suchen. Wer sich an der Lösungssuche nicht beteiligt – Koalitionsvereinbarung hin oder her –, wird am Ende keinen Kilometer über das hinaus bauen, was sich jetzt im Bau oder in der Umsetzung befindet. Das sage ich Ihnen voraus.

Wer jetzt Scharfmacherei betreibt, wie dies in Pirmasens ohne Zweifel getan worden ist, wird entscheidend dazu beitragen, dass wir bei der Lösung dieser Frage nicht vorankommen. Deshalb bitte ich Sie: Wenn Sie Verantwortung für die Südwestpfalz empfinden – das unterstelle ich uns allen –, lassen Sie das alles oder nichts.

Herr Kollege Weiner, ich habe es als sehr wohlthuend empfunden, dass Sie – verbunden mit Kritik, aber das gehört zum Geschäft – auf die Mediationsvorschläge eingegangen sind. Bitte lassen Sie sich nicht von Ihrer eigenen Partei und den Scharfmachern zurückpfeifen;

denn Sie werden sehen, dass es am Ende für die Menschen die richtige Lösung ist, auf den Versuch einzugehen, aufeinander zuzugehen. Das ist meine herzliche Bitte an Sie. Alle anderen werden der Region keinen Gefallen tun.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Braun:

Meine Damen und Herren, die Regierung hat die Redezeit um acht Minuten überschritten. Damit stehen jeder Fraktion noch zwei Minuten und vierzig Sekunden Redezeit zur Verfügung.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Weiner das Wort.

Abg. Weiner, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, ich habe mich in dem Pressegespräch unter den jetzigen Bedingungen gegen eine Mediation ausgesprochen.

(Ministerpräsident Beck: Dann stand etwas Falsches in der Zeitung!)

– Moment, die Presse hat diesen Vorspann nicht gebracht. Ich habe aber hinzugefügt: Es sei denn, es werden bestimmte Bedingungen erfüllt. In dem Zusammenhang habe ich sieben Bedingungen genannt, von denen Sie aber weit entfernt sind. Eine dieser Bedingungen war zum Beispiel, dass die Bundesregierung erklärt, dass sie für eine schmale Lösung überhaupt bereit ist, das Geld zur Verfügung zu stellen. Diese Voraussetzung ist nicht erfüllt. Damit ist auch der Sinn, in einer Mediation darüber nachzudenken, entfallen.

(Ministerpräsident Beck: Wenn wir uns einig sind, bekommen wir das auch hin!)

Sie und die Kollegen von der SPD haben immer darauf verwiesen, der Bund müsse das Geld geben, weil es eine Bundesstraße sei. Wenn der Geldgeber erklärt, für die dreispurige Variante gibt es kein Geld, kann man über die Absicht, für ein unsinniges Gutachten Steuergelder auszugeben, nur den Kopf schütteln.

(Beifall der CDU)

Wir haben in der Region den Eindruck gewonnen, damit wird nur versucht, den Dissens in der Koalition zu überbrücken und Zeit zu gewinnen, bis man weit genug von der Wahl weg ist und die Erinnerung an Ihre Versprechen und Zusagen gegenüber der Region, die B 10 werde durchgängig vierspurig ausgebaut, verblasst ist. Ich kann mich sehr gut daran erinnern, dass Staatssekretäre und Minister Ihrer Regierung Aussagen dieser Art getroffen haben, die sogar in Schlagzeilen gemündet sind. Der damalige Staatssekretär Eymael hat zum Beispiel die Aussage getroffen: Ausbau der B 10 von vorne bis hinten vierspurig. – Dazu habe ich kein Dementi

gehört. Nein, die frühere Regierung hat dazu gestanden. Heute erleben wir Absetzbewegungen davon.

(Beifall bei der CDU)

Wir merken, dass die SPD mittlerweile dem vierspurigen Ausbau oder dem Ausbau der B 10 eine andere Interpretation unterschiebt.

(Beifall bei der CDU)

Man bekennt sich zwar noch zum Ausbau, aber nicht mehr zu dem Ausbau, den man früher gemeint hat, sondern jetzt wird von den GRÜNEN von einem qualifizierten Ausbau gesprochen.

(Pörksen, SPD: Ja und?)

Darunter wird eine drei- oder vierspurige Variante ohne Sicherheitsstreifen verstanden. Das ist die gefährlichere Variante, die zu einer höheren Unfallhäufigkeit führt.

Wir sollen ein Gutachten zu der Frage bezahlen, wie wir weniger Sicherheit erreichen und wie wir mit den Bund über weniger Sicherheit verhandeln. Das ist geradezu menschenverachtend.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Dr. Braun:

Für die SPD-Fraktion spricht nun Herr Abgeordneter Hering.

Abg. Hering, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie müssen für sich beantworten bzw. die Öffentlichkeit wird Ihnen die Antwort geben, weshalb Sie eine Reihe von Projekten – Hochmoselübergang, A 1, B 10 – thematisieren und ob es Ihnen in der Tat um die Maßnahmen geht oder ob Sie damit den untauglichen Versuch unternehmen, einen Keil in die Koalition zu treiben. Das wird Ihnen nicht gelingen. Wir haben uns einvernehmlich auf die Vorgehensweise verständigt. Das werden wir auch ganz konsequent umsetzen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Herr Weiner, Sie haben erklärt, das sei mit dem Bund als der, der bezahlt, nicht machbar. Beim Hochmoselübergang – während der Koalitionsverhandlungen – lautete die Aussage des Bundes, er werde keine Festlegung treffen. Das Land solle selbst entscheiden, ob die Maßnahme fortgeführt werden solle. Allerdings würde gegebenenfalls Schadenersatz verlangt werden. Da ist keine Sachweisung erfolgt, weil es parteitaktisch sinnvoll erschienen ist, die Koalitionsverhandlungen mit diesem Streit zu belasten. Wir haben den Konflikt gelöst.

Jetzt gibt es hier plötzlich angeblich eine Sachweisung. Das widerspricht Ihrem Antrag, Herr Weiner. Im Antrag der CDU steht – – –

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

– Herr Licht, werden Sie nicht nervös. Das hat Ihr Geschäftsführer unterschrieben.

Darin steht: „Bei noch nicht begonnenen Bauabschnitten kann im Rahmen einer direkten Bürgerbeteiligung über einen vierspurigen Ausbau in Q 26 oder Q 20 diskutiert werden.“ Es war Ihr eigener Vorschlag, das zu untersuchen. Dann werfen Sie uns vor, wir wollen den Bürger daran beteiligen. Es war Ihr Vorschlag gewesen, den Sie im Antrag unterschreiben.

Wenn Sie es ernst meinen, dass wir hinsichtlich der B 10 vorankommen, dann akzeptieren Sie die Rahmenbedingungen und die vielen Gutmütigen in der Region, die sagen, wir wollen es im Konsens zusammenführen, wohl wissend, dass ein Konsens im Mediationsverfahren auch dazu führt, schneller das Baurecht zu erhalten. Dann sollten wir uns gemeinsam zeitnah dafür einsetzen, für den gefundenen Konsens die finanziellen Mittel zu bekommen.

Im Zweifel – auch das will ich betonen – ist ein drei- oder vierspuriger Ausbau mit vermindertem Querschnitt besser, als wenn hinsichtlich der B 10 nichts geschieht. Mit Ihrer Polemisierung riskieren Sie, dass dort nichts vorankommt.

Wir übernehmen Verantwortung. Wir haben uns unter schwierigen Rahmenbedingungen in der Koalition geeinigt. Wir stehen im Interesse der Region zu dieser Einigung und werden das auch konsequent umsetzen, ob Sie mitmachen oder nicht. Es wäre im Interesse der Region, wenn Sie mitmachen würden.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Braun:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Herr Abgeordneter Dr. Konrad.

Abg. Dr. Konrad, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident! Herr Weiner, Sie haben einiges gesagt, dem ich nicht widersprechen kann. Dazu gehört auch, dass eine Region zur Entwicklung hochwertige und leistungsfähige Verkehrswege braucht. Sie haben aber auch etwas gesagt, das nicht unwidersprochen bleiben darf, nämlich dass man die B 10 zurzeit nicht so ausbauen kann, wie Sie das sich wünschen. Das ist nicht menschenverachtend, sondern Sachzwängen geschuldet.

Menschenverachtend ist es, auf geringfügigere Ausbauten nicht einzugehen und dabei zu vernachlässigen, dass gerade auf dieser Strecke durch überhöhte Geschwindigkeiten die meisten Unfälle passieren. Es ist

auch den Menschen in der Südwestpfalz gegenüber nicht besonders achtungsvoll, eine solche Veranstaltung durchzuführen, in der Ihr CDU-Kollege, Herr Dr. Matheis, immer wieder die Moderation und die Meinungsmache miteinander vermischt hat.

Es war keine gute Veranstaltung. Sie können versuchen, diese so oft gutzureden, wie Sie wollen. Auch das Verhalten Ihrer Jugendorganisation war nicht gut. Es war sehr ärgerlich, wie die Region dargestellt wurde. Es ist auch nicht gut für die Region, aus der ich selbst komme, wenn diese so dargestellt wird, als würde die Bevölkerung von 150.000 Leuten denken, dass von zwei Spuren einer Straße das Wohl und Wehe der ganzen Region abhängt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist auch für potenzielle ansiedlungswillige Firmen nicht sinnvoll, so zu tun, als seien das Inka-Trampelpfade, über die die Lasten über den Pfälzer Wald getragen werden müssen. Das stimmt doch gar nicht.

Von den Befürwortern wurde während dieser denkwürdigen Veranstaltung unter anderem gesagt, dann kommt mir doch auf meiner Spur jemand entgegen. Es sei einmal dahin gestellt, wie man die Spur zu seiner eigenen macht. Ich gehe aber einmal davon aus, dass der Mann gemeint hat, er fährt auf drei Spuren in den Gegenverkehr hinein, und der andere macht dasselbe.

Das ist tatsächlich gefährlich. Deshalb muss man darüber sprechen, wie man solche Gefahrenstellen entschärft. Das gilt besonders für den Bereich zwischen dem Tunnel und Landau. Diejenigen, die in der Südwestpfalz wohnen, sind die Strecke alle schon einmal gefahren. Sie wissen ganz genau, dass das brandgefährliche Stellen sind. Das verneint auch niemand.

Wenn Sie hier als Zwischenruf sagen, dass der Bundesverkehrsminister 2 Milliarden Euro zugesagt hat, von denen 7 % nach Rheinland-Pfalz gehen sollen, dann sind das 140 Millionen Euro. Nach Adam Riese kann diese Summe nicht reichen, um 150 bis 300 Millionen Euro allein für den Basistunnel auszugeben, den Sie für diese vier durchgängigen Spuren bräuchten. Daran merken Sie doch, dass es überhaupt nicht stimmt, was Sie den Leuten erzählen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD –
Glocke des Präsidenten)

Es wäre viel wichtiger, in Berlin einmal zu klären, wie viel Geld Herr Ramsauer hat, wie viel Geld ausgegeben werden kann, und ob wir es dafür schaffen, Sicherheit und einen hochwertigen Anschluss für die Westpfalz und die Südwestpfalz herzustellen. Das ist eine wichtige Frage. Diese können Sie klären.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Vizepräsident Dr. Braun:

Wir sind am Ende des dritten Teils der Aktuellen Stunde.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, begrüße ich als Gäste auf der Zuschauertribüne Mitglieder des SPD-Ortsvereins Kruft, Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter der Landespolizeischule Rheinland-Pfalz in Hahn sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmer am 126. Mainzer Landtagsseminar. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Wahl von Mitgliedern der Kuratorien von
Hochschulen des Landes
Unterrichtung durch den Präsidenten
des Landtags**

– Drucksache 16/271 –

dazu:

**Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

– Drucksache 16/322 –

Gemäß Absprache im Ältestenrat wird die Behandlung ohne Aussprache durchgeführt. Wir kommen zur Abstimmung über den Wahlvorschlag – Drucksache 16/322 –. Wer dem Wahlvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke. Der Wahlvorschlag ist einstimmig angenommen.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**Landesgesetz über freiwillige Gebietsänderungen
der Verbandsgemeinden Neumagen-Dhron,
Bernkastel-Kues und Schweich an der
Römischen Weinstraße im Rahmen der
Kommunal- und Verwaltungsreform
Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD,
CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

– Drucksache 16/217 –

Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Innenausschusses

– Drucksache 16/318 –

Der Ältestenrat hat eine Grundredezeit von zehn Minuten je Fraktion vereinbart. Ich erteile Herrn Bracht in Vertretung von Herrn Seekatz das Wort.

Abg. Bracht, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Durch Beschluss des Landtags vom 17. August 2011 ist der gemeinsame Gesetzentwurf aller Fraktionen an den Innenausschuss – federführend – und den Rechtsausschuss überwiesen worden. Der Innenausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 2. Sitzung am 1. September 2011 beraten. Der Rechtsausschuss hat sich mit dem Gesetzentwurf in seiner 4. Sitzung am 13. September beschäftigt.

Die Beschlussempfehlung der Ausschüsse lautet: Der Gesetzentwurf soll angenommen werden. Die Fraktionen waren sich in dieser Frage einig.

(Beifall der CDU, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Braun:

Vielen Dank.

Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Brück das Wort.

Abg. Frau Brück, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem heute zu beschließenden Gesetz über die freiwilligen Gebietsänderungen der Verbandsgemeinden Neumagen-Dhron, Bernkastel-Kues und Schweich an der Römischen Weinstraße vollziehen wir den Willen der Bürgerinnen und Bürger und der jeweiligen Ortsgemeinde- und Verbandsgemeinderäte nach. In den Räten sind die Beschlüsse entsprechend gefasst worden. Nun warten die Kommunalpolitiker darauf, dass wir das Gesetz heute beschließen, damit der Umsetzungsprozess der Fusion weiter fortgeführt werden kann. Ich glaube, es ist ein gutes Zeichen, dass die drei Bürgermeister heute anwesend sind.

Frau Horsch, Herr Hangert und Herr Bales, auch von meiner Seite ein herzliches Willkommen! Das dokumentiert, wie wichtig Ihnen die Angelegenheit ist.

Den Beschlüssen ist ein breiter Diskussionsprozess mit den interessierten Bürgerinnen und Bürger in der Verbandsgemeinde Neumagen-Dhron und den beiden anderen Verbandsgemeinden vorausgegangen. Es wurde ausgelotet, welche Kooperations- und Fusionsalternativen möglich und durchsetzbar sind.

In einem frühen Stadium wurden die Bürgerinnen und Bürger befragt. Anschließend wurden nach intensiven Diskussionen die Beschlüsse in den jeweiligen Ortsgemeinden und Verbandsgemeinden der betroffenen Gebietskörperschaften gefasst. Dabei wurde dem Ergebnis der Bürgerbefragung in einem sehr hohen Maß entsprochen. Es gab zu keiner Zeit Proteste, dass man sich gegen die Fusion gestellt hat. Der Diskussionsprozess lief sachlich ab. Man hat sich auf das Machbare verständigt.

Aus Sicht des Landkreises Bernkastel-Wittlich – das darf ich vielleicht auch sagen – gibt es sicher den Wermutstropfen, dass die Gemeinde Trittenheim den Kreis nach Trier-Saarburg in die Verbandsgemeinde Schweich verlässt. Das ist zu bedauern. Der Bürgerwille ist aber zu akzeptieren, und die Verbandsgemeinde Schweich erhält ein attraktives neues Mitglied.

Die Gemeinden haben die Neuordnung der Verbandsgemeinden als Chance begriffen und für sich wichtige Projekte mit dem Land verhandelt.

Dabei wird durch die Fusion durch mittel- und langfristig errechnete Einsparungen von jährlich rund 550.000 Euro bei den Personalkosten und 150.000 Euro bei den Sachkosten ein wichtiges Ziel der Fusion erreicht, nämlich Kosteneinsparungen. Dies wird natürlich sozialverträglich und schrittweise geschehen.

Wichtig für die Akzeptanz der Fusion bei den Kommunen ist auch, dass Neumagen-Dhron als bisheriger Verwaltungssitz Grundzentrum bleibt. Das Verwaltungsgebäude wird zumindest kurzfristig als Ausweichquartier für das zu renovierende alte Verwaltungsgebäude in Bernkastel-Kues noch weiter benötigt.

Im Gesetz sind alle erforderlichen Neuordnungen auf kommunaler Ebene, wie zum Beispiel das Feuerwehrewesen, Planungsgrundlagen, Übergang des Personals, Übergang von Vermögen, Verbindlichkeiten, sonstige Kassenangelegenheiten sowie der getrennte Abrechnungsbereich für die Abwasserbeseitigung auf dem Gebiet der Verbandsgemeinde Neumagen-Dhron in den nächsten zehn Jahren geregelt.

Natürlich sind die mit der Landesregierung ausgehandelten finanziellen Förderungen von großer Bedeutung. Manch einer sagt Belohnungen, ich würde sagen, es ist die Anerkennungsleistung des Landes in vielen Bereichen. Neben der sogenannten Hochzeitsprämie in Höhe von 565.280 Euro, die entsprechend der Einwohnerzahl auf die beiden Verbandsgemeinden Bernkastel und Schweich aufgeteilt wird, sind dies vor allem die in Aussicht gestellten Förderungen bei bestimmten Projekten, wie zum Beispiel der Sanierung des Verwaltungsgebäudes in Bernkastel-Kues, die Sanierung des Hallen- und Freibades in Bernkastel und des Freibades in Schweich, Straßenausbauten, Platzgestaltungen, Breitbandförderung und ganz wichtig die Förderung von Investitionen für die Abwasserbeseitigung über zinslose Darlehen und über den Erlass eines Darlehens in Höhe von 1 Million Euro.

Mit dieser äußerst großen und großzügigen Unterstützung erklärt das Land auch sein großes Interesse an der freiwilligen Gebietsänderung an der Mosel.

Es bleibt mir, Dank an alle zu sagen, die an der freiwilligen Gebietsreform mitgearbeitet haben: den Bürgerinnen und Bürgern, den Kommunalpolitikern und Räten in den betroffenen Gebietskörperschaften, aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Innenministerium, die die Bürgermeister sehr unterstützt haben.

Ich wünsche allen Dörfern der neuen Verbandsgemeinde Bernkastel-Kues und Schweich alles Gute und den Dörfern der ehemaligen Verbandsgemeinde Neumagen-Dhron, den Dörfern Neumagen, Dhron, Piesport, Minheim und Trittenheim eine besonders gute Zukunft und hoffe, dass sich das dann in den Wahlen nächstes Jahr im März manifestiert.

Ich freue mich, dass wir in der Sache so einstimmig sein werden; denn Alexander Licht sitzt im Verbandsgemeinderat Neumagen-Dhron, andere Mitglieder des Landtags sind ebenfalls betroffen: Herr Schmitt sitzt in Schweich im Verbandsgemeinderat, Frau Sahler-Fesel ist in

Schweich ebenfalls betroffen. Es ist schon ein guter Weg und ein Beispiel dafür, wie es weitergehen kann.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Vizepräsident Dr. Braun:

Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Abgeordneter Licht.

Abg. Licht, CDU:

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Frau Kollegin, in der Verbandsgemeinde Bernkastel-Kues bin ich zu Hause.

(Frau Brück, SPD: Was habe ich gesagt?)

– Neumagen-Dhron.

(Frau Brück, SPD: Entschuldigung!)

Aber das ist vielleicht der einzige Punkt, der uns bei diesem Fusionsgesetz heute getrennt hat. Aber da haben wir mittlerweile Einigkeit hergestellt.

Meine Damen und Herren, ich muss zu Beginn noch darauf hinweisen – zu dieser freiwilligen Fusion erklären wir unser Einverständnis; der Landtag wird das einstimmig beschließen, das ist abzusehen –, dass die formale Grundlage vor gut einem Jahr beschlossen wurde.

Vor einem Jahr haben wir zu dem Gesetz Nein gesagt. Wir haben Nein gesagt, weil wir der Meinung waren und das auch heute noch sind, dass in den Voraussetzungen erhebliche Dinge gefehlt haben.

(Vizepräsidentin Frau Klamm übernimmt den Vorsitz)

Wir hätten uns stärkere konsequentere Verlagerungen von oben nach unten gewünscht. Wir hätten uns gewünscht, dass auch die Landesbehörden und die Ministerien in eine solch große Reform mit eingebunden wären. Die Aufgabenkritik, die in diesem Landtag schon rauf und runter debattiert und diskutiert worden ist, möchte ich hier nicht noch einmal wiederholen; dennoch haben wir immer wieder gesagt – das betone ich auch heute –, dass wir für freiwillige Fusionen sind, wir sie in jeder Phase konstruktiv begleiten werden. Das gilt selbstverständlich auch für das, was wir heute hier beschließen.

Wir haben damals am Schluss dieser Debatte auch deutlich gemacht, warum wir gegen Zwangsfusionen sind. Dies ist im Grundsatz nach wie vor unsere Haltung. Wir haben in der ersten und auch einzigen Innenausschusssitzung vor Kurzem noch einmal mit dem neuen zuständigen Minister darüber diskutiert. Herr Lewentz, auch dabei ist noch einmal deutlich geworden, dass es viele Punkte gibt, die für ein noch intensiveres freiwilliges Werben sprechen. Da werden wir auch an der Seite

aller sein, aber Zwangsfusionen halten wir nach wie vor für einen falschen Ansatz.

Meine Damen und Herren, wir haben – das will ich noch einmal betonen – uns immer für die Freiwilligkeit eingesetzt. An dieser Stelle auch von meiner Seite herzlich willkommen an die Bürgermeister und an die Vertreter aus den jeweiligen Kommunen!

Neumagen-Dhron kann dabei Lernstoff bieten; denn die Notwendigkeit oder die Einsicht, dass man auf Entwicklungen reagieren muss, ist vielerorts größer, als man vielleicht denkt und auch manchmal diskutiert wird.

Es fehlt oft an Entscheidern, an Männern und Frauen, die den Mut haben, schwierige Prozesse anzugehen. Ich sage ausdrücklich Dank an Frau Horsch, die ein Jahr, bevor wir dieses Gesetz im Herbst 2010 hier beschlossen haben, schon mit ihrem Rat die Wege öffnete, mit den Ortsgemeinden eine Bürgerbefragung durchzuführen. Da befanden wir uns noch im Anfangsstadium der Debatte. Da wurde vor Ort schon reagiert.

Meine Damen und Herren, am 16. Dezember 2009 gab es in Trittenheim eine solche Befragung. Am 13. Januar in Minheim, am 19. Januar in Neumagen-Dhron und am 26. Januar in Piesport fanden aufklärende Bürgerversammlungen statt.

Daran schloss sich eine Bürgerbefragung an. Man höre und staune, lediglich 2,16 % – eine fast zu vernachlässigende Größe – stimmten gegen eine Fusion. Das heißt, dass hier Vorarbeit geleistet wurde. Das ist nur möglich, wenn man es gemeinsam macht, wenn man keinen Parteienstreit herstellt, sondern versucht, vorher die Bürger aufzuklären und die Räte mitzunehmen.

Der Auftrag, mit den Nachbarverbandsgemeinden dann zu verhandeln, liegt uns heute hier als Ergebnis vor. Ich will darauf jetzt nicht näher eingehen. Wir tun gut daran, wir werden das auch tun, dem so einstimmig zuzustimmen.

Trittenheim wechselt in die Verbandsgemeinde Schweich, und die Gemeinden Neumagen-Dhron, Minheim und Piesport wechseln in die Verbandsgemeinde Bernkastel-Kues.

Die Verbandsgemeinden Schweich und Bernkastel-Kues werden hierdurch – lassen Sie mich das durchaus sagen – in ihrer Einheit gestärkt. Sie werden noch stärker und größer und können Verwaltungshandeln verbessern. Aus der örtlichen, individuell vorhandenen Aufgabenlage für die wechselnden Gemeinden können sie eine verbesserte Leistung erbringen. Das sind auch die Effekte.

Es sind nicht nur die fiskalischen Gründe, nicht nur die Gründe durch den Rechenschieber hervorgerufen, sondern man muss sich das jeweils genau dort betrachten, wo Fusionsgespräche vorbereitet werden.

4.731 Einwohner wechseln in die Verbandsgemeinde Bernkastel-Kues. 1.085 wechseln nach Schweich. Meine Damen und Herren, anhand dieser Zahlen können Sie erkennen, dass für rund 6.000 Bürgerinnen und Bürger nur schwer eine Verwaltungsinfrastruktur mit all ihren

immer komplexer werdenden Aufgaben in die Zukunft zu halten war. Hinzu kamen – das kann man hier auch erwähnen, glaube ich – die Entscheidungen zum Schulstandort und zu anstehenden Investitionen der Grundversorgung etc.

Frau Kollegin, Sie sind auf einzelne Punkte eingegangen, ich will mir das hier ersparen.

Dabei für einen so engen Raum, für so wenige Bürger zu handeln, ist die eine Seite, bei der Frau Horsch sehr früh reagierte und die Bürgerinnen und Bürger und Räte mitnahm.

Aber auch die Personalfürsorge – lassen Sie mich das hier auch ansprechen – ist wichtig. Es ist wichtig, dass das Chefentscheider erkennen. In einer so kleinen Verbandsgemeinde droht erst recht, wenn man von Zwangsaflösungen spricht, dass infolgedessen gute Mitarbeiter vorzeitig mit allen Folgen von Bord gehen.

Die Verhandlungen mit den Nachbarn wurden im Herbst 2010 begonnen, und im Februar dieses Jahres stimmte der Verbandsgemeinderat den Grundlagen zu.

Lassen Sie mich das Prozedere noch einmal nennen; denn für alles, was wir im Land diskutieren, ist es durchaus wichtig, dass man es kennt. Nach diesem Prozedere ist mehr als die Hälfte der Gemeinden und wiederum mehr als die Hälfte der Einwohner notwendig, sonst kann es keine Zustimmung geben. Das gleiche Prozedere gilt natürlich auch für die aufnehmenden Verbandsgemeinden, in diesem Falle Schweich und Bernkastel-Kues. Erforderlich ist zuerst die Zustimmung der Räte und dann die Mehrheit der Gemeinden, die wiederum die Mehrheit der Einwohner repräsentieren müssen.

Darum ist eine Bürgerbefragung und eine Bürgerbeteiligung nicht so einfach, sondern man muss Aufklärung betreiben, und man muss die Information so breit wie möglich in die Bevölkerung hineintragen, um sie mitzunehmen. Frau Horsch, Herr Hangert und Herr Bales, ich spreche Ihnen repräsentativ für Ihre Räte und für alle Einwohner meinen herzlichen Dank aus. Wenn Bürgerbefragungen allein vom Wasserpreis, von der Abwasserabgabe, von Gebühren, Teerdecken, der Befestigung von Weinbergswegen, sprich, von möglichen emotionalen Dingen beeinflusst und manipuliert werden können und in die Fusion eingebracht werden, so birgt dies viel Zündstoff. Damit kann gezündelt werden, und es wird selten am Schluss zu einem guten Ergebnis führen.

Darum möchte ich an die Adresse des Ministers sagen, dort, wo es Einigungen gibt, dort, wo es jetzt noch Gespräche gibt, muss man dies auch zulassen. Vielleicht braucht der eine oder andere doch etwas mehr Zeit. Dieses Fallbeil, mit einem Datum eine Frist zu setzen, würde ich im Moment infrage stellen, auch aus der Diskussion über Neumagen-Dhron heraus, die wir zu einem guten Ende geführt haben.

(Beifall der CDU)

Die repräsentative Demokratie wird durch mehr Bürgerbeteiligung sicher gestärkt, aber dabei dürfen wir die Räte nicht entmachten. Auch das sollte uns bewusst

sein. Dies wird auch für die Enquete-Kommissionen, die morgen beschlossen werden, ein wichtiges Thema sein. Die repräsentative Demokratie muss gestärkt bleiben, sonst werden nicht nur immer weniger Menschen zur Wahl gehen, sondern es werden sich zum Schluss auch immer weniger Menschen zur Wahl stellen. Eine Bürgerbeteiligung ist richtig und ist in Ordnung. Man muss die Menschen frühzeitig einbinden. Aber wir haben eine repräsentative Demokratie, das heißt, den Räten muss auch nach wie vor eine gewisse Verantwortung zugesprochen werden, und dies muss auch so bleiben.

Meine Damen und Herren, die Eile im Verfahren war geboten. Zum 1. Januar 2012 soll das Gesetz in Kraft treten. Frau Kollegin Brück hat eine Vielzahl von Regelungen angesprochen, die ich jetzt nicht mehr erwähnen will, da wir uns deckungsgleich auf dem Weg befinden. Ich wünsche Glückauf für die neuen Konstellationen und sage noch einmal Dank an alle Beteiligten.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Kollege Köbler das Wort.

Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Verantwortungsträger auf der kommunalen Ebene vor Ort! Gestatten Sie mir am Anfang einige allgemeine Bemerkungen zum Thema „Kommunalreform“, bevor meine Kollegin Blatzheim-Roegler zu dem konkreten Fall spricht, was Neumagen-Dhron aktuell angeht. Für uns ist es schon etwas Besonderes, bei dem Vollzug dieser freiwilligen Fusion auf Verbandsgemeindeebene dabei sein zu dürfen; denn wir haben von Anfang an für eine mutige Kommunalreform geworben, die auch Fusionen und Zusammenlegungen gerade auf der Ebene der Verbandsgemeinden und verbandsfreien Gemeinden mit einbezieht.

Herr Licht, da wir auch die demokratische Selbstverwaltung der Kommunen in der Zukunft stärken wollen, ist es wichtig, dass auch eine wirtschaftliche Überlebensfähigkeit und eine Verwaltungseffizienz in der Zukunft bei unseren Kommunen gesichert ist. Wir müssen feststellen, dass Fusionen dazu beitragen, die wirtschaftliche Stärke der Kommunen auch in der Zukunft sicherzustellen. So kann die politische und demokratische Autonomie in der kommunalen Selbstverwaltung in Rheinland-Pfalz dauerhaft sichergestellt werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen werden wir die freiwillige Phase der Kommunalverwaltungsreform nicht nur fortführen, sondern aktiv dafür werben; denn wir glauben, dass es für die Verbandsgemeinden vor Ort eine echte Chance ist. Das, was wir heute besprechen, sowie auch andere Beispiele bestätigen uns, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Verwaltungseffizienz, Bürgernähe und Bürgerbeteiligung sind sozusagen die Leitgedanken, von denen wir getragen werden, und in diesem Sinne werden wir auch die gesamte erste Phase der Kommunalverwaltungsreform zu Ende führen, wie es der Koalitionsvertrag abbildet. Wir werden nach der Freiwilligkeitsphase auch für weitere Fusionen aktiv werben.

Ich möchte denjenigen, die sich noch dagegenstellen, ganz klar sagen, lassen Sie uns gemeinsam individuell vor Ort nach guten Lösungen mit den Bürgerinnen und Bürgern suchen. Man muss ganz klar sagen, dass eine Verweigerungshaltung zu der Reform zu nichts führen wird.

Wir werden darüber hinaus in eine zweite Phase einsteigen – auch dies ist im Koalitionsvertrag abzulesen –, die wir vorbereiten wollen und in der wir noch einen Schritt weiter gehen, auch was Gebietsreformen angeht, und über die Frage der Landkreise und kreisfreien Städte sprechen. Dies werden wir sorgfältig vorbereiten. Ich erhoffe mir, dass eine Enquete-Kommission, in der es um Kommunalfinanzen geht – schließlich geht es um Effizienz sowie um einen verantwortungsvollen Umgang auch mit Steuergeldern in dieser Frage –, Antworten auf die Frage finden kann, wie wir dies organisieren können, aber dabei die Bürgernähe immer im Blick behält und nicht infrage stellt. In einer modernen Verwaltung ist heutzutage viel mehr möglich. Für den Bürger stellt sich irgendwann die Frage: Wo bekomme ich meinen Führerschein? Wo bekomme ich meinen Personalausweis? – Es ist für ihn nicht unbedingt die Frage, wo nun eigentlich die Kasse der Verbandsgemeinde sitzt.

Wir beglückwünschen die anwesenden Kommunalvertreter zu diesem Schritt und zu diesem guten Prozess. Alle Ortsgemeinden waren beteiligt, und alle haben dafür gestimmt. Es gab eine gute – man könnte sogar sagen, eine vorbildliche – Bürgerbeteiligung, ein leuchtendes Beispiel, dem nach unserem Dafürhalten viele weitere in Rheinland-Pfalz folgen sollen und auch folgen werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun Frau Kollegin Blatzheim-Roegler das Wort.

Abg. Frau Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Kolleginnen und Kollegen und, natürlich, liebe Kommunalvertreter aus meiner Heimat Bernkastel-Kues! Ich stamme aus der Verbandsgemeinde Bernkastel-Kues und bin sehr glücklich, dass wir heute gemeinsam dieses Gesetz verabschieden. Ich möchte an dieser Stelle den Kolleginnen und Kollegen von der CDU, die noch im letzten Jahr dieses Gesetz in toto abgelehnt haben, dafür danken, dass sie heute diesen Einzelfall sehen und bereit sind,

mit uns gemeinsam dem Gesetz über die Zusammenlegung der Verbandsgemeinden Bernkastel-Kues und Neumagen-Dhron zustimmen.

Meine Kollegen haben schon darauf hingewiesen, es sind 20 Ortsgemeinden in der einen und vier Ortsgemeinden in der anderen Verbandsgemeinde. Es war ein intensiver und spannender, aber auch ein nicht immer ganz konfliktfreier Prozess. Aber ich glaube, es macht diesen Prozess auch so einzigartig, dass man sich die Zeit für Bürgerversammlungen, für Bürgerberatungen und für die Besprechung von Einzelfragen zwischen den Ortsgemeinden zusammen mit den Verbandsgemeinderäten genommen hat. Ich glaube, anders geht es nicht.

Wenn der Prozess am 1. Dezember in eine neue Phase eintritt, wenn die Verbandsgemeinde Bernkastel-Kues etwas größer geworden ist, geht es noch weiter. Wir werden im Jahr 2012 den Verbandsgemeinderat Bernkastel-Kues neu wählen müssen, weil die Einwohner, die neu zu uns kommen, einen gewissen Prozentsatz übersteigen, sodass wir ab dem Jahr 2012 einen neuen gemeinsamen Verbandsgemeinderat haben werden.

Darüber hinaus ist es wichtig, dass auch die Feuerwehren zusammenwachsen werden. Die Wehrleiter und die Stellvertreter werden neu gewählt werden. Dieser Prozess befindet sich jetzt also in einem guten Stadium. Wir kommen nun an einen ersten großen Markenstein. Ich freue mich, die neuen Einwohnerinnen und Einwohner der Verbandsgemeinde Bernkastel-Kues am 1. Januar 2012 begrüßen zu können, und ich bin mir sicher, dass wir dies bei uns in den Gemeinden auch gebührend feiern werden.

Danke schön.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Noss das Wort.

Abg. Noss, SPD:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das, was wir heute erleben, ist der idealtypische Verlauf einer Fusion, wie wir sie uns vorgestellt und gewünscht haben.

Meine Damen und Herren, Ihnen von den betroffenen Kommunen herzlichen Glückwunsch. Herzlich willkommen hier in Mainz! Sie sind nicht die Ersten. Cochem war etwas schneller als Sie, aber dennoch sind Sie innerhalb der Freiwilligkeitsphase. Ich glaube, das ist das, was wir uns wünschen, dass nämlich möglichst viele Gemeinden den Weg über die Freiwilligkeit gehen.

Wir haben diesen Weg sehr lukrativ gestaltet. Es gibt Möglichkeiten, dass die Gemeinden davon sehr in finanzieller und sonstiger Hinsicht profitieren.

Man muss ganz klar sagen, Ziel der Verwaltungsreform und insbesondere der Gebietsreform war es, die Gemeinden zukunftssicher aufzustellen, wobei dabei verschiedene Punkte von Belang waren, einmal die Einwohnerzahl, darüber hinaus die Größe, die Anzahl der Ortsgemeinden, die Wirtschaftskraft, die topografische Lage, das Zusammengehörigkeitsgefühl. All das hat bei Ihnen sehr gut zusammengepasst.

Ich sage aber auch, Sie hatten es verhältnismäßig einfach. Mit vier Ortsgemeinden ist der Abstimmungsprozess sehr schnell zu beenden. Wenn dagegen andere Verbandsgemeinden kommen, die beispielsweise 20 oder 25 Ortsgemeinden haben, wird es natürlich erheblich schwieriger.

Dennoch muss klar gesagt werden, was wir von Anfang an deutlich in den Raum gestellt haben, wir werden nach der Freiwilligkeitsphase das Gesetz mit Leben erfüllen und dann nach Anhörung der Gemeinden versuchen, das umzusetzen, was wir uns vorgenommen haben, nämlich die Gemeinden zusammenzuführen – insgesamt 32 verbandsfreie Gemeinden und Verbandsgemeinden –, die diese Zeit nicht nutzen und davon ausgehen, dass es sich lohnt, zu verharren und nichts zu machen nach dem Motto, irgendjemand wird schon sagen, es wird nichts laufen. Dass die Gemeinden dann obsiegen, wird nicht der Fall sein.

Sie sind deshalb ein Beispiel, das für die anderen Gemeinden ebenfalls gelten sollte. Für mich ist es jedes Mal erfreulich, wenn ich sehe, wie jemand seine Meinung ändert. Herr Günther von der CDU hat noch vor zwei Jahren Demonstrationen gegen die Kommunalreform angeführt. In der letzten Sitzung des Innenausschusses dagegen hat er den Minister aufgefordert, mehr Druck auf die Gemeinden zu machen, damit sie sich endlich bewegen. Ich glaube, das ist beispielhaft. So sollte es insgesamt gehen.

Ich wünsche mir, dass wir die Reform zügig und schnell umsetzen und dann auch fortführen.

Danke schön.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatsminister Lewentz das Wort.

Lewentz, Minister des Innern, für Sport und Infrastruktur:

Frau Bürgermeisterin, meine Herren Bürgermeister – Frau Präsidentin, Sie sehen es mir in diesem Fall nach, dass ich die Gäste heute einmal besonders hervorgehoben habe –, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss nicht noch einmal unterstreichen, was bei Ihnen geleistet wurde und wie vorbildlich diese Regelungen auf den Weg gebracht wurden.

Ich möchte Herrn Noss recht geben. Ich habe mich im Innenausschuss gewundert und gefreut. Herr Günther ist ein erfahrener Bürgermeister. Ich glaube, es beschreibt die Kenntnis um die Güte und die Qualität des ersten und zweiten Gesetzes zur Kommunal- und Verwaltungsreform, dass er uns so offensiv aufgefordert hat, dieses Gesetz in allen Einzelheiten mit Leben zu erfüllen.

(Frau Schäfer, CDU: Das würde ich jetzt nicht einmal fehlinterpretieren!)

Es hat uns sehr gefreut. Es bestätigt einen langen Diskussionsprozess und beschreibt offenkundig auch einen langen Meinungsbildungsprozess in der Fraktion der CDU.

Meine Damen und Herren, ich glaube, man kann sagen, heute geht eine Saat auf, die viele gesät haben.

An der Stelle darf ich meinen Vorgänger, Herrn Innenminister a. D. Karl Peter Bruch, nennen, der selbst weit über 200 Ortstermine wahrgenommen und Gespräche geführt hat. Er war fünf Jahre lang unterwegs, um alles dafür zu tun, dass diese kommunale Verwaltungsreform jetzt erfolgreich in die Umsetzung gehen kann.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ich glaube, wir können stolz darauf sein: Planungszellen, Bürgerkongresse, mehr als 10.000 Menschen in diesem Land, die wir direkt befragt haben. Wir haben das Internet eingesetzt. Wir haben die größte Bürgerbeteiligung bei einer kommunalen Verwaltungsreform in Deutschland auf den Weg gebracht. Ich möchte noch einmal daran erinnern. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Ich glaube, das zeigt auch den Weg, wie wir Akzeptanz gesucht haben.

Ich persönlich habe in den letzten Jahren dieses Projekt begleiten dürfen und sehe, dass meine Heimatverbandsgemeinde Braubach und die Nachbarverbandsgemeinde Loreley wahrscheinlich in einigen Wochen auch mit ihren Bürgermeistern anwesend sein werden. Wir haben mit Cochem schon einen Erfolg umgesetzt. Es war richtig, diese freiwilligen Gebietsänderungen so anzulegen. Heute ist die erste Maßnahme dieses Gesetzes auf den Weg gebracht.

Mein Damen und Herren, ich möchte noch einmal die Gründe nennen, warum wir dieses Gesetz so ausgestaltet haben:

1. die demografischen Veränderungen,
2. die Situation der öffentlichen Finanzen,
3. neue Möglichkeiten, Verwaltung zu erreichen,
4. Aufgabenveränderungen.

Ich möchte ausdrücklich unterstreichen, das, was Ende der 60er-, Anfang der 70er-Jahre in Rheinland-Pfalz als Idee geboren wurde, nämlich die Verbandsgemeinde, war eine gute Idee. Die damaligen politischen Führer, Herr Dr. Helmut Kohl und Jockel Fuchs, haben sich gemeinsam dieser Aufgabe gestellt und diese Idee kreiert.

Ein Vorgänger von mir als Ortsbürgermeister – Herr Ministerpräsident, ich glaube, Sie kennen ihn noch sehr gut –, Herr Willi Diel, war als Abgeordneter in dem ent-

sprechenden Ausschuss. Er hat immer wieder betont, wie gut und wie richtig es war, dass die beiden in der Kommunalpolitik sehr stark verankerten Parteien gemeinsam versucht haben, eine Kommunal- und Verwaltungsreform auf den Weg zu bringen.

Wir haben dem Grunde nach neue Verwaltungen beschrieben. Uns war es immer wichtig, dass dies Verwaltungen mit Gesicht sind, also Verwaltungen, bei denen man die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch erleben kann, in denen man sie noch erreichen kann, in denen man noch Kenntnis und Heimatgefühl in seiner neuen Verwaltung, in seiner Verbandsgemeinde oder verbandsfreien Gemeinde hat.

Ich möchte noch einmal daran erinnern, wir waren uns auch mit der CDU dem Grunde nach einig, dass die Zahlen 10.000 und 12.000 die Beschreibung der Untergrenze gemeinsam darstellen sollen. Michael Hörter als innenpolitischer Sprecher hat das ausdrücklich betont.

Ich möchte noch einmal deutlich machen, wenn wir diese Herkulesaufgabe stemmen wollen, eine Kommunal- und Verwaltungsreform so durchzuführen, wie es im ersten und zweiten Gesetz beschrieben ist, weil wir die Zukunftsfähigkeit für unsere Gemeinden organisieren wollen, aber dort, wo man Überzeugungsarbeit leisten muss, weil die Freiwilligkeitsphase nicht aufgegriffen wird und wir dann über ein Landesgesetz diese Zukunftsfähigkeit gestalten müssen, ist es, lieber Alexander Licht, nicht möglich, dies nach dem Motto zu machen, allen wohl und keinem weh. Es wird nicht gehen, dass wir nur warten, ob alle freiwillig die Hand heben. Es sind nicht alle so vernünftig und so verantwortungsvoll wie die Bürgermeisterin und die Bürgermeister, die hier anwesend sind, die ihre Ratsmitglieder vertreten, die einstimmige Ratsbeschlüsse herbeigeführt haben.

Wir wissen, dass es ein starkes Beharrungsvermögen oftmals gegen jede Vernunft gibt. An der Stelle wird der Landesgesetzgeber entscheiden müssen. Wir aus dem Innenministerium werden dann auch die entsprechenden Vorschläge unterbreiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mir begegnet immer wieder der Hinweis, ob wir es denn ernst meinen. Ja, natürlich meinen wir es ernst. Herr Köbler hat auf die Koalitionsvereinbarung hingewiesen. Wir meinen es deswegen ernst, weil wir unsere Gemeinden zukunftsfähig aufstellen wollen. Von daher habe ich mir erlaubt, erneut die Verbandsgemeinden im Land anzuschreiben und noch einmal darauf hinzuweisen, was das erste und zweite Gesetz bedeuten. Es kann sein, dass die eine oder andere Vorlage tief in einer Schublade verschwunden und vielleicht bei den Ratsmitgliedern so gar nicht mehr angekommen ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte die ganze Diskussion nicht noch einmal aufgreifen, aber noch zu etwas Stellung zu nehmen, weil es sehr aktuell ist. Herr Licht, Sie haben behauptet, die Landesverwaltung habe sich nicht geändert. Was habe ich von Ihnen zur Reform der Forstverwaltung, zur Straßenverwaltung, zur Gesundheitsverwaltung, zu den Mittelbehörden, schon in den 90er-Jahren zur Polizeiorganisationsreform

vernommen? Heute so etwas zu behaupten, wo ich gestern eine Reform vorgestellt habe,

(Licht, CDU: Sie machen mehrere Aufgüsse!
Es geht um einen Guss!)

bei der wir 500 Arbeitsplätze abbauen, bei der wir elf Ämter des Landes verändern und an den Standorten auflösen, erscheint mir schon ein wenig unverfroren. Ich glaube, man sollte das wirklich noch einmal überlegen. Ich sehe auf der Tribüne Frau Claus vom Deutschen Gewerkschaftsbund, die es kritisch begleitet, wenn wir Veränderungen, die auch das Personal betreffen, durchführen müssen.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen im geschäftsführenden Vorstand Ihrer Fraktion in dieser Woche angeboten, lassen Sie uns die nächsten Schritte, die notwendig sind, gemeinsam angehen, also die Frage, wie gehen wir mit den Landkreisen um, die Frage der Stadt-Umland-Beziehungen, die Frage der großen kreisfreien Städte und ob es zwischen Nord und Süd ausgewogen verteilt ist. Das alles ist eine große Aufgabe. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir an der Stelle versuchen würden, uns in den Zielen sehr einig zu nähern.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank.

Wir kommen nun zur unmittelbaren Abstimmung über den Gesetzentwurf – Drucksache 16/217 – in zweiter Beratung, da die Beschlussempfehlung die unveränderte Annahme empfiehlt. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke schön. Das war einstimmig.

Wir kommen nun zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Vielen Dank. Das war einstimmig. Somit ist der Gesetzentwurf angenommen.

Herzlichen Glückwunsch, Frau Bürgermeisterin, und die Herren Bürgermeister.

(Beifall im Hause)

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

**Erstes Dienstrechtsänderungsgesetz zur
Verbesserung der Haushaltsfinanzierung
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/281 –
Erste Beratung**

Ich erteile Herrn Finanzminister Dr. Kühl das Wort.

Dr. Kühl, Minister der Finanzen:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung bringt heute das Erste

Dienstrechtsänderungsgesetz zur Verbesserung der Haushaltsfinanzierung in diesem Hause ein. Der Name macht es deutlich. Dieses Gesetz ist, ich betone es, ein wesentliches Element auf dem Weg zur Einhaltung der Schuldenbremse in diesem Land.

Wir haben es in der Koalitionsvereinbarung angelegt und dort festgelegt, dass wir im Sinne des Konsolidierungskonzeptes, also des Konzeptes, das versucht, zusätzliche zukünftige Einnahmen- und Ausgabenströme zu antizipieren, 1,2 Milliarden Euro bis 2016 gegenüber 2011 einsparen.

Dieses Gesetz dient gleichzeitig dazu, die alte Verfassungsgrenze, die noch bis 2020 gültig ist, und die neuen Anforderungen des strukturellen Defizits einzuhalten.

Der rheinland-pfälzische Landeshaushalt enthält ca. 40 % Personalausgaben. Insofern ist klar, dass ein Konsolidierungsprozess sich an den Personalausgaben ausrichten muss. Man hat grundsätzlich zwei Möglichkeiten, entweder die Zahlfälle zu reduzieren oder die Kosten pro Zahlfall zu verändern. Wir haben in der Koalitionsvereinbarung festgelegt, dass wir zum Teil aufgrund der demografischen Situation und aufgrund eines organisatorisch-technischen Fortschritts, beispielsweise bei den Katasterämtern, den Grundbuchämtern oder den Finanzämtern, vorhaben, in den nächsten fünf Jahren Zahlfälle zu reduzieren. Mit diesem Gesetz wollen wir die Kosten pro Zahlfall in Grenzen halten und im Griff behalten.

Es geht uns mit diesem Gesetzentwurf keinesfalls nur um Kürzungen, sondern – Sie haben das dem Gesetzentwurf entnehmen können – er enthält auch quantitative und qualitative Verbesserungen.

Das auffälligste Merkmal dieses Gesetzes ist zweifellos die Festlegung, dass in den nächsten fünf Jahren die Gehälter der Besoldungs- und Versorgungsempfänger um jeweils 1 % ansteigen sollen. Es ist vorgesehen, die Besoldung und Versorgung der Beamtinnen und Beamten im Zeitraum von 2012 bis 2016 jährlich um 1 % zu erhöhen. Für Angehörige der Besoldungsgruppen B, C 4, W 3 und R 3 soll dies jeweils zum 1. Juli erfolgen. Im Übrigen – dies ist der erste Ausdruck einer sozialen Staffelung – soll dies für die A-Besoldung ein halbes Jahr früher erfolgen. Hinzu kommt, dass Beamtinnen und Beamte bis Besoldungsgruppe A 8 einen Sockelbetrag ab 2012 in Höhe von 17 Euro erhalten. Dieser Sockelbetrag dient ebenfalls als soziale Komponente. Er dient dem Ausgleich möglicher Härten aus der Kumulation verschiedener Einzelregelungen.

Diese Regelung, dass wir über fünf Jahre 1 % erhöhen, wird heftig diskutiert. Wir haben im Vorfeld, bevor wir diese Festlegung im Gesetzentwurf getroffen haben, das Pro und Kontra gegeneinander abgewogen. Wir haben uns die Frage gestellt, ob möglicherweise rheinland-pfälzische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei fünfmal 1 % Reallohn Lohneinbußen in den kommenden Jahren hinnehmen müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die geäußerte Befürchtung, dass eine Anpassung von jeweils 1 % in den kommenden fünf Jahren dazu führt, dass die öffent-

lich Bediensteten hinter der allgemeinen Gehalts- und Lohnentwicklung zurückbleiben, bedarf einer genaueren Betrachtung. Preis- und Gehaltsentwicklungen laufen im Konjunkturverlauf nicht parallel. Erst über einen vollständigen Konjunkturverlauf lässt sich beurteilen, wie Gehaltssteigerungen und Preisanstieg zueinander stehen.

Schaut man sich die Preisentwicklung der Konsumausgaben der privaten Haushalte bis 2016 an – das ist wichtig –, so wie sie die Bundesregierung in ihren Analysen festlegt, und nimmt die Jahre 2009 bis 2011 hinzu, um einen üblichen Konjunkturzyklus von sieben Jahren abzubilden, dann führt eine jährliche 1 %ige Bezügeanpassung in den nächsten fünf Jahren nach den hohen Steigerungen in den Krisenjahren 2009 und 2010 – dort hat der öffentliche Dienst bewusst antizyklisch gehandelt und hohe Besoldungssteigerungen in Kauf genommen – dazu, dass die Preise bei den Konsumausgaben und das Besoldungsniveau über den vollen Konjunkturzyklus nach heutiger Prognose in etwa gleich stark sind.

Eine andere wichtige Frage, die man sich stellen muss, wenn man eine solche Festlegung trifft, ist die Frage, ob möglicherweise rheinland-pfälzische Beamtinnen und Beamte von der durchschnittlichen Besoldung in den anderen Bundesländer abgekoppelt werden. Resultieren daraus möglicherweise Nachteile für das Land im Wettbewerb um die Rekrutierung geeigneten und guten Personals?

Darauf können wir eine Antwort geben. Andere Länder haben sich, beispielsweise in diesem Jahr Bayern und das Saarland mit Nullrunden, entschieden, nicht den Tarif 1 : 1 zu übernehmen. Sie wissen, dieses Parlament hat in der letzten Sitzung ein Gesetz verabschiedet, das die volle Übernahme für 2011 vorsieht. Im nächsten Jahr werden Länder, beispielsweise Baden-Württemberg und Hessen, den Tarif nicht 1 : 1 übernehmen.

Wichtiger erscheint mir fast eine andere Argumentation zu sein. Wenn man sich fragt, zu welchen Auswirkungen die Veränderungen führen, dann muss man sich auch fragen, wie die Ausgangsposition ist. Man muss sich in der Ausgangsposition die Besoldung der sogenannten Eckbeamten anschauen. Das sind die Beamten, auf die sich Bund und Länder in den einzelnen Laufbahngruppen verständigt haben, um sich miteinander vergleichen zu können. Jeweils ein typischer Beamter wurde für jede Besoldungsgruppe festgelegt. Man kann feststellen, dass Rheinland-Pfalz in allen Besoldungsgruppen vom einfachen über den mittleren bis hin zum gehobenen und höheren Dienst in der Ausgangssituation in der Spitzengruppe liegt.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Mit oder ohne Weihnachtsgeld?)

– Im Grundgehalt der Beamtinnen und Beamten.

Wenn Sie sich anschauen, wo Rheinland-Pfalz besonders gut liegt, dann können Sie erkennen, dass wir besonders gut im einfachen und mittleren Dienst sind, aber immer noch auf Rang vier und fünf im gehobenen und höheren Dienst liegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese soziale Differenzierung ist kein Zufall, sie ist bewusst gewählt und in der Vergangenheit von uns so gewollt worden.

Man kann sich anschauen, welche Länder vor Rheinland-Pfalz in der Grundgehaltstabelle liegen. Das sind durchgehend Baden-Württemberg und Bayern. Das dürfte angesichts der Finanzkraft dieser Länder nicht überraschen. Im gehobenen und höheren Dienst ist es das Land Hessen.

Es kann uns niemand vorwerfen, dass wir uns zusa- gen niedriger als unsere relative Finanzkraft in der Ver- gangenheit bemüht hätten, unsere Beamtinnen und Beamten zu besolden. Wenn wir jetzt die Wochenar- beitszeiten dazu nehmen, dann können wir erkennen, dass alle Länder, von denen ich eben gesagt habe, dass sie ein höheres Grundgehalt als Rheinland-Pfalz zahlen, gleichzeitig eine höhere Wochenarbeitszeit haben. Das bedeutet nichts anderes, als dass die relative Position von Rheinland-Pfalz sich verbessert, wenn man die Gehaltszahlung auf die Wochenarbeitszeit bezieht.

Ein Weiteres kommt hinzu. Es ist für Beamtinnen und Beamte natürlich nicht gleichgültig, ob sie in einem Land, wenn sie eine bestimmte Tätigkeit ausüben, in der Besoldungsgruppe A 6, A 7, A 10 oder A 11 eingruppiert werden. Ich nenne Ihnen das Beispiel der zweigeteilten Laufbahn. Diese gibt es natürlich nicht in allen Bundes- ländern. Das gilt beispielsweise in Rheinland-Pfalz für die Polizei. Wir könnten an dieser Stelle auch Beispiele aus anderen Verwaltungen nennen. Die Beamtinnen und Beamten werden in Rheinland-Pfalz eher überproportio- nal gut als unterhalb des Durchschnitts bezahlt.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, von daher gesehen können wir mit Selbstbewusstsein sagen, dass wir aus einer guten Ausgangsposition – wie ich finde – eine angemessene und vernünftige und auf Planungssicherheit ausgerichtete Regelung für die Be- diensteten des Landes, aber auch für den Landeshaus- halt mit diesem Gesetz etablieren wollen.

Was bedeutet es für den Landeshaushalt? – Das ge- samte Gesetz wird in Relation zu dem Konsolidierungs- konzept, das versucht, zusätzliche künftige Bedarfe zu antizipieren, einen Konsolidierungswert von 180 Millio- nen Euro im Jahr 2016 gegenüber dem Jahr 2011 errei- chen. Das sind ungefähr 15 % des Konsolidierungsvol- umens, das wir bis zum Jahr 2016 erreichen wollen. Der Löwenanteil kommt aus der „5 x 1-Regelung“ zwischen 130 und 140 Millionen Euro. Wer die nicht will, muss sagen, warum wir es zur Konsolidierung nicht benötigen oder an welcher anderen Stelle er es holen will.

Ich möchte auf einen zweiten Bereich eingehen, auf den Familienzuschlag. Wir werden in Zukunft den Familien- zuschlag für Verheiratete ohne Kinder kürzen und wer- den zugunsten der Familien mit Kindern umverteilen. Das ist eine bewusste familienpolitische Veränderung, von der wir glauben, dass sie auch dem Gedanken dient, dass Beamtinnen und Beamte in einer frühen Lebensphase einen höheren Finanzbedarf haben. Darü- ber waren wir uns alle gemeinsam schon einmal vor ein

paar Jahren einig, als die Dienstaltersstufen entspre- chend verändert wurden.

Im Übrigen wird das für diejenigen, die als Verheiratete ohne Kinder Geld verlieren, mit einer Ausgleichszulage versehen, sodass sie nicht in die Situation geraten, dass sie im Bruttoeinkommen so lange einen Verlust erleiden, bis sie das durch die entsprechenden Besoldungserhö- hungen aufgefangen haben. Der Konsolidierungseffekt dieser Maßnahme wird im Jahr 2016 gegenüber 2011 18 Millionen Euro pro Jahr betragen.

Ein weiterer Punkt innerhalb dieses Gesetzes ist die monatliche Zahlung für Wahlleistungen, die wir von 13 Euro auf 26 Euro erhöhen müssen. Das ist eine freiwillige Leistung der Bediensteten, die in vielen Bundeslän- dern abgeschafft ist und die deutlich unter dem liegt, was ein Beamter oder eine Beamtin zahlen müsste, wenn er eine entsprechende Wahlleistungsversicherung bei einer privaten Krankenkasse abschließen wollte.

Ein weiterer Punkt ist im Bereich der Beihilfe die Verän- derung der Einkommensgrenze für Ehegatten, die Ein- kommenshöhe, die sie erreichen dürfen, um noch mit- versichert zu sein. Dort folgen wir dem hessischen Bei- spiel und verändern die Grenze auf rund 8.000 Euro. Das ist die Grenze, die auch im steuerlichen Grundfrei- betrag angesetzt wird. Das ist unseres Erachtens eine vernünftige Lösung. Für diejenigen, die dort in eine schwierige Situation kommen könnten, gibt es eine drei- stufige Härtefallregelung, mit der wir glauben, dass wir entsprechende Härtefälle tatsächlich verhindern können.

Wir haben des Weiteren in diesem Gesetz geregelt, dass wir die Versorgungsrücklage, die seit 1999 gebildet wird, in diesen Konsolidierungsprozess bis 2020, in dem die Versorgungszahlung aufgrund ihrer überproportiona- len Steigerung – dafür ist diese Versorgungsrücklage ehemals gebildet worden – schwierig wird, integrieren. Wir werden durch entsprechende Haushaltsvermerke und dadurch, dass wir den Beirat, den es heute schon gibt, zusätzlich damit betrauen, dass er überwacht, si- cherstellen, dass das Geld auch für Versorgungsausga- ben verwendet wird. Dadurch werden wir sicherstellen, dass es hier keine der von manchen befürchtete Zweck- entfremdung der Mittel gibt.

Weitere Maßnahmen – ich habe es angedeutet –: Es gibt an vielen Stellen dieses Gesetzentwurfs qualitative und quantitative Verbesserungen. Ich möchte nur drei nennen. Wir werden die Altersteilzeit weitere fünf Jahre für Lehrerinnen und Lehrer im Land zulassen. Wir wer- den rückwirkend die Gleichstellung gleichgeschlechtli- cher Partnerschaften bezüglich Besoldung und Versor- gung herstellen, und wir werden die Mitbestimmungs- rechte der wissenschaftlichen und künstlerischen Hilfs- kräfte an den Hochschulen deutlich verbessern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein solches Gesetz, das auf der einen Seite fiskalischen Bedürfnis- sen, auf der anderen Seite aber natürlich auch den be- rechtigten Interessen der Bediensteten Rechnung tragen soll, kann immer nur ein Kompromiss sein. Wir wissen das Engagement und die Leistung unserer Beamtinnen und Beamten zu schätzen, und wir glauben, dass man nach fünf Jahren sagen können wird, wenn man bei-

spielsweise erkennt, wie Tarifsteigerungen in den nächsten Jahren aussehen und wie sich das Gehaltsgefüge in anderen Bundesländern entwickelt, dass wir diesem Anspruch gerecht geworden sind.

Ich möchte abschließend den Verbänden des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Deutschen Beamtenbundes für konstruktive Gespräche danken. Wir hatten konstruktive Gespräche im Vorfeld des Gesetzgebungsverfahrens sowie während des regierungsinternen Gesetzgebungsverfahrens. Manches, was in diesem Gesetz drinsteckt, und manches, was nicht drinsteckt, ist auf diese Gespräche zurückzuführen.

Es waren zum Großteil Gespräche, die man in Offenheit und sozusagen nicht über Presseerklärungen geführt hat, weil das ein guter Weg ist, um einen gemeinsamen Nenner festzustellen. Ich will niemanden vonseiten der Gewerkschaften für dieses Gesetz in Mithaftung nehmen, sondern möchte sagen, dass wir wertvolle Anregungen bekommen haben, wo man, wenn man ein gegebenes fiskalisches Ergebnis erreichen will, eher etwas tun sollte und wo man eher etwas lassen sollte. Das war für mich als zuständigem Fachminister bei der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung durchaus hilfreich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, hilfreich fände ich es allerdings, wenn auch Sie dieses Gesetz konstruktiv begleiten würden. Meine Damen und Herren, bisher war es bei finanzpolitischen Debatten in der letzten Legislaturperiode so, dass Sie in der Regel gesagt haben: Das, was ihr macht, das taugt nichts. Da sagen wir einmal Nein. – Ich habe aber nie etwas gehört, wie Sie es anders machen wollen. Das hat sich auch bei den ersten beiden finanzpolitischen Debatten in dieser Legislaturperiode so fortgesetzt. In dieser Legislaturperiode ist etwas neu.

(Heiterkeit bei dem Abg. Dr. Weiland, CDU)

– Herr Dr. Weiland, Sie lachen. Ich habe das schon gemerkt. Neu ist in dieser Legislaturperiode, dass es am Ende einer finanzpolitischen Debatte immer noch einmal so etwas wie ein emotionales Echauffieren von Ihnen, Herr Dr. Weiland, gibt. Das ist zum Teil spaßig. Zum Teil wirkt es ein bisschen aufgesetzt. Im Ergebnis führt es aber auch nicht dazu, dass wir einen konstruktiven Vorschlag von Ihnen erfahren haben. Meine Bitte lautet also, seien Sie innovativ. Es ist relativ einfach. Sie müssen sich und uns die Frage beantworten: Halten Sie für eine Konsolidierung im Sinne der Schuldenbremse, die wir gemeinsam verabschiedet haben, Einsparungen im finanziellen Dienstrecht für erforderlich?

Wenn Sie es nicht für erforderlich halten, dann sagen Sie uns, warum nicht, weil wir doch nicht so viel konsolidieren müssen, oder sagen Sie uns, wo anders wir es konsolidieren sollen. Wenn Sie der Meinung sind, Einsparungen im finanziellen Dienstrecht sind notwendig, dann sagen Sie uns, in welcher Höhe und wo. Ich glaube, dann bekommen wir eine konstruktive und zu einem vernünftigen Ergebnis führende Diskussion in den Ausschussberatungen. Ich bin gespannt, ob Sie dazu in der Lage sind.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –

Ramsauer, SPD: Das hören wir jetzt gleich!)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank.

Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Henter das Wort.

Abg. Henter, CDU:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, Sie haben eine Menge Fragen an uns gestellt. Herr Minister, Sie werden eine Antwort auf Ihre Fragen bekommen, wenn wir die Ausschussberatungen mit Anhörung der Gewerkschaften und Verbände durchgeführt haben.

(Beifall der CDU –

Zuruf von der SPD: Da sind wir aber gespannt!)

Die CDU wird hiermit beantragen, dass eine Anhörung im federführenden Haushalts- und Finanzausschuss – wenn es geht unter Beteiligung des Innenausschusses – stattfindet, wir die Ausschussberatungen abwickeln, und dann werden wir hier letztendlich unsere Antworten geben.

(Beifall bei der CDU)

Herr Minister, Sie haben den Gesetzentwurf im Großen und Ganzen in allen Details vorgestellt. Deswegen kann ich mich auf die wesentlichen Grundzüge beschränken. Der Hauptteil, der auch zu den größten Diskussionen führt, ist die Anpassung der Bezüge der Beamtinnen und Beamten, der Richterinnen und Richter sowie der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger für die Jahre 2012 bis 2016 um jeweils 1 %, zusätzlich die 17 Euro für die Gehaltsgruppen A 2 bis A 8 des einfachen und mittleren Dienstes.

Hinzu kommt im Gesetzentwurf eine Umschichtung des Familienzuschlags. Da ist allerdings – das muss man anführen – eine Ausgleichszulage vorgesehen. Hiermit wollen Sie 18 Millionen Euro jährlich einsparen.

Dann haben Sie eine Streichung der vermögenswirksamen Leistungen vorgesehen. Das soll 3,5 Millionen Euro erbringen. Bei der Beihilfe erhöhen Sie diese Wahlleistungen von 13 auf 26 Euro, und bei den Ehegattinnen und Ehegatten werden Sie die Grenze für die Beihilfe von 20.000 auf 8.000 Euro senken wollen. Die Stufe 11 der Grundgehaltssätze der Besoldungsgruppe A soll von vier auf fünf Jahre gestreckt werden. Es sind Altersteilzeitregelungen vorgesehen und vieles mehr.

Sie haben Gespräche mit den Verbänden geführt. Das liegt uns im Gesetzentwurf vor. Sowohl Beamtenbund, DGB, Richterbund als auch die kommunalen Spitzenverbände haben Ihnen gegenüber Äußerungen abgegeben. Als erstes ist der Name „Erstes Dienstrechtsände-

rungsgesetz“ angeführt worden. Man befürchtet also weitere Dienstrechtsänderungsgesetze. Das ist nicht getragen von großem Vertrauen in Ihre Landesregierung von den Berufsorganisationen.

(Beifall der CDU)

Die Berufsorganisationen haben angeführt, dass die Attraktivität des Arbeitsplatzes in der Verwaltung leide. Man sieht Schwierigkeiten bei der Gewinnung des Nachwuchses auf uns zukommen und sieht die Funktionsfähigkeit der Verwaltung gefährdet. Die kommunalen Spitzenverbände, die nicht in erster Linie Arbeitnehmervertreter sind, haben sich in dieser Form den Bedenken angeschlossen. Die Bezügeanpassung wird zum Teil wieder aufgezehrt durch die anderen Inhalte dieses Gesetzes, die Sie jetzt angeführt haben, sodass wir nicht von 1 % Bezügeerhöhung sprechen.

Dann wird von den Berufsorganisationen kritisiert, dass für eine fünfjährige – in Anführungszeichen – dünne Bezügeanpassung der Begriff „Planungssicherheit“ gewählt wurde. Weiterhin wird eine Vorfestlegung auf fünf Jahre kritisiert, und es wird angeführt, wenn man die Inflation, die wir voraussichtlich haben werden, berücksichtigt, die rheinland-pfälzischen Beamtinnen und Beamten sich in diesen Jahren wahrscheinlich sogar Minusrunden ausgesetzt sehen.

(Beifall der CDU)

Dann führen die Berufsorganisationen an, seit 1997 seien die Monatseinkommen der Beamtinnen und Beamten gegenüber dem produzierenden Gewerbe und dem Dienstleistungsbereich um 13 bis 16 Prozentpunkte zurückgeblieben.

Gemäß § 14 Bundesbesoldungsgesetz in Verbindung mit § 1 Abs. 2 des Landesbesoldungsgesetzes und § 70 Beamtenversorgungsgesetz sind die Besoldung und die Versorgungsbezüge entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse und unter Berücksichtigung der mit der Dienstaufgabe verbundenen Verantwortung regelmäßig anzupassen. Das ist ein Auftrag.

Jetzt ist die Frage: Was versteht man unter allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen? – In diesem Rahmen ist bestimmender Faktor die Entwicklung der Einkommen der Beschäftigten innerhalb und außerhalb des öffentlichen Dienstes. Dabei kommt der Gehaltsentwicklung der Beschäftigten innerhalb des öffentlichen Dienstes eine besondere Bedeutung zu.

Jetzt gestehe ich Ihnen auch zu, dass der Dienstherr nach allgemeiner Auffassung und aller Rechtsprechung nicht verpflichtet ist, die Tarifergebnisse spiegelbildlich zu übertragen. Aber wir wären wenigstens froh, Sie würden das Ergebnis der Tarifverhandlung einmal abwarten.

(Beifall der CDU)

Dann könnten wir hier im Landtag entscheiden: Wie übernehmen wir zeitversetzt in reduzierter Form? – Sie geben aber einseitig die Gehaltsentwicklung der Beam-

tinnen und Beamten vor, bevor überhaupt die Tarifverhandlungen für die Jahre 2013 bis 2016 abgeschlossen sind. Da sehen wir rechtliche Bedenken, und wir sehen auch aus sozialen Gründen Bedenken. Wir haben Beamtinnen und Beamte, die nicht nur im höheren Dienst sind, sondern wir haben auch Beamtinnen und Beamte des mittleren Dienstes, und wir befürchten, dass sie von der Einkommensentwicklung abgekoppelt werden können.

(Beifall der CDU)

Beamtinnen und Beamte haben einen Anspruch auf eine faire, gerechte und leistungsangemessene Vergütung. Artikel 33 Abs. 5 Grundgesetz normiert die Pflicht des Gesetzgebers, also des Dienstherrn, zur Gewährung einer amtsangemessenen Besoldung und Versorgung. Dieses Alimentationsprinzip gehört zu den Grundsätzen des Berufsbeamtentums.

Bei der Festlegung der Bezüge der Beamtinnen und Beamten sind auch – ich habe es eben erwähnt – die allgemeinen finanziellen Verhältnisse zu berücksichtigen. Dieses Tatbestandsmerkmal stellt in erster Linie auf die Situation der Staatsfinanzen ab. „Festzuhalten bleibt folglich, dass auch die Haushaltslage des Landes und seiner kommunalen Gebietskörperschaften über den Umfang von Bezügeerhöhungen zumindest mitbestimmt.“ So die Begründung auf Seite 51 des Gesetzentwurfs.

Es drängt sich hier allerdings der Verdacht auf, dass die allgemeinen finanziellen Verhältnisse nicht nur mitbestimmend waren, sondern in erster Linie alleinbestimmend. Allein die Kassenlage des Landes ist Ausdruck dieses Gesetzentwurfs und nicht die Sorge um die Beamtinnen und Beamten.

(Beifall der CDU)

Auch hier fragen wir uns, warum Sie sich der Flexibilität begeben. Warum begeben Sie sich der Flexibilität, die Tarifverhandlungen 2013, 2014, 2015 abzuwarten, zudem die Einnahmensituation des Landes abzuwarten, die Sie auch heute noch nicht bis zuletzt prognostizieren können? Deshalb ist es allgemein guter Brauch – deshalb haben wir in diesem Lande eine Tarifautonomie und Tarifverhandlungen –, dass man Tarifverhandlungen abwartet, weil man dann flexibel reagieren kann. Deshalb haben wir große Bedenken in dieser langfristigen Festlegung.

Herr Minister, Sie haben eben von den sogenannten Eckbeamten und davon gesprochen, dass Rheinland-Pfalz da gut liegen würde. Sie haben natürlich nicht ausgeführt oder verschwiegen, dass dazu auch gehört, wann Arbeitszeitverlängerungen in Kraft gesetzt worden sind. Die sind in Rheinland-Pfalz früher in Kraft gesetzt worden als in anderen Ländern. Also hat der rheinland-pfälzische Beamte oder die Beamtin gegenüber anderen Bundesländern schon Vorleistungen erbracht.

Ich will Ihnen einmal ein paar Sparmaßnahmen vortragen, die die rheinland-pfälzischen Beamtinnen und Beamte seit 1997 über sich ergehen lassen mussten:

- die Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit um ein- einhalb Stunden seit 1997 für alle Beamtinnen und Beamten in Rheinland-Pfalz ohne Gehaltsausgleich,
- Nullrunde ab der Besoldungsgruppe A 10 im Jahr 2000,
- erneut abgekoppelte und verzögerte Gehaltserhöhungen im Jahr 2003,
- Absenkung des Versorgungsniveaus von 75 % auf 71,75 %,
- Kürzung der Hinterbliebenenversorgung von 60 % auf 55 %,
- keine Beförderung im Jahr 1997, keine Beförderung im Jahr 2003,
- Einfrieren der jährlichen Sonderzuwendung auf den Stand von 1993,
- Einführung einer gestaffelten Kostenbeteiligung bei Beihilfen zwischen 100 und 750 Euro; monatlich macht das meist zwischen 12,50 und 37,50 Euro aus,
- Abschaffung der Jubiläumszuwendung,
- Kürzung des Weihnachtsgeldes 2003 auf 70 %, Kürzung des Weihnachtsgeldes ab 2004 auf 50 %,
- Wegfall des Urlaubsgelds ab Besoldungsgruppe A 9, Kürzung auf 200 Euro bis Besoldungsgruppe A 8,
- Besoldungsnullrunde 2005, Besoldungsnullrunde 2006.

Herr Minister, wenn Sie also Bayern anführen, diese Nullrunden haben wir alle schon hinter uns, 2005 und 2006 gegen den Widerstand der CDU-Landtagsfraktion.

(Beifall der CDU –

Ministerpräsident Beck: Das ist nicht wahr!)

Sie haben doch sonst immer ein Herz für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Herr Ministerpräsident. Warum nicht für die Beamtinnen und Beamten?

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

- Nullrunden 2007 und 2008 bei der Versorgung für vier Fünftel der Betroffenen,
- Anpassung von Besoldung für vier Fünftel der Betroffenen 2007 und 2008 um jeweils 0,5 %, weit unter der Inflationsrate.

Wenn ich jetzt diese ganzen Einzeltitel nehme, die Sie eben selbst aufgeführt haben, dann kann ich feststellen, dass die Beamtinnen und Beamten in Rheinland-Pfalz wahrlich nicht zu denen gehören, die von der Landesregierung mit besonderer Gunst bedacht werden.

Wir wollen die Anhörung der betreffenden Berufsorganisationen im Haushalts- und Finanzausschuss bei

Mitberatung des Innenausschusses, werden dann die Ausschussberatung durchführen und im Plenum abschließend Stellung nehmen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank.

Ich erteile Herrn Kollegen Ramsauer das Wort.

Abg. Ramsauer, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Henter, das, was wir von Ihnen gehört haben, lässt befürchten, dass es genauso kommen wird, wie es Ihre Fraktions- und Parteivorsitzende schon gestern in ihrer Presseerklärung angekündigt hat. Sie sind dabei, sich klar zu uten, dass Sie nicht Verantwortung für einen Landeshaushalt tragen wollen, sondern bei der Linie bleiben wollen, allen wohl und niemand weh, und am Schluss ist an allem die Regierung schuld.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, wir kommen noch genauer darauf.

(Beifall bei der SPD)

Wir beraten heute ein Dienstrechtsänderungsgesetz, das – ja, es ist wahr – heißt: „Dienstrechtsänderungsgesetz zur Verbesserung der Haushaltsfinanzierung“.

Meine Damen und Herren, darum geht es wirklich. Niemand beschließt so etwas gerne, aber es ist notwendig.

Ich glaube, die CDU-Fraktion hat immer noch nicht begriffen, dass man nicht jedem alles versprechen und gleichzeitig einen Haushalt konsolidieren kann.

(Zurufe von der CDU)

Wir erleben seit Jahren von Ihnen, dass Sie, wo immer auch irgendein Fähnchen hochgezogen wird, wo irgendjemand unzufrieden ist, bei den Widersprechern sind und uns im Parlament vorhalten, wir würden nicht genügend sparen.

Wir haben eine Schuldenbremse, die uns bindet, eine Schuldenbremse, die uns noch viel stärker binden wird, als wir das im Augenblick durchführen können.

Meine Damen und Herren, eine solche Schuldenbremse verpflichtet uns.

Ich bin seit meinem 14. Lebensjahr Gewerkschaftsmitglied.

(Beifall des Abg. Steinbach, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich weiß, dass Gewerkschafter diese Dinge anders sehen und sehen müssen.

Meine Damen und Herren, aber wir tragen Verantwortung für das Ganze, für den Staat, für unseren Haushalt. Wenn man politikfähig sein will, muss man dieser Verantwortung gerecht werden. Wir haben in der Presseerklärung gestern und bestätigt heute durch Ihre Einlassung erfahren können, dass Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, immer noch nicht so weit sind.

(Vizepräsident Schnabel übernimmt den Vorsitz –
Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

– Herr Bracht, wenn Sie zu allem Ihren Senf geben müssen, müssen Sie aufpassen, dass Sie am Schluss nicht auch ein Würstchen werden.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn wir in einem Haushalt 40 % Personalkosten haben, dann kann es nicht sein, dass wir in einen Sparprozess eintreten, ohne die Personalkosten zu betrachten. Meine Damen und Herren, es kann nicht so sein, dass wir in diesem Umfang sparen und keiner merkt es. Das geht politisch nicht. Das kann vielleicht eine Opposition eine Zeit lang durchhalten. Aber Sie werden merken, dass Sie dabei unglaublich sind.

Meine Damen und Herren, wir nehmen uns in die Pflicht. Wir bemühen uns um Verlässlichkeit, und das ist auch das, was wir gerne in der Zukunft als Maßstab für unsere Politik ansehen wollen.

(Bracht, CDU: Wann fangt ihr damit an?)

Verehrte Frau Klöckner, wir wollen im Unterschied zur Bundesregierung verlässlich bleiben, im Unterschied zur CDU in Berlin und zu der dortigen Koalition, wo man gelernt hat, wie man sich mit Kehrtwendungen um 180 Grad politikunfähig macht.

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Der Finanzminister hat vorhin dargestellt, und Herr Hering hat es heute auch schon einmal deutlich gemacht, wo Ihre unglaubwürdigen Kehrtwendungen stattgefunden haben.

Wie weit Uneinigkeit in einer Koalition führt, sehen wir im Augenblick.

(Zurufe von der CDU)

Die schwarz-gelbe Koalition hat keine Mehrheit mehr. Wir sind gespannt, ob der Machtwille noch zusammenklebt. Wahrscheinlich wird man Herrn Bosbach auch noch einnorden. Aber es wird zulasten der Menschen in Deutschland gehen.

Meine Damen und Herren, eine solche Politik wollen wir nicht machen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir wollen das in Verantwortung tun, was notwendig ist.

Sie wissen natürlich, dass die Schuldenbremse mit dem, was Sie fordern, nicht einzuhalten sein wird.

Herr Henter, wenn Sie sagen, Sie wollen eine Anhörung, wir haben mit der Anhörung begonnen. Wir haben mit den Gewerkschaften gesprochen. Wir werden mit den Verbänden weiterhin im Gespräch bleiben. Selbstverständlich hat niemand etwas gegen eine Anhörung im Haushalts- und Finanzausschuss. Nur eines müssen Sie wissen, die Interessen der Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitnehmer müssen mit den Interessen des ganzen Staates im Einklang gebracht werden. Das ist ein schwieriges Geschäft. Da nützen Parolen, die populistisch wirken, verhältnismäßig wenig.

Wenn man dann, so wie Sie, ohne einen einzigen Sparvorschlag herkommt und sagt, wir werden es in die Beratungen geben, und dann werden Sie unsere Vorschläge hören, merkt man, wie gut Sie sich in dieses Thema eingearbeitet haben.

(Frau Klöckner, CDU: Beim OLG wurde
auch erst Mist gemacht!)

Ich sagte eingangs, wir nehmen uns in die Pflicht, wir bemühen uns um Verlässlichkeit. Das ist das, was wir auch unseren Beamtinnen und Beamten, unseren Pensionisten zusichern.

Meine Damen und Herren, die Schuldenbremse wird uns noch viele andere Entscheidungen abringen. Dann ist es klar, dass wir auch im Personalbereich entsprechende Maßnahmen vornehmen müssen.

(Frau Klöckner, CDU: Ministerium abschaffen!)

SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben in ihrem Koalitionsvertrag beschrieben, welche Entscheidungen uns noch bevorstehen. Darüber werden wir in den nächsten Jahren diskutieren. Dann werden wir sehen, wieweit die CDU bereit sein kann und bereit sein wird, Verantwortung für dieses Land mitzutragen.

Meine Damen und Herren, es kann keine Rede davon sein, dass die Konsolidierungspolitik auf dem Rücken der Beamtenschaft ausgetragen wird, wenn man sieht, welche Notwendigkeiten im Haushalt uns noch bevorstehen.

Zunächst bleibt aber, was dieses Gesetz anbelangt, festzustellen, dass wir Wort halten und den Tarifvertrag für 2011 1 : 1 übernehmen, was schwer genug zu finanzieren ist, aber aus unserer Sicht notwendig ist, meine Damen und Herren.

Für die Jahre 2012 bis 2016 – es ist dargestellt worden – legen wir uns mit einer Steigerung um 1 % pro Jahr fest, ergänzt mit der Sozialkomponente, die der Finanzminister vorgetragen hat, die 17 Euro für die unteren Gehaltsgruppen bis A 8 auf Kosten der B-Besoldung.

Herr Finanzminister, da war ein kleiner Versprecher. Ich möchte das auch als Betroffener nicht einklagen wollen.

Nicht vorher wird die B-Besoldung erhöht, sondern ein halbes Jahr danach.

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Das ist natürlich kein überwältigender Betrag, den wir zusichern können, aber es ist eine klare Zusage. Es ist eine klare Zusage an unsere Beschäftigten, an unsere Besoldungs- und Versorgungsempfänger und eine Größe, mit der sie rechnen können, anders als in Bayern – Sie haben darauf hingewiesen –, wo man jetzt schon, obwohl es Bayern so gut gehen soll, eine Nullrunde beschlossen hat, um uns sozusagen nachzuahmen, und keiner weiß, was dort die Zukunft bringt. Wir wollen, dass die Beamtinnen und Beamten, die Pensionisten wissen, was die Zukunft bringt. Übrigens auch anders als im Saarland, wo das genauso mit einer Nullrunde beschlossen worden ist.

Wir wollen Planungssicherheit und Verlässlichkeit. Überhaupt, wir dürfen uns gerne mit anderen Bundesländern vergleichen. Der Finanzminister hat es dargestellt. Ich will es noch einmal genauer sagen. Wenn wir die einzelnen Besoldungsgruppen betrachten, die sogenannten Eckbeamten, dann sehen wir, dass wir bei der Besoldung in der Besoldungsgruppe A 4 auf Platz 2 liegen, in der Besoldungsgruppe A 8 auf Platz 3 in der Bundesrepublik, in der Besoldungsgruppe A 10 auf Platz 5, immer noch, und in der Besoldungsgruppe A 14 auf Platz 4. Ich glaube fürwahr, das ist eine gute Bilanz, meine Damen und Herren.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Ihr habt das Weihnachtsgeld mit drin!)

– Sie wissen sehr genau, dass das Weihnachtsgeld in das Gehalt eingerechnet ist. Darüber brauchen wir uns nicht mehr zu unterhalten.

Selbstverständlich sehen das die Gewerkschaften und Verbände in Teilen anders.

Meine Damen und Herren, aber ich habe schon gesagt, es ist etwas anderes, ob ich Interessenpolitik als derjenige formuliere, der für diese Beschäftigten in die Bresche gehen muss, oder ob ich Verantwortung für das Ganze trage.

(Pörksen, SPD: Das ist nur Schönwetterpolitik!)

Wenn wir jährlich 220 Millionen Euro konsolidieren müssen und wollen, wenn wir diesen Haushalt bis 2016 um 1,2 Milliarden Euro entlasten müssen und wollen, dann bleibt neben den vielen anderen Maßnahmen auch im Personalbereich keine andere Wahl.

Wir alle werden als Abgeordnete auch einmal Pension beziehen. Viele von uns, so wie ich auch, werden als Beamte außer Dienst Pension beziehen. Wir alle hätten gerne mehr, aber wir können das in der jetzigen Zeit nicht verantworten.

Wir tragen übrigens auch alle persönlich dazu bei – das darf man bei der Beratung eines solchen Gesetzes ebenfalls sagen –, weil wir in diesem Jahr erneut eine Nullrunde für die Abgeordneten – nicht für die Beamtin-

nen und Beamten – haben werden. Ich bin mir auch ganz sicher, dass wir uns in den nächsten fünf Jahren nicht von den Besoldungserhöhungen der Beamtinnen und Beamten wegbewegen werden, weil es dafür nach meiner Meinung keine Mehrheit in diesem Haus geben wird.

Im Übrigen empfehle ich allen Kritikerinnen und Kritikern, einen Blick in die Statistiken der Konjunkturzyklen zu werfen. Dort ist erkennbar, dass ein Reallohnrückgang über die gesamte Zeitachse nicht zu verzeichnen ist. Es bleibt die berechtigte Hoffnung, dass eine solche Situation auch in den nächsten fünf Jahren eintreten wird. In der Zeit von 1988 bis 2011 ist nämlich die Entwicklung der Inflationsrate und die Entwicklung der Besoldung trotz zweier Nullrunden und trotz zweier Jahre mit einer Gehaltserhöhung um überwiegend nur 0,5 % in den meisten Gehaltsgruppen so verlaufen, dass beide Zahlen nahezu deckungsgleich sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte nicht die zusätzlichen flankierenden Maßnahmen verschweigen. Da ist zunächst die Neugestaltung des Familienzuschlags zu nennen. Ja, wir stehen dazu. Wir stehen dazu, dass Familien mit Kindern bessergestellt werden als Familien ohne Kinder. Das gehört zu unserem familienpolitischen Konzept.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir unterstützen auch die Vorlage zur Verlängerung der Vorruhestandsregelung; denn auch das passt immer noch in die politische Welt.

Wir meinen auch, dass die Änderung des Beihilferechts im Vergleich zur übrigen Arbeitnehmerschaft gerechtfertigt ist.

(Glocke des Präsidenten)

Allerdings wollen wir Hinweisen der Gewerkschaften und Verbände sowie einzelner Betroffener nachgehen und uns die Auswirkungen der Härtefallregelung noch einmal genau betrachten.

Zum Schluss möchte ich die CDU einladen – das ist sozusagen ein Lackmустest, ob sie Verantwortung für diesen Staat mitträgt –,

(Glocke des Präsidenten)

mit uns gemeinsam ein vernünftiges Gesetz zu beschließen.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schnabel:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Kollege Steinbach das Wort.

(Unruhe im Hause)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Wort hat Herr Kollege Steinbach.

Abg. Steinbach, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das, was wir heute von der CDU vorgetragen bekommen haben, war ein Stück weit zu erwarten gewesen. Minutiös wurden zum einen all die Positionen vorgetragen, die uns bereits die Verbände vorgetragen haben. Da fehlte es offensichtlich einmal mehr an eigenem kreativem Potenzial.

(Bracht, CDU: Was ist das für ein Blödsinn? –
Frau Klöckner, CDU: Was ist das für ein Blödsinn?
Das waren Fakten!)

Zum anderen wurde das Hohelied auf das deutsche Berufsbeamtentum in einer Art und Weise gesungen, dass wir meinen mussten, es wäre vom Untergang bedroht. Gleichzeitig ist aber die Frage, die vom Finanzminister vollkommen zu Recht gestellt worden ist, wie die CDU zu Konsolidierungsmaßnahmen im Personalbereich steht und welche Vorschläge sie dazu hat, unbeantwortet geblieben. Sie haben noch ein wenig Gelegenheit für eine Antwort. Wir können in den Ausschussberatungen die Details dazu besprechen. Wir nehmen die Vorschläge der CDU bzw. ihre Absage an die Konsolidierung dann gerne von dieser Stelle aus entgegen.

(Billen, CDU: Oh, gerne!)

Meine Damen und Herren, der vorliegende Gesetzentwurf ist mehr als nur die einfache Abbildung dessen, was die Beamtinnen und Beamten in dieser Legislaturperiode als Beitrag für den von dieser Koalition vereinbarten Konsolidierungskurs leisten sollen. Er ist ein zentraler Baustein für unsere politischen Vorhaben, und er bietet den Betroffenen Planungssicherheit und Verlässlichkeit.

Ich habe das in vielen Einzelgesprächen mit den Betroffenen erörtert. Ich habe das angeführt und werde das auch gerne im Landtag wiederholen: Wenn wir über eine Konsolidierung der Haushalte sprechen, heißt das auch, dass wir die Einhaltung der Zahlungsverpflichtungen in der Zukunft sichern wollen. – Die wesentlichste und größte Zahlungsverpflichtung, die dieses Land nun einmal hat und eingegangen ist, ist die Verpflichtung gegenüber den Beamtinnen und Beamten, ihre Bezüge zu bezahlen und ihre Pensionen zahlen zu können, meine Damen und Herren.

Es ist dem nicht ganz zeitgemäßen kameralen Haushaltsrechnungswesen zuzuschreiben, dass diese Verpflichtung nicht sauber bilanziell abgebildet wird. Umso mehr ist es dieser Landesregierung ein wichtiges Anliegen, dass die gerechtfertigten Ansprüche nicht unter den Tisch fallen, sondern wir sie auch in der Zukunft bedienen können.

Wenn wir heute und an dieser Stelle über die Belastungen für die beamteten Beschäftigten reden, tun wir das

auch in der Gewissheit, dass wir deren Ansprüche in der Zukunft sichern wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei der SPD)

Die Beamtinnen und Beamten sind nicht nur als ein Kostenfaktor zu betrachten, sondern sie sind eine wesentliche Stütze dabei, dass dieses Land seine Aufgaben erfüllen kann. Sie stellen ein unersetzliches Moment dar, damit dieses Land funktionieren kann. Sie sind aber gleichzeitig die größten Gläubiger des Landes.

Angesichts der brandaktuellen Debatte über die Grenze der finanziellen Leistungsfähigkeit von Staaten und über die Grenzen von Staatsverschuldung hat sich diese Landesregierung zum Ziel gesetzt, dass es für diese Gläubigergruppe keinen Haircut geben wird, sondern wir mit ihr in einem offenen und transparenten Gesetzgebungsverfahren einen angemessenen Beitrag erörtern wollen, meine Damen und Herren.

Wir wissen, dass wir den Beamtinnen und Beamten an dieser Stelle viel abverlangen, aber wir machen das mit offenem Visier und mit einem klaren Ziel. Wir wollen die Zahlungsfähigkeit dieses Landes erhalten, und wir wollen die Schuldenbremse einhalten. Dafür sind diese Maßnahmen erforderlich und keineswegs, so wie Sie das meinen, meine Damen und Herren, überflüssig oder irgendwie wegzudiskutieren.

Wir geben mit der Erhöhung um 1 % jährlich als zentralem Eckpfeiler eine verlässliche Perspektive und damit Planungssicherheit. Es ist so, wie der Herr Finanzminister das gesagt hat; denn wir stellen über lange Zeit hinweg einen Prozess dar, damit sich die Leute darauf einstellen können. Wir verzichten aber gleichzeitig ausdrücklich auf einen Kahlschlag und rein diskretionäre Maßnahmen. Wir verzichten auf die Anwendung der Rasenmähermethode.

Meine Damen und Herren, wenn Sie das Lied der gerechten Empörung singen, erklären Sie bitte auch, dass Ihre Regionalausgabe in Bayern Nullrunden zu verantworten hat. Dann erklären Sie bitte auch, dass Ihre Kolleginnen und Kollegen in Hessen für die „Operation düstere Zukunft“ verantwortlich sind. Lieber Herr Kollege Henter, wenn Sie hier so despektierlich über die Arbeitszeiterhöhungen reden, schauen Sie bitte nach Hessen. Dort arbeiten die Beamtinnen und Beamten 42 Stunden pro Woche. Das ist eine Maßnahme, auf die diese Landesregierung sehr bewusst verzichtet hat.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Dieser Gesetzentwurf ist ein Kompromiss zwischen dem einerseits Wünschbaren und dem andererseits haushaltstechnisch Machbaren; denn leider – ich gehe davon aus, diesen Vortrag muss ich an dieser Stelle nicht allzu weit ausdehnen – ist die wirtschaftliche Situation, die Haushaltssituation des Landes nach wie vor dramatisch. Sie hält nicht Schritt mit dem, was wir an wirtschaftlicher Entwicklung haben.

Wir gehen mit großer Offenheit in die Anhörung, und wir stellen uns in diesem Gesetzgebungsverfahren auch einer öffentlichen Debatte. Wir sind bereit, Anregungen und Hinweise, die uns von den Betroffenen gegeben werden, aufzunehmen. Natürlich werden wir auch versuchen – der Finanzminister hat dazu bereits einzelne Maßnahmen dargestellt –, übergroße Härten zu vermeiden.

Wir haben uns bewusst dafür entschieden, die Einbeziehung eines Sockelbetrages vorzunehmen, der eine Schlechterstellung für die unteren Besoldungsgruppen vermeidet. Wir verzögern bewusst die Besoldungsanpassungen für die höheren Besoldungsgruppen. Das alles hat für uns etwas mit sozialer Gerechtigkeit bei den einzelnen Maßnahmen zu tun, meine Damen und Herren.

Wir gehen davon aus, dass wir die Regelungen selbstverständlich auch auf die Ministerinnen und Minister, Staatssekretärinnen und Staatssekretäre übertragen werden. Herr Kollege Ramsauer hat zu Recht darauf hingewiesen, dass wir uns auch selbst als Abgeordnete in die Pflicht nehmen und uns keine bessere Stellung einräumen werden. Ich meine, darüber sollte in diesem Haus Einigkeit herrschen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Das Gesetz ist aber weit mehr als ein reiner Beitrag zum Konsolidierungspfad der Landesregierung. Dieses Gesetz führt auch zu einem Maß an zunehmender Gerechtigkeit und zu einem Abbau von Diskriminierung. Es erfüllt mich mit außerordentlichem Stolz und mit Zufriedenheit, dass wir als Koalitionspartner vereinbart haben, dass wir gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften in den Besoldungsvorschriften des Landes der Ehe gleichstellen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hiermit setzen wir ein verfassungspolitisches Gebot um und leisten einen längst fälligen Beitrag dazu, die Gleichstellung von Schwulen und Lesben auch in einem Landesgesetz von Rheinland-Pfalz zu gewährleisten. Das ist ein guter und notwendiger Schritt in Rheinland-Pfalz.

Herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat Herr Staatsminister Dr. Kühl.

Dr. Kühl, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Henter, so wird es schwer mit dem konstruktiven Dialog. Man muss schon ein bisschen bei

den Fakten und beim richtigen Zusammenrechnen von Zahlen bleiben.

Nun habe ich mir offensichtlich selbst einen Versprecher geleistet. Vielleicht war es auch ein Versprecher, als Sie gesagt haben, dass in den Jahren 2007 und 2008 Nullrunden in Rheinland-Pfalz gefahren wurden. Das war nicht so. Dann war es ein Versprecher.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Wenn Sie eine Reihe von Maßnahmen auflisten, die angeblich dazu geführt haben, dass Rheinland-Pfalz etwas viel schlimmer macht als andere Länder, dann beantworten Sie mir die Frage, weshalb wir in den Eckwertabellen auf dem zweiten, dritten, vierten und fünften Platz stehen. Wie kann das sein? Wenn Sie eine mathematische Lösung dafür haben, dann schlage ich Sie für den Nobelpreis vor.

(Pörksen, SPD: Die wird Frau Dickes
morgen vortragen!)

Sie reden von einem ersten Dienstrechtsänderungsgesetz und vermuten dahinter, dass ein zweites, drittes, viertes und fünftes zur Haushaltskonsolidierung kommt. Herr Henter, ich habe es nachgeschlagen. Sie sind Jurist.

(Pörksen, SPD: Das glaube ich nicht!)

Sie wissen, dass es immer so durchdekliniert wird. Sie haben es wahrscheinlich als Parlamentarier schon einmal mitbekommen, dass die Gesetze auf diese Art und Weise durchnummeriert werden. Ich finde, eine etwas weniger billige, sondern eher sachorientierte Auseinandersetzung würde uns guttun. Die wichtige Frage für mich ist – diese habe ich mir die ganze Zeit gestellt; Herr Schreiner, Sie haben mich freundlicherweise vorgelassen, vielleicht auch, damit Sie mir, wenn Sie nach mir reden, die Frage beantworten können, die ich an die CDU stelle –, ob wir mit dem Gesetz zu viel oder zu wenig gespart haben. Das habe ich bis jetzt nicht kapiert. Machen wir zu viel oder zu wenig?

Die Antwort, wir führen eine Anhörung durch und schauen, was die Verbände sagen, ist schwierig. Die Verbände können Ihnen sagen, ob sie wollen, dass bei der Beihilfe 1 %, 1,5 % oder 2 % genommen werden. Die Verbände haben keine Verantwortung für den Landshaushalt. Das ist in Ordnung. Das sind Gewerkschaften, die versuchen, die Interessen ihrer Mitglieder durchzusetzen.

Ich finde, deswegen macht Frau Lenz einen guten Job, wenn sie gestern Frau Klöckner zu einer Presseerklärung überredet hat und sie darauf festnagelte, dass das, was wir bei der Besoldungserhöhung machen, falsch ist. Frau Klöckner muss eine zweite Frage beantworten, nämlich wie dieser Haushalt konsolidiert werden muss. Wenn sie, um auf diese Verbandspressmitteilung zu kommen, dieses ausgeschlossen hat, muss ihre Fraktion erklären, ob Einsparungen im Dienstrecht notwendig sind, wenn ja, wo, wenn nein, weshalb nicht.

Auf diese Antworten warte ich noch immer und hoffe inständig auf Herrn Schreiner und die weiteren Beratungen im Ausschuss.

Danke schön.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schnabel:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Schreiner das Wort.

Abg. Schreiner, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Begründung der rot-grünen Landesregierung für dieses Gesetz ist die Konsolidierung. Ich möchte vor diesem Hintergrund Ihre Aufmerksamkeit auf die Seite 56 der Drucksache lenken, und zwar auf einen scheinbar harmlosen Satz. Darin geht es um die Änderung des Landesgesetzes über den Finanzierungsfonds für die Beamtenversorgung. Der Satz lautet: „Die Änderung des Gesetzes ermöglicht für den Landeshaushalt für die Haushaltsjahre ab 2012 Entnahmen zur Deckung der Versorgungsausgaben, um den zunehmenden Anstieg dieser Kosten in den kommenden Jahren abzufedern.“

Herr Minister Kühl, Sie werden deutlicher. Die 360 Millionen Euro, die in dieser sogenannten Kanther-Rücklage liegen, wollen Sie sukzessive bis 2020 zur Senkung der Nettokreditaufnahme dem Haushalt zuführen. Wenn man unterstellt, dass das jedes Jahr in gleichen Tranchen passiert, dann sind das immerhin 45 Millionen Euro jedes Jahr.

Das kritisiere ich. Ich kritisiere daran, dass Sie damit die Bürgerinnen und Bürger von Rheinland-Pfalz an der Nase herumführen. Sie verschleiern die zur Deckung des Defizits Ihrer Politik erforderliche Nettokreditaufnahme, indem Sie aus dieser Rücklage Geld zuführen.

Wenn Sie es in den Konsolidierungsplan einrechnen, dann konsolidieren Sie eben nicht, wie Sie uns glauben machen wollen, 220 Millionen Euro im Jahr, sondern nur – ich unterstelle 45 Millionen Euro im Jahr – 175 Millionen Euro Konsolidierungsbeitrag, immer unterstellt in gleichen Tranchen.

Wir haben in der Vergangenheit schon viel erlebt, was Rheinland-Pfalz mit Vermögen anstellt, wenn die Not groß ist. Der eine oder andere wird sich vielleicht noch daran erinnern, dass das Landeswohnungsbauvermögen schon schneller verramscht worden ist, als es erforderlich war. Als Stichwort nenne ich die Profit Link Perpetual. Das war eine dubiose Firma, die kurzfristig dem Landeshaushalt Geld zugeführt hat, um die Nettokreditaufnahme zu senken.

Es ist nicht nur so, dass Sie die Bürgerinnen und Bürger an der Nase herumführen. Sie führen vor allen Dingen die Beamtinnen und Beamten an der Nase herum. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Landes haben über Jahre für die sogenannte Kanther-Rücklage Verzicht geübt. Damit wurde ein echtes Vermögen gebildet.

Wenn ein Beamter in das Pensionsalter kommt, ist schlicht und ergreifend in der Rücklage, die einmal mit Geld, auf das er verzichtet hat, gebildet worden ist, nichts mehr drin. Es wird, wie es so schön heißt, früher eingesetzt werden – das ist wunderbar –, aber nicht für denjenigen, der entsprechend Verzicht geleistet hat und für den eine Versorgungsrücklage gebildet worden ist. Das heißt, wenn Sie konsolidieren, ist das wunderbar – dann haben Sie uns immer auf Ihrer Seite –, dann aber bitte richtig und ohne Taschenspielertricks.

(Hering, SPD: Wo denn? Nennen Sie doch einmal ein Beispiel!)

Konsolidierung steht bei diesem Gesetzentwurf bei dem Thema „Änderung des Finanzierungsfonds für die Beamtenversorgung“ und dem Thema „Kanther-Rücklage“ nur außen drauf. In Wahrheit ist es Ihr Versuch, die Not der Konsolidierung für die aktuelle Legislaturperiode möglichst klein zu halten und die Nettokreditaufnahme auf dem Papier zu senken. Das ist nicht das, was wir unter echter Einsicht in die Konsolidierungsbemühungen und Erfordernisse des Landes Rheinland-Pfalz verstehen.

(Pörksen, SPD: Das ist kein einziger Vorschlag!)

Das ist ein Grund mehr, weswegen wir in der Anhörung intensiv über die einzelnen Paragraphen des ersten Dienstrechtsänderungsgesetzes werden diskutieren müssen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Schnabel:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 16/281 – an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – und den Rechtsausschuss zu überweisen.

(Bracht, CDU: Können wir den Innenausschuss noch mitberatend dazunehmen?)

Den Innenausschuss auch?

(Zurufe von der SPD: Nein!)

Wenn die SPD-Fraktion mit dem Vorschlag nicht einverstanden ist, dann hat sie mit den GRÜNEN die Mehrheit. Wer der Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – und den Rechtsausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen! – Das ist einstimmig beschlossen.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

**Rechtsgrundlagen und wirtschaftlicher Einsatz
des Liquiditätspools des Landes
Antrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 16/212 –**

dazu:
**Beschlussempfehlung des Haushalts-
 und Finanzausschusses**
 – Drucksache 16/285 –

Ich erteile dem Berichterstatter, Herrn Kollegen Ulrich Steinbach, von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Abg. Steinbach, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Durch Beschluss des Landtags vom 18. August 2011 ist der Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 16/212 – an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen worden.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat den Antrag in seiner 3. Sitzung am 1. September 2011 beraten und folgende Beschlussempfehlung gefasst: Der Antrag wird abgelehnt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 und der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Ich erteile Herrn Kollegen Schreiner von der CDU-Fraktion das Wort.

Abg. Schreiner, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie haben es eben von Herrn Steinbach gehört. Der Antrag ist im Haushalts- und Finanzausschuss abgelehnt worden.

(Pörksen, SPD: Gott sei Dank!)

Seit 1997 – in diesem Jahr habe ich zum ersten Mal an diesem Pult eine Rede gehalten und meinen ersten CDU-Antrag begründet – gibt es Dinge, die sich in diesem Parlament leider nicht ändern. Damals wurde der Antrag der CDU, den ich begründet habe, natürlich auch von der SPD abgelehnt. Wenige Wochen später passierte das, was immer passiert. Dieses Mal wurde ein Antrag von der SPD-Fraktion eingebracht, der ein bisschen anders formuliert war, aber den gleichen Inhalt hatte.

Natürlich hat der Antrag dann seine Zustimmung gefunden.

Es war nicht die Größe da, nur weil die CDU ein bisschen schneller als die Regierungsfractionen war, einem Antrag der Opposition zuzustimmen.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Ich kann damit gut leben, aber mit Verlaub, Sie vergrößern damit die Politikverdrossenheit in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der CDU –
 Pörksen, SPD: Welch große Worte!)

– Ja; denn heute erleben wir genau das Gleiche, Herr Pörksen. Die CDU beantragt eine neue Rechtsgrundlage für den Liquiditätspool, der nicht von uns – Herr Pörksen, hier spielt die Musik –

(Pörksen, SPD: Im Gegensatz zu
 Ihnen höre ich aber zu!)

sondern unter Ingolf Deubel als schwarze Kasse verwendet wurde, um in der Schweiz von Urs Barandun zweifelhafte Gelder für den Nürburgring zu beschaffen. Das war der Anfang, dass wir uns mit diesem Thema beschäftigen mussten.

(Beifall der CDU)

Nun stelle ich in aller Vorsicht fest, wir haben ganz sachlich einen Antrag eingebracht. Wir haben uns bis auf diesen kleinen Seitenhieb, zu dem Sie mich eben animiert haben, sehr zurückhaltend über die Vorgeschichte des Liquiditätspool im Rahmen der Antragsberatungen geäußert. Nun stelle ich fest, dass wir uns inhaltlich überhaupt nicht mehr unterscheiden.

(Frau Klöckner, CDU: Ja!)

Was haben wir denn beantragt? Wir haben beantragt, dass wir eine gesetzliche Grundlage für den Liquiditätspool haben wollen. Das ist jetzt unstrittig. Es war zugegebenermaßen nicht immer so. Ich gehe zurück in die Vergangenheit. Als der Rechnungshof ein erstes Mal angefragt hat, was denn die Grundlage des Liquiditätspools sei, da hieß es, das sei Teil der allgemeinen Kassenbewirtschaftung der Landesregierung. Dafür brauche man keine gesetzliche Grundlage.

Als es eine Kleine Anfrage 2008 gab, gab es eine ähnliche Antwort. Aber aktuell ist die Landesregierung genau auf dem Punkt. Sie sagt, natürlich gebe es eine gesetzliche Grundlage. Darüber kann man streiten, aber die Landesregierung unterstellt, dass es eine solche über die entsprechenden Kassenkreditermächtigungen im Landeshaushaltsgesetz gibt.

Es ist unstrittig, dass wir eine gesetzliche Grundlage brauchen. Auch was in dieser gesetzlichen Grundlage steht, ist absolut unstrittig. Ich muss schon sagen, da bitte ich noch einmal, dass Sie sich unseren Text vornehmen und überlegen, über welche Fragen wir uns im Rahmen der Rechnungsprüfungskommission als Unterausschuss des Haushalts- und Finanzausschusses geeinigt haben, Fragen, über die wir in wenigen Wochen im Rahmen des Entlastungsverfahrens in diesem Parlament mit aller Wahrscheinlichkeit so beschließen werden.

Wir fordern, dass die Mittel aus dem Liquiditätspool nicht für die langfristige Finanzierung von Einrichtungen eingesetzt werden dürfen. Logisch, wenn es Kassenverstärkungskredite oder Überziehungskredite sind, kann man sich nicht jahrelang daraus finanzieren, sondern sich höchstens einmal kurzfristig daraus finanzieren.

Die entsprechende Beschlussempfehlung an den Haushalts- und Finanzausschuss lautet dann auch, dass die Landesregierung aufgefordert wird sicherzustellen, dass

die Teilnehmer am Liquiditätspool diesem nur in einem engen zeitlichen Rahmen Mittel entnehmen und für einen rechtzeitigen Ausgleich Sorge zu tragen haben. Wir sind sogar noch konkreter geworden. Wir haben den engen zeitlichen Rahmen – das sind alle Punkte des Beschlussvorschlages für das nächste Mal – gemäß § 18 Landeshaushaltsordnung definiert.

Enger kann man es nicht fassen. Dort steht nämlich schlicht und ergreifend drin, dass bis zum Juni des Folgejahres der Kredit abbezahlt sein muss. Dieser Beschluss ist in der Rechnungsprüfungskommission einstimmig gefasst worden.

(Frau Klöckner, CDU: Gute Begründung!)

Wir sind uns einig, dass wir eine entsprechende inhaltliche Festlegung haben wollen. Herr Steinbach, können Sie mir erklären, warum wir dann seitens des Hauses keine Zustimmung bekommen?

(Beifall bei der CDU)

Wollen Sie wirklich unnötig die Politikverdrossenheit erhöhen?

(Pörksen, SPD: Wegen dieser Punkte!)

Ein zweiter Punkt: Es geht darum, dass der Kreditrahmen nach einheitlichen Kriterien festgelegt werden muss. Das ist eigentlich eine Banalität, das steht aber drin, weil es in der Vergangenheit nicht so gehandhabt worden ist.

Aber auch dort sind wir uns in der Rechnungsprüfungskommission einig, SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die Landesregierung wird aufgefordert, geeignete Kriterien für die Einräumung des Kreditrahmens zu entwickeln. Wunderbar, was wollen wir eigentlich mehr?

(Steinbach, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Genau!)

Ein dritter Punkt, nur beispielhaft herausgegriffen aus unserem Antrag: An die Vergabe von Krediten aus dem Liquiditätspool wollen wir die Vorlage von Liquiditätsplänen seitens des Kreditnehmers knüpfen. Das ist eigentlich auch eine Selbstverständlichkeit. Ich möchte die Bank sehen, die jemandem Geld gibt, ohne dass dieser der Bank darlegt, welche langfristige Liquiditätsplanung er hat. Das steht da drin, weil es beim Liquiditätspool in der Vergangenheit nicht so gewesen ist, obwohl es so hätte sein müssen.

Was fordert die Rechnungsprüfungskommission? Wir fordern die Landesregierung einstimmig auf, auf die Vorlage von Liquiditätsplänen an die Aufsichtsgremien der Gesellschaften und die Beteiligungserweiterung des Landes durch die Teilnehmer am Liquiditätspool hinzuwirken.

So könnte ich Punkt für Punkt aus unserem Antrag durchgehen. Dann frage ich mich, wenn wir uns einig sind, was bleibt denn dann noch? Warum können Sie

nicht die Größe aufbringen, einmal über Ihren Schatten zu springen und zu sagen, wir stimmen dem zu?

Herr Steinbach, da Sie das in der Rechnungsprüfungskommission angesprochen hatten: Der Antrag ist solange nicht erledigt – Sie hatten gesagt, wir könnten ihn ja zurückziehen, er wäre erledigt; Entschuldigung, es war im Haushalts- und Finanzausschuss –, solange das Gesetz nicht auf dem Tisch liegt.

Das ist eine ganz formale Sache. Wir als Parlament sind der Haushaltsgesetzgeber. Wir müssen ein Gesetz verabschieden. Solange dieses Gesetz nicht verabschiedet ist, liegt es nicht vor, und solange ist unser Antrag nicht erledigt.

Wir hatten einmal vereinbart, dass wir, wenn es um grundlegende Fragen der Haushaltspolitik geht, uns um Einstimmigkeit bemühen.

(Pörksen, SPD: Haben Sie das vor?)

Wir haben in der Rechnungsprüfungskommission diese Einstimmigkeit. Deshalb würde ich Sie eindringlich bitten: Stimmen Sie dem Antrag der CDU-Fraktion zu. Herr Pörksen, das wäre ein gutes Zeichen für die Zusammenarbeit in Haushaltsfragen in der nächsten Legislaturperiode.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU –
Frau Klöckner, CDU: Sehr gut! –
Pörksen, SPD: Da müssen Sie
schon früher aufstehen! –
Baldauf, CDU: Wissen Sie überhaupt,
was ein Liquiditätspool ist? –
Pörksen, SPD: Sie?)

Vizepräsident Schnabel:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Wansch das Wort.

Abg. Wansch, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Schreiner, recht herzlichen Dank für die Begründung, die Sie eben geliefert haben, warum gerade Ihr Antrag hinfällig ist. Wenn man Ihrer Rede zuhört, kann man das direkt nachvollziehen.

(Pörksen, SPD: Hat kaum einer getan!)

Das war eine Schaufensternummer, die hier gelaufen ist.

Wenn man zu dem Thema „Liquiditätspool“ zurückkommt, dann ist das ein finanzwirtschaftliches Instrument, das – vorgeschlagen im Jahresbericht des Rechnungshofs 2001 – im Jahr 2002 auf den Weg gebracht wurde.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Seit etwa zehn Jahren ist das Instrument zugange. Es war also nicht so, dass das etwas Überraschendes ist.

(Bracht, CDU: Das, was der Rechnungshof vorgeschlagen hat, ist etwas anderes als das, was Sie jetzt machen!)

Dieses Instrument hat klare wirtschaftliche Vorteile.

Jetzt kommen wir einmal zu dem Verfahren, wie es hier von Ihnen angesprochen wurde. Der Rechnungshof hat Vorschläge gemacht, nachdem er eine Prüfung des Liquiditätspools durchgeführt hat. Sie gehen, bevor die Rechnungsprüfungskommission überhaupt die Gelegenheit hat, das Thema zu beraten, hin und bringen das als Antrag ins Plenum. Das ist ein klares Abweichen von geübten parlamentarischen Verfahrenswegen.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Pörksen, SPD: Genau so!)

An dieser Stelle blicken wir doch einmal weiter. Wo stehen wir zurzeit? Die Rechnungsprüfungskommission hat beraten, der Haushalts- und Finanzausschuss wird nächste Woche zu diesem Thema beraten. Er hat das noch gar nicht getan, und Sie wollen hier schon im Parlament das alles vorweg beschließen.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Vom Verfahrensschritt her steht das Parlament nach dem Haushalts- und Finanzausschuss als nächstes Entscheidungsgremium an. Ich nehme mit Freude zur Kenntnis, wie die Beratung abgelaufen ist. Sie haben es ja bestätigt. Mit großem Einvernehmen haben wir uns dort nach langer Diskussion geeinigt, dass wir sagen, wir müssen eine gesetzliche Regelung fortschreiben.

Es war interessant, wie die Diskussion inhaltlich gelaufen ist, aber wir waren an dem Punkt, wir wollen es gemeinsam fortschreiben.

Warum wollen Sie denn jetzt mit diesem Antrag hier vorprechen? Ihr Antrag hat sich klar erledigt.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Sie haben sogar noch begründet, warum das Verfahren mit Ihrem Antrag die Erledigung gefunden hat.

Wir müssen eine Konkretisierung der rechtlichen Rahmenbedingungen durchführen. Da sind wir uns einig. Die Regierung hat im Rahmen der Beratung der Rechnungsprüfungskommission als Unterausschuss des Haushalts- und Finanzausschusses vorgetragen, welche Vorstellungen sie dazu hat. Wir waren einvernehmlich der Auffassung, dass das der richtige Weg ist, den wir gehen sollten.

Insoweit ist dieser Weg, wie er hier mit diesem Antrag vorgeschlagen wurde, hinfällig. Ich kann mich nur wiederholen: Für Schaufensterreden ist hier im Parlament

kein Platz. Ziehen Sie Ihren Antrag zurück. Wir jedenfalls werden dem Antrag nicht zustimmen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Frau Elsner, SPD: Sehr gut!)

Vizepräsident Schnabel:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Kollege Steinbach das Wort.

Abg. Steinbach, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Bei der flammenden Rede, die Herr Kollege Schreiner soeben zum Antrag der CDU zum Liquiditätspool gehalten hat, habe ich tatsächlich einen Moment gezögert, ob wir der CDU nicht doch zustimmen sollten, damit wir ihm den Gefallen tun, an diesem Punkt endlich einmal recht behalten zu haben. Aber er hat gleich wieder einen solchen Mythos aufgebaut, dass man ihm nicht zustimmen kann, den Mythos nämlich, der Politikverdrossenheit im Lande werde Vorschub geleistet, wenn wir Anträgen der CDU nicht zustimmen würden. – Mein lieber Herr Schreiner, da haben die Wählerinnen und Wähler am 27. März etwas ganz anderes gesagt, und es war ziemlich deutlich, was sie gesagt haben. Deswegen stimmen wir den Anträgen der CDU nicht zu.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD –
Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Ich wollte auch noch etwas Sachliches und Fachliches sagen. Es hat nichts damit zu tun, dass der Antrag von der CDU kommt, sondern es hat etwas damit zu tun, dass er ein parlamentarisches Verfahren verletzt, das den Haushaltsgesetzgeber in einem Entlastungsverfahren sehr stark beeinträchtigt. Genau deswegen stimmen wir ihm nicht zu. Wir stimmen ihm auch deswegen nicht zu, weil Inhalte darin festgelegt sind, die nicht richtig sind. Genau deswegen stimmen wir nicht zu, und nicht deswegen, weil der Antrag von der CDU kommt, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Was Herr Wansch soeben zum Verfahren ausgeführt hat, möchte ich nicht noch einmal vertiefen. Er hat alles richtig beschrieben. Ich möchte aber noch einmal etwas zum Sachverhalt sagen. Der Liquiditätspool des Landes war als Instrument zum Ausgleich liquider Bestände gedacht. Er wurde durch Kassenverstärkungskredite gestützt, die es ermöglicht haben, dass mehr als ein reiner Liquiditätsausgleich daraus möglich war. Die quantitativ wesentliche Entnahme kam durch die Investitions- und Strukturbank, die sich dadurch kurzfristig relativ kostengünstig refinanzieren konnte.

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Insbesondere durch die Inanspruchnahme von Landesgesellschaften am Nürburgring und am Hahn

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

– lassen Sie mich bitte zu Ende reden, Herr Schreiner – kann man durchaus die Frage sachlich erörtern, ob das Instrument des Liquiditätspools für diese Verwendung wirklich geeignet war und ob es einer Modifikation der rechtlichen Grundlagen dafür bedarf. Diese Frage darf man sachlich erörtern, und das haben wir im Übrigen sehr gemeinschaftlich in der Rechnungsprüfungskommission getan.

Man kann über die Zwecke und die Aufgabenerfüllung dieser Gesellschaften ganz unterschiedlicher Auffassung sein. Wir schließen uns dabei nicht in allen Punkten der Auffassung der ehemaligen Landesregierung an, aber das ist auch nicht Gegenstand dieser Debatte und auch nicht Gegenstand des Antrags. Die Deckung des Liquiditätspools aus Kassenverstärkungsmitteln widerspricht keineswegs den haushaltsrechtlichen Ermächtigungen. Der Rechnungshof hat seine Auffassung nach seiner sehr umfangreichen Prüfung dem Landtag und der Rechnungsprüfungskommission mitgeteilt und der Rechnungshof hat seine Auffassung nach seiner sehr umfangreichen Prüfung dem Landtag und der Rechnungsprüfungskommission mitgeteilt und auch öffentlich gemacht. Bereits die vorangegangene Landesregierung hat die Position vertreten, bei möglicherweise bestehenden Rechtsunklarheiten tatsächlich nachzuhelfen und eine präzisierte Gesetzesformulierung vorzulegen.

Die bei den Beratungen der Rechnungsprüfungskommission ausgearbeitete Beschlussempfehlung im Rahmen des Haushaltsentlastungsverfahrens dazu sieht vor, dass die haushaltsgesetzliche Grundlage, zumindest das Landeshaushaltsgesetz, präzisiert wird und geeignete Kriterien für die Einräumung von Krediten aus dem Liquiditätspool entwickelt werden. Darüber hinaus hat die Landesregierung angekündigt und hat dies bereits auch vollzogen, regelmäßig im Haushalts- und Finanzausschuss darüber zu berichten. Auch dies erhöht die Transparenz.

Meine Damen und Herren, es geht den GRÜNEN hierbei nicht um eine rückwärtsgewandte Debatte, nicht um Schuldzuweisungen – das ist mehr das Geschäft der CDU –, sondern es geht darum, zukünftig auf einer konsensualen rechtlichen Grundlage wirtschaftliches Verhalten zu ermöglichen und dabei ein größtmögliches Maß an Transparenz für den Haushaltsgesetzgeber zu erreichen. Das ist das Maß, an dem wir GRÜNEN die zukünftige Regelung messen wollen. Im Rahmen der Einbringung des Doppelhaushalts 2012/2013 wird es eine Regelung im Landeshaushaltsgesetz für Umfang und Gebrauch des Liquiditätspools geben. Damit ist dem Genüge getan. Durch die zusätzliche Berichterstattung sichern und stärken wir das Budgetrecht des Parlaments und schaffen damit eine solide Grundlage für eine transparente Haushaltswirtschaft und ein modernes Liquiditätsmanagement. Wir setzen damit um, was sich diese Koalition vorgenommen hat, und diskutieren das im Rahmen des üblichen und dafür auch vorgesehenen parlamentarischen Beratungsverfahrens.

Genau damit läuft der Antrag der CDU ins Leere. Herr Kollege Wansch hat recht, wenn er sagt, das Beste wäre, Sie würden ihn zurückziehen. Er war sowieso nur eine Zusammenfassung einiger Thesen, die der Rechnungshof in seinem Bericht wiedergegeben hat. Von

daher werden wir diesem Antrag auch die Zustimmung verweigern.

Herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat nun Herr Finanzminister Dr. Kühl.

Dr. Kühl, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es steht mir nicht zu, über parlamentarische Gepflogenheiten zu sprechen. Ich habe in der letzten Landtagssitzung gesagt, dass es mir etwas außergewöhnlich erscheint, dass man während der Beratungen der Rechnungsprüfungskommission einen entsprechenden Antrag stellt. Ich habe dennoch ein paar Äußerungen zu diesem Antrag gemacht.

Mittlerweile hat die Rechnungsprüfungskommission weiter getagt. Es wurde eine schriftliche Stellungnahme der Landesregierung abgegeben, die dem Rechnungshof schon lange vorliegt und die auch dem Parlament bekannt ist. In der Zwischenzeit wurden auch Beratungen mit dem Staatssekretär in der Rechnungsprüfungskommission geführt. Es gibt offensichtlich Empfehlungen von Ihnen, die irgendwann einmal aus diesem Parlament der Landesregierung zugehen. Wir werden uns dies anschauen, werden die entsprechenden Konsequenzen daraus ziehen und werden es entsprechend im Gesetzgebungsverfahren berücksichtigen. Ich freue mich darauf, mit Ihnen gemeinsam über diese Gesetzesvorschläge zu diskutieren.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schnabel:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen damit zur unmittelbaren Abstimmung über den Antrag – Drucksache 16/212 –, da die Beschlussempfehlung die Ablehnung empfiehlt. Wer dem Antrag der CDU zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist der Antrag mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende unserer Tagesordnung angelangt. Ich lade Sie zur 10. Plenarsitzung ein, die morgen um 09:30 Uhr beginnt.

Ende der Sitzung: 18:07 Uhr.